

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis halbjährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr

Bekannt für die sechsgehaltene Kolonial- und über deren Raum 10 Pf. für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Besammlungs-Kurzigen 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengelände und Schließstellen-Kurzigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Quoten für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 4. März 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Idee des Wahlrechts-Spazierganges hat das lebhafteste Interesse aller Kämpfer für das gleiche Recht erweckt. Die Beteiligung wird daher eine außerordentlich starke sein. Keiner, dem die Erringung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts ernst ist, wird bei diesem Spaziergang fehlen.

Die Krönung des Werkes.

Die Komödie in der Wahlrechtskommission ist aus! Der infame Volksberrat und Volksbetrug ist vollendet. In einer einzigen Sitzung hat die Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses den Weismannschen Wechselbald, genannt „Wahlreform“, in zweiter Lesung beraten, wenn anders man eine solche Hejzag überhaupt noch eine Beratung nennen kann. Zentrum und Konservativen hatten vorher hinter den Kulissen alles fein abgekartet, so daß die Kommission einem vollendeten Kompromiß gegenüberstand, das nur noch einer formellen Zustimmung bedurfte. Obwohl diese beiden Parteien sich die redlichste Mühe gaben, durch einige Schönheitspflasterchen die ekelhaftesten Wunden des unglückseligen Kindes zu verdecken, gelang es ihnen doch nicht, auch nur noch einen Angehörigen einer anderen Partei auf ihre Seite zu bekommen. Den 15 konservativ-kerikalischen Stimmen standen 13 Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen, Polen, Sozialdemokraten und — Freikonservativen gegenüber, von denen die Vertreter der vier erstgenannten Fraktionen mit Nein stimmten, weil sie die Vorlage noch nicht einmal als Abschlagszahlung betrachten können, während die Freikonservativen ihre ablehnende Haltung damit begründeten, daß es ihnen nicht gelungen ist, die Drittelung in den Urwahlbezirken zu beseitigen, die allein befähigt die Sozialdemokratie die Möglichkeit bietet, unter dem Dreiklassenwahlrecht einige Mandate zu erobern. Denen um Bedrückung also ist das geltende Dreiklassenwahlrecht noch nicht volksfeindlich genug!

Was wird nun die Regierung tun? Wird sie unter das Joch kriechen, das ihr die konservativ-kerikale Gesellschaft errichtet hat, oder wird sie ihr Nachwerk, von dessen Erbarmlichkeit sie sich inzwischen wohl selbst überzeugt haben dürfte, zurückziehen? Will sie nicht den letzten Rest an Achtung einbüßen, dann muß sie sich dazu bequemen, denn ihre Vorlage ist in der Kommission in ihr Gegenteil verwandelt worden. Die Regierung legte Wert auf die Beibehaltung der öffentlichen Abstammung und die Beseitigung der indirekten Wahl, die Kommission dagegen hat umgekehrt die indirekte Wahl beibehalten und die öffentliche Stimmabgabe, wenigstens bei den Urwahlen, durch die geheime ersetzt, zudem die Privilegien der Militärantworter und ähnlicher Staatsstufen, deren sich die Regierung als Stimmvieh bedienen wollte, kurzerhand gestrichen.

Konnte man zu Beginn der Sitzung noch im Zweifel darüber sein, ob auch die Nationalliberalen und Freikonservativen am Kompromiß beteiligt waren, so schwand dieser Zweifel schon nach der ersten Abstimmung. Auch der Blinde mußte bald erkennen, daß der schwarz-blaue Block sich mächtig genug fühlt, ohne Hilfe Dritter sein Werk zu krönen und das Volk schmähtlich um sein Wahlrecht zu betrügen. Vor allem ist es das Zentrum, das bei diesem gemeinen Attentat die führende Rolle übernommen hat. Diefelbe Partei, die programmativisch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht fordert, hat auf die Forderung der direkten Wahl verzichtet, obwohl die Mehrheit dafür in der Kommission gesichert gewesen wäre!

Nachdem zunächst gegen die Stimmen beider konservativen Parteien und unter dem Widerspruch der Regierung die geheime Abstimmung bei den Wahlen beschlossen war, erfolgte die Debatte: ob direkte oder indirekte Wahl. Der Redner des Zentrums erklärte sich gegen die Beseitigung der indirekten Wahl, angeblich weil sonst die geheime Wahl, auf die seine Freunde das größte Gewicht legen, nicht zu erreichen wäre. Das ist natürlich eine ganz faule Ausrede, denn die geheime Stimmabgabe war ja bereits beschlossen, und für das direkte Verfahren in Verbindung mit der geheimen Wahl hätte sich eine aus der gesamten Linken, dem Polen und dem Zentrum bestehende Mehrheit ergeben, aber das Zentrum in seiner „gottgewollten Abhängigkeit“ von den Konservativen zog es vor, mit den wütendsten Gegnern eines freien Wahlrechts gegen die direkte Wahl zu stimmen, anstatt

mit Gegnern des Dreiklassenwahlrechts einer Erweiterung der wahren Rechte des Volkes seinen Segen zu erteilen. Und was es vollends mit dem „großen Wert“ auf sich hat, den das Zentrum auf die geheime Stimmabgabe legt, so sei nur daran erinnert, daß es auch in der zweiten Lesung wieder einen freisinnigen Antrag auf Einführung der geheimen Wahl bei den Wahlen der Abgeordneten niederstimmen half und daß es sich mit aller Entschiedenheit dagegen wandte, daß die Sicherung des Wahlgeheimnisses nach Art des Wahlgesetzes für den Reichstag gesetzlich festgelegt wurde. Gerade dem Zentrum ist es zu danken, daß die Kommission sich darauf beschränken mußte, eine so ungemein wichtige Forderung in die Form einer Resolution zu kleiden, die die Regierung zu nichts verpflichtet.

Nach ebenso heuchlerisch wie das Zentrum benahmten sich die Konservativen. Mühte es ihr Wortführer doch als ein Zeichen von Selbstlosigkeit, daß die Konservativen sich überhaupt gnädigst herabgelassen haben, in der Kommission mitzuarbeiten! Dabei haben die Herren um Heydebrand doch nur versucht, Geschäfte zu machen und möglichst viel für sich herauszuschlagen.

Die Nationalliberalen haben es jetzt leicht, sich den Mantel der Volksfreundlichkeit umzuhängen; sie haben gegen den kombinierten Antrag auf Einführung der geheimen und indirekten Wahl, dem sie in erster Lesung ihre Zustimmung erteilt hatten, gestimmt, aber nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil der Schnapsblock ihnen so gar kein Entgegenkommen bewies. Nur allzu gern wären sie mit im Bunde gewesen. Gätte die konservativ-kerikale Mehrheit ihnen die Auswahl der Wahlmänner aus dem ganzen Wahlkreis statt aus den Stimmbezirken zugelassen, mit beiden Händen hätten sie zugegriffen, um etwas „Positives“ zu schaffen! Aber da all ihr Liebesgiren umsonst war, spielten sie die gekränkte Leberwurst und machten nicht mehr mit.

Eine empfindliche Niederlage holte sich die Regierung noch bei den Paragraphen, die die Bevorzugung der sogenannten „Kulturträger“ forderten. Die Kommission wies diese Bestimmungen in erster Lesung abgelehnt. Um so entstandene Rucke auszufüllen, brachten die Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen und das Zentrum Anträge ein, aber alle diese Anträge wurden — allerdings mit wechselnden Mehrheiten — abgelehnt, so daß die Rucke auch jetzt noch besteht und hoffentlich nicht wieder ausgefüllt wird.

Von sonstigen Änderungen der Kommission ist nur noch die Umwandlung der sogenannten „Dreimarkmänner“ in „Viermarkmänner“ zu erwähnen, d. h. den zu keiner Steuer veranlagten Wählern werden fortan vier Mark angerechnet! Ursprünglich waren fünf Mark beantragt, aber nach längerem Schwärmen und Feilschen einigte man sich schließlich auf 4 M.: eine für die Praxis ganz belanglose Änderung! Inwieweit weicht nun die Vorlage von dem geltenden Gesetz ab? Die Grundlagen des Dreiklassenwahlrechts sind beibehalten, doch ist die öffentliche Stimmabgabe bei den Urwahlen durch die geheime ersetzt, die „Dreimarkmänner“ sind in „Viermarkmänner“ verwandelt, und schließlich ist die sogenannte „Maximierung“ beschlossen, d. h. es werden keinem Wähler mehr als 5000 M. Steuern angerechnet.

Das ist alles! Das nennt man in Preußen „Wahlreform“! Und darauf sind die Herren womöglich noch stolz!

Daß unser Vertreter gegen das Gesetz stimmte, ist selbstverständlich, aber unsere Fraktion hatte auch beschlossen, überhaupt keine Abänderungsanträge zu der Vorlage einzubringen, weil sie in Übereinstimmung mit der übergroßen Mehrheit des preussischen Volkes den Entwurf überhaupt nicht für verbesserungsfähig hält. Ihrem prinzipiellen Standpunkt gab die sozialdemokratische Fraktion dadurch Ausdruck, daß sie durch eine Resolution die Regierung aufforderte, noch in dieser Session eine neue Vorlage einzubringen, die allen über 20 Jahre alten Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts das gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe nach dem System der Verhältniswahlen gewährt und eine Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung vorsieht. Die Resolution wurde mit allen Stimmen gegen die des Antragstellers abgelehnt.

Das gleiche Schicksal widerfuhr einigen anderen Resolutionen, die eine Neueinteilung der Wahlkreise in mehr oder minder großem Umfange verlangten. Dagegen wurde außer der bereits erwähnten Resolution, die die Wahrung des Wahlgeheimnisses bezweckt, noch eine nationalliberale Resolution angenommen, durch die die Regierung ersucht wird, bei der bevorstehenden Revision der Strafprozessordnung die Aufnahme einer Bestimmung zu bewirken, wonach die Befragung eines Zeugen darüber, wem er bei geheimer Stimmabgabe seine Stimme gegeben habe, verboten wird.

Daß die Wahlrechtsbewegung durch die schädlichen Beschlüsse der Kommission neue Nahrung bekommen hat, daß die Sozialdemokraten nun erst recht die Massen aufzurütteln und zum Kampfe ermuntern werden, das hat unser Vertreter in der Kommission der konservativ-kerikalen Koalition gegenüber rückhaltlos und unzweideutig erklärt. Wir werden alles aufbieten, daß dies Wort zur Wahrheit wird. Und wenn der Redner der Nationalliberalen im Anschluß an

diese Erklärung seinem Bedauern darüber Ausdruck gegeben hat, daß nach der neuesten Geldentat der Kommission auch die weitesten Kreise der Bourgeoisie mit in den Wahlrechtskampf getrieben werden, so freuen wir uns dessen. Wir erblicken darin das Zugeständnis, daß wir auf dem rechten Wege sind. Von diesem Wege werden wir uns nicht abbringen lassen, komme was da will!

Verlogene Hetze.

Die „anständige“ Presse vom Schlage der „Kreuz-Ztg.“, der „Deutsch. Tagesztg.“ und der „Post“ seht ihre Hege gegen die Berliner Sozialdemokratie fort; aber während z. B. die „Kreuz-Ztg.“ in dem Spaziergange am Sonntagmittag in einem ganz außerhalb des großstädtischen Verkehrs gelegenen öffentlichen Park einen Hohn auf die Gesetzmäßigkeit und die Staatsautorität sieht, also der kuriosen Ansicht zu sein scheint, im preussischen Kulturstaat gäbe es ein Gesetz, daß friedliche Spaziergänge an Sonntagen verbietet, findet die Kronsbeneische „Post“ die Ankündigung des Spazierganges „sehr gemächlich“. Trotz ihrer blutdürstigen Perverstität sollten auch die Blätter der Kraut- und Salsotjunker einsehen, daß in den Augen eines jeden Unbefangenen das eine Urteil das andere aufhebt, und sich deshalb über ein gewisses Schema für ihre verlogene Hege verständigen.

Natürlich darf bei diesem sribolen Treiben auch das Blatt nicht fehlen, das die christliche Ethik des modernen Jesuitismus journalistisch vertritt: die ultramontane „Germania“. Das widerliche bigotte Blatt übergipfelt sogar noch die nach einer Massenabschlachtung lechzende „Kreuz-Ztg.“, indem es nicht nur das Spazierengehen als grobe „Gesetzwidrigkeit“ bezeichnet, sondern außerdem auch noch den Text des Leitartikels in Nr. 51 des „Vorwärts“ fälscht. Es zitiert nämlich folgermaßen:

„Vielleicht bilden sich der Herr Polizeipräsident und der Herr Polizeiminister ein, durch solche Verbote die Berliner Arbeiterschaft zu verhindern zu können, gegen die schmähtliche, zu den Verheißungen der Thronrede im schärfsten Widerspruch stehende Wahlrechtsvorlage öffentlich zu protestieren. Die Herren und ihre Geistesverwandten im Junkerparlament täuschen sich, wenn sie das meinen, gründlich über den Charakter der Berliner Arbeiterschaft. Das Verbot wird lediglich bewirken, daß das von der Junkerclique schamlos entrechtete Volk sich sagt: Trotz alledem!... Der Möglichkeit, andere Kundgebungen zu wählen, gibt es noch so viele. Wie kann z. B. die Berliner Polizei verhindern, daß sich Hunderttausende von Wahlrechtsfreunden im Treptower Park zu einem friedlichen Spaziergang einfinden?“

Wie der Vergleich des Zitats mit dem betreffenden Leitartikel zeigt, hat das ultramontane Blatt einfach in der neunten Zeile des obigen Zitats den Satz fortgelassen: „Wird uns diese Art der Massenkundgebung für unser politisches Recht verboten, so protestieren wir auf andere Weise, die uns die Berliner Polizei nicht zu verbieten vermag und gegen die es keinen beherrschbaren Gesetzesparagraphen gibt!“

Der Zweck dieser Fälschung ist klar. Das kerikale Blatt will den Anschein erwecken, als handle die Berliner Sozialdemokratie direkt der polizeilichen Genehmigungsverfugung entgegen, indem sie trotzdem eine Massenversammlung nach dem Treptower Park einberuft. In Wirklichkeit wird dagegen einfach eine Form des Massenprotestes, die polizeilich verboten worden ist, durch eine andere Form ersetzt, die nicht verboten werden kann, da es bisher, wie sonderbar auch die preussischen Rechtszustände sein mögen, kein Gesetz gibt, daß den Sonntagsspaziergang untersagt. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat sogar wie jeder Landtagswähler erster Klasse das Recht, wenn es ihr gefällt, am nächsten Sonntagmittag unter den Linden oder in den Alleen des Tiergarten spazieren zu gehen und dort die Statuen von „Otto dem Faunen“ und „Friedrich I.“ zu bewundern.

Einige linksliberale Blätter fertigen denn auch die nach Blut verlangenden albernen Hejereien der agrarkonservativen Pressorgane recht energisch ab. So schreibt das „Berliner Tageblatt“:

„Die reaktionäre Presse, die schon nach den Wahlrechtskundgebungen der letzten Wochen wiederholt versucht hat, die Regierung und die Polizei zur gewaltsamen Unterdrückung der Wahlrechtsbewegung zu animieren, verlangt jetzt dringend und einstimmig nach einem Blutbad! Der „Vorwärts“ hat, wie wir gemeldet, die Genossen aufgefordert, sich trotz des — juristisch etwas mangelhaft motivierten — polizeilichen Verbots am nächsten Sonntag zu einem friedlichen Spaziergang im Treptower Park einzufinden, und die reaktionären Kreise können ihre Hoffnung nicht verbergen, daß es nun endlich zu einem Straßenkampf, zu einer „blutigen Session“ kommen werde. Wie auf Verabredung ermahnen sie den Polizeipräsidenten, mit aller Macht die Staatsautorität zu schützen, die offenbar ins Wanken gerät, wenn im Treptower Park die

Sozialdemokraten spazieren gehen und dabei das allgemeine gleiche Wahlrecht leben lassen."

Sodann nimmt das freisinnige Blatt darauf Bezug, daß früher die Berliner Polizeileitung selbst Versammlungen unter freiem Himmel für zulässig erklärt hat, wenn vorher die Genehmigung eingeholt werde.

Es muß auch daran erinnert werden, daß das Berliner Polizeipräsidium am 13. Februar ein Rundschreiben an die Presse erlassen hat, worin es hieß:

"Dagegen bedürfen öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge nur einer Genehmigung der Polizeibehörde und sind zulässig, wenn nicht aus der Abhaltung der Versammlung oder der Veranstaltung des Aufzuges Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist."

In ganz ähnlichem Sinne sprach sich damals einem unserer Mitarbeiter gegenüber der Polizeipräsident v. Jagow persönlich aus. Ist nun wirklich eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten, wenn im Treptower Park, ziemlich fern vom Zentrum Berlins, in Neben und Neben die Wahlrechtsreform gefordert wird? Nur in den reaktionären Kreisen, die ihre bestimmten Absichten und Wünsche haben und zum offenen Konflikt drängen, wird man das ohne weiteres behaupten wollen. Es ist im höchsten Grade bedauerlich und bedenklich, daß der Berliner Polizeipräsident gewillt scheint, dem stürmischen Verlangen dieser Kreise nachzugeben und auf die bisherige, sehr verständliche Taktik zu verzichten. Empörend aber wirkt die zynische Offenherzigkeit, mit der die reaktionäre Presse ihre Hoffnungen auf eine „Journalo“, auf ein blutiges Gemetzel, ungeniert zu erkennen gibt."

Rehlich urteilt die „Frankf. Ztg.“ über die polizeilichen Gründe:

„Die Begründung des Bescheides des Polizeipräsidenten ist kein Meisterstück der Logik. Die große Berliner Straßendemonstration vom 13. Februar hat nicht eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bewiesen, sondern umgekehrt, daß solche Demonstrationen ohne alle Gefahr für die öffentliche Sicherheit vor sich gehen können, sofern nur die Polizei sich zurückhält, und diese Gefahr ist dann erst recht nicht vorhanden, wenn die Polizei sich mit den Veranstaltern ins Benehmen setzt. Eine Versammlung im Treptower Park würde überhaupt keine Störungen verursachen, das muß auch das Berliner Polizeipräsidium wissen."

Und selbst die nationalliberale „Köln. Ztg.“ meint:

„Die Begründung dieses Bescheides scheint uns allerdings wenig glücklich zu sein, da dieselben Demonstrationen, die am 13. Februar gefeiert wurden, gerade durch ihr Wesen und die Erlaubnis Versammlung bewiesen haben. Der „Vorwärts“ fühlt sich von diesem Bescheid denn auch keineswegs entmutigt, kündigt vielmehr an, daß man nunmehr auf andere Weise protestieren wolle. Es könnte z. B. die Berliner Polizei kann verhindern, daß sich Hunderttausende von Wahlrechtsfreunden im Treptower Park zu einem friedlichen Spaziergang einfänden, das Verbot sei demnach ein Schlag ins Wasser."

Fast scheint es jedoch, als vermöge die hochwohlwollende Polizeileitung in Berlin noch immer nicht einzusehen, daß sie durch ihre nervösen, gekünstelten Rechts- und Machtinterpretationen selbst ihrer sogenannten Autorität am meisten schade; denn wie der „Berl. Lokal-Anzeiger“ meldet, stimmt man im Polizeipräsidium bereits über eine neue Auslegung des Wortes „Versammlung“ nach. Das Scherische Blatt schreibt nämlich:

„Zu dem Spaziergang im Treptower Park, der von der Sozialdemokratie für den kommenden Sonntag geplant ist, hören wir, daß in maßgebenden Kreisen dieser Spaziergang in Verbindung mit der angekündigten Demonstrationsabsicht als eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel betrachtet wird. Die juristische Auffassung der Regierung wird in einem ausführlichen Communiqué der Öffentlichkeit unterbreitet werden."

Im übrigen liegt die Entscheidung über die Genehmigung nicht beim Polizeipräsidium, sondern in den Händen des Landrats des Kreises Teltow."

Vorläufig erscheint uns, trotzdem wir sicherlich nicht die geistigen Qualitäten der heutigen preussischen Regierung hoch einschätzen, diese Reibung doch als so kurios, daß wir sie nicht ernst zu nehmen vermögen. Wahrscheinlich handelt es sich nur um eine verdeckte Drohung. Aber selbst, wenn die Regierung sich darin gefiele, einen friedlichen Spaziergang — und nur um einen solchen handelt es sich — als eine Versammlung auszugeben, wäre auch noch nichts an der ganzen Sache geändert: denn die Auslegung der Gesetze steht nicht dem Ministerium oder dem Polizeipräsidium zu, sondern den Gerichten, und ebenso wenig wie daraus, daß das Polizeipräsidium die Sonne für den Mond ansieht, aus der Sonne tatsächlich der Mond wird, ebenso wenig wird ein bloßer Sonntagsspaziergang zu einer Versammlung!

Der Wahlrechtskampf.

Unter Polizeiaufsicht.

Die Berliner Polizei ist durch die Demonstrationen etwas nervös geworden. Kamentlich scheinen sie die Vorgänge, die sich am letzten Sonntag vor dem Schloß abgespielt haben, mit Sorge zu erfüllen. Das Schloß hat deshalb eine Bewachung von etwa 100 Schutzeinheiten erhalten, die dort Tag und Nacht Dienst tun. Das Reichskanzlerpalais hat ebenfalls größeren Polizeischutz erhalten.

Die Provinz-Jagow's.

Der Kieler Polizeipräsident hat die Genehmigung zu einer Versammlung unter freiem Himmel am nächsten Sonntag auf dem Wilhelmshafen oder dem städtischen Sport- und Spielplatz verweigert. In der Begründung heißt es: Bei der hochgradigen Erregung, welche die mit Straßendemonstrationen verbundene Agitation gegen die Wahlrechtsvorlage auch in Kiel hervorgerufen und die in anderen Orten bereits zu Straßentumulten Veranlassung gegeben hat, erscheint die Befürchtung begründet, daß die ihrer Zahl nach unbegrenzte Volksmenge, die an der Versammlung und dem Umzuge teilnehmen würde, Ausschreitungen begeht, welche geeignet sind, die öffentliche Sicherheit zu gefährden.

In Danzig stellte, wie uns ein Privattelegramm meldet, der Magistrat einen öffentlichen Platz für die Demonstrationsversammlung zur Verfügung. Der Polizeipräsident verbietet aber den Umzug.

Ein Protest Stettins.

Stettin, 3. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die letzte Stadtverordnetenversammlung nahm einstimmig Stellung

gegen die Wahlrechtsvorlage der Regierung. Der Regierungspräsident beanstandete den Beschluß. In der heutigen Sitzung beschloß daraufhin die Stadtverordneten eine Resolution, in der sie energisch Verwahrung gegen diesen Eingriff in das Wahlrecht einlegten. Die Stadtverordneten beauftragten gleichzeitig ihren Kollegen, den freisinnigen Landtagsabgeordneten Lippmann, diesen Beschluß dem Landtag mitzuteilen.

Der Magistrat von Königsberg hat beschlossen, gegen die Beanstandung seines Beschlusses über die Wahlrechtsvorlage durch den Regierungspräsidenten im Verwaltungswege Klage zu erheben.

Eine Reminiszenz.

Der Oberbürgermeister Cuno in Hagen hat bekanntlich im Anschluß an die Verfügung des Landrats von Hagen alle Versammlungen unter freiem Himmel in Hagen verboten. Daß auch in Preußen Bürgermeister, die mit Polizeigewalt ausgestattet und in der Handhabung der Polizeigewalt völlig unabhängig von den staatlichen Behörden sind, anders handeln können, zeigt ein Vorgang aus dem Jahre 1893:

Als damals in Bielefeld ein Bergarbeiterstreik ausbrach, verboten die Landräte und die Bürgermeister der Städte Dortmund, Bochum und Gelsenkirchen auf Grund des Preussischen Landrechts sämtliche Bergarbeiter-Versammlungen, so daß Streikversammlungen im ganzen Revier überhaupt nicht abgehalten werden konnten. Eine Ausnahme machte die Stadt Essen. Der dortige Oberbürgermeister Zweigert schloß sich dem Vorgehen seiner Kollegen und der Landräte nicht an, sondern gestattete jede Versammlung. Als er im Organ der Kohlenjunker, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, scharf angegriffen wurde, lehnte er den Spieß um und kennzeichnete in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung die Machinationen gegen ihn. Hierbei schnitt namentlich der damalige Syndikus des Bergbauvereins Dr. Reidmann-Gronz recht schlecht ab, denn derselbe hatte den Oberbürgermeister sogar auf der Straße gestellt und ihm mit der Lagnade der Zecheengewaltigen gedroht. Man verstand damit die zarte Rücksichtnahme des Bürgermeisters und freisinnigen Reichstagsabgeordneten Cuno in Hagen, der, um einen, wenn auch nur gesellschaftlichen Konflikt mit dem ihm gleichgestellten Landrat zu vermeiden, das Versammlungsrecht mit Füssen tritt. Was sagt übrigens der freisinnige Wahlrechtsausschuß, was sagt die Reichstagsfraktion dazu, was sagen die Blemer und Kaumann zu einem solchen Reichstagskollegen?

Der Wahlkampf in den Vorortgemeinden.

Neben dem preussischen Wahlrechtskampf, den die politisch entrechtete Klasse mit immer größerer Energie führt, spielt sich gegenwärtig in fast allen Vorortgemeinden Berlins der Gemeindevahlkampf ab. Einige Orte haben bereits gewählt, während die weitaus größere Zahl von Gemeinden noch vor den Wahlen stehen. So fällt der durch das Dreiklassenwahlrecht auch in den Gemeinden entrechteten Klasse gegenwärtig eine doppelte Aufgabe zu: Neben dem Kampf gegen das Schandgesetz des Weismann darf sie den Kampf um die Vertretung in der Gemeinde nicht vernachlässigen. Zeigen sich doch in den Gemeindevertretungen dieselben Klaffen gegenüber zwischen Besitzlosen und Besitzenden im Kleinen wie im Preussischen Abgeordnetenhaus im Großen. Hier wie dort ist das Bestreben der durch das Klassenwahlrecht bevorzugten Klasse vorhanden, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Was im Land- und Reichstage die Agrarier, sind in den Gemeinden gewisse Interessencliquen, Hausbesitzer, Terrain- und Grundstückspekulanten. Noch nicht allzu lange ist es her, daß diese in den Gemeinden ihre egoistische Interessenpolitik fast völlig unter Ausschluß der Öffentlichkeit treiben konnten. Es gab sogar eine Zeit, wo man in manchen Gemeinden gar nicht wählte, sondern die Mandate selbst der dritten Abteilung gemüßlich unter „geeignete“ Personen verteilte. Mit dem Erscheinen des Massenbewußten Proletariats auf dem kommunalpolitischen Kampfplatz hat der idyllische Zustand ein für allemal ein Ende genommen. Ein Aufsteigen der Mandate unter eine kleine Clique von Personen kann jetzt höchstens noch in der 1. Klasse vorkommen. Aber die schöne Zeit ist endgültig vorbei, in der ein Duzend staatsverhaltender und wohlhabender Herren im verborgenen Winkel eines besseren Restaurants die Gemeindepolitik im Sinne ihrer Gesellschaftsklasse ungestört machen konnte. Die Sozialdemokratie hat trotz des elenden Dreiklassenwahlrechts in den Gemeinden, das den Besitzenden von vornherein den entscheidenden Einfluß auf die Geschicke des kommunalen Lebens sichert, Einzug in die kommunalvertretungen gehalten. Und es zeigte sich von Anfang an, welche gewaltigen Aufgaben auf diesem bisher unbetretenen Gebiete zu lösen waren. Die meisten Gebiete kultureller Betätigung, das Volksschulwesen, die Volkshygiene, die Municipalisierung der öffentlichen Dienste, das ganze Gebiet der kommunalen Arbeiterpolitik, der Ausbau der sozialen Gesetzgebung durch die Gemeinden in octofunktuarischer Regelung usw. waren völlig vernachlässigt. Es bedurfte und bedarf heute noch aller Energie der in den Gemeindevertretungen sitzenden Genossen, diese Zweige im Interesse des kulturellen Lebens zur Entfaltung zu bringen. Wie notwendig diese Mitarbeit der Sozialdemokratie in den kommunalen Körperschaften ist, geht am besten daraus hervor, daß die bürgerlichen Parteien mit allen Mitteln das weitere Eindringen unserer Vertreter zu verhindern bestrebt sind. Sie wissen, daß ihnen durch die Vertreter der Arbeiterschaft die Möglichkeit, ihre Sonderinteressen auf Kosten der Allgemeinheit zu verfolgen, immer mehr erschwert wird. Daher kann man stets beobachten, daß, wenn es sich um einen Kampf mit der Sozialdemokratie handelt, die kleinlichen Streitobjekte unter den in den einzelnen Orten vorhandenen Hausbesitzer- und Interessengruppen begraben werden, um geschlossen gegen die Sozialdemokratie vorgehen zu können. Und an diesem Kampfe sind die Gemeindevorsteher, oft auch der Landrat des Kreises beteiligt, die im Kampfe gegen den Umsturz die bürgerlichen Parteien zum lieben Frieden ermahnen. Es bestrebt sich hier, was der konservative Abgeordnete v. Wokler jüngst im Dreiklassenparlament sagte: „In ihrer Hauptaufgabe, dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, haben sich die Landräte durchaus bewährt.“

Daß die Behörden selbst alle Mittel anwenden, um das Eindringen der Sozialdemokratie in die Gemeinden zu verhindern, wird durch die namentlich für die Arbeiterschaft ungünstige Festsetzung der Wahlzeit bewiesen. Es liegt System darin, daß die Wahl für die dritte Klasse in die Vormittags- oder Nachmittagsstunden verlegt wird. Dadurch ist es den meist entfernt vom Ort beschäftigten Arbeitern nur unter sehr erheblicher Einbuße an Zeit und Arbeitsverdienst möglich, ihr Wahlrecht auszuüben. Ein weiteres Mittel, den bürgerlichen Parteien gegenüber den Arbeiterwählern in der dritten Abteilung ein Ubergewicht zu verleihen, bietet das Forensalstimmrecht. Mit den Forensen wird in einer Anzahl Gemeinden der größte Unfug getrieben; jeder auswärtige Wohnende, der im Gemeindebezirk über

einen festen Land verfügt, wird in die Wählerliste aufgenommen. Solche Stimmberechtigte bilden alsdann bei den Wahlen den „Landsturm“ der Besitzenden, sobald der Kampf eine für sie ungünstige Wendung zu nehmen droht. Da tritt oft einer der Bürgerlichen an den Wahlstisch, um 50, 100 und noch mehr solcher Vollmachten abzugeben und damit dann die Arbeiterwähler zu erdrücken. Dabei sind diese „Forensen“ zum größten Teil auf Grund der Landgemeindevorlage gar nicht berechtigt, ihr Stimmrecht auszuüben. § 45 der Landgemeindevorlage bestimmt, daß nur diejenigen auswärtigen Besitzer stimmberechtigt sind, deren Grundstück mindestens den Umfang einer spannsfähigen Ackerparzelle hat. Demnach muß das Grundstück so groß sein, daß zu seiner Bewirtschaftung dauernd die Haltung von Zugvieh erforderlich ist, oder aber es muß ein Grundstück dem Werte einer solchen Ackerparzelle entsprechen. Doch danach wird bei der Aufstellung der Wählerlisten nicht gefragt; ein Umstand, der in manchen Orten unsere Genossen veranlaßt hat, gegen eine solche ungesetzliche Listenaufstellung im Interesse der bürgerlichen Parteien den Klageweg zu beschreiten.

Durch solche und ähnliche Schikanen glauben die bürgerlichen Parteien unter Mithilfe der Gemeindebehörde die Sozialdemokratie nach Möglichkeit fernzuhalten. Wenn sich unsere Partei trotz alledem Eingang verschafft, so ist dies ein Beweis dafür, daß das gemeinschädliche Treiben der bürgerlichen Interessencliquen immer weiteren Kreisen zum Bewußtsein kommt. Hätte die Sozialdemokratie sich nicht mit solcher Energie der Kulturaufgaben im kommunalen Leben unterzogen, so wäre es um so manche Gemeinden recht schlecht bestellt. Nur ihrem Eingreifen, ihren ständigen Anregungen und ihrer aufmerksamen Kontrolle verdanken sie eine Reihe Schöpfungen, um die sich die Bürgerlichen nicht im geringsten gekümmert hätten. Die Gemeinden befänden sich heute noch in viel größerem Nachstande in den Mauer der privaten Erwerbsgesellschaften, wenn nicht die Sozialdemokratie unermüdet den Kampf gegen diese aufgenommen und dem Gedanken der kommunalen Regie immer mehr Geltung verschafft hätte. Wie diese Ausplünderung privater Erwerbsgesellschaften vonstatten geht, zeigt unser gesamtes Groß-Berliner Verkehrsweesen, das für alle Vorortgemeinden außerordentlich nachteilige Wirkungen hat. Auch bei Vergebung von Arbeiten an private Unternehmer werden die Gemeinden oft in standloser Weise geschädigt, wie das zum Beispiel von Lichtenberg-Kummelsburg im Jahre 1907 bewiesen wurde, wo das Tiefbauunternehmensyndikat eine Firma bestimmte, 100 000 M. Ausschlag für einen ihr übergebenen Auftrag zu fordern, damit dieser unter den an dieser Arbeit unbeteiligten Firmen verteilt werden konnte. Daß diese Plünderungspolitik bekannt wurde, war ausschließlich das Verdienst unserer Genossen.

Aus all dem folgt, daß die Arbeiterklasse auch im jetzigen Gemeindevahlkampf mit aller Energie den Einfluß der Sozialdemokratie in der Gemeindevertretung stärken muß. Mit dem Kampf um den Einfluß auf die Geschicke der Gemeinden ist zugleich verbunden ein Kampf gegen das elende Wahlrecht. Erst wenn das Privileg beseitigt ist — und das kann nur durch die Beseitigung des Hortes aller Reaktion und Rückständigkeit, des preussischen Dreiklassenparlamentes, geschehen —, wird die Bahn frei für eine freiheitliche Entwicklung unseres kommunalen Lebens.

Die Volksschule in Sachsen.

Gegen einen Kreditschaden im sächsischen Volksschulwesen richtet sich ein sozialdemokratischer Antrag, der im Landtage eingebracht worden ist. Er lautet:

Die Kammer wolle beschließen:

Die Regierung zu erlauben, dem nächsten Landtage eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, wonach die Staatsunterstützung für die Volksschulen unter Wegfall der jetzigen Bestimmungen nach folgenden Grundfragen geregelt wird:

1. Jede Gemeinde hat einen Betrag in Höhe von 25 Prozent des Staatseinkommensteuerfolls ihrer Einwohner für die Volksschulen selbst aufzubringen; den darüber hinausgehenden Aufwand hat der Staat zu übernehmen.
2. Die Erhebung von Schulgeld in den Gemeinden nicht mehr gestattet.

Jetzt überläßt es die sächsische Regierung in der Hauptsache den Gemeinden, den Volksschulsaufwand selbst zu decken. Die rund zehn Millionen Mark Staatsbeiträge sind nicht nur völlig unzulänglich, es wird auch bei der Verteilung die Leistungsfähigkeit oder Bedürftigkeit einer Gemeinde gar nicht berücksichtigt; ja bei einer besonderen Art Staatszuschuß, den Volksschuldotationen, bekommen sogar die reichen Gemeinden weit mehr als die armeren Arbeitergemeinden. Die Folge dieses Zustandes ist, daß die armeren Gemeinden 200 bis 300 Prozent ihres Staatseinkommensteuerfolls — in einzelnen Fällen sogar noch mehr — zur Deckung des Schulsaufwandes aufbringen müssen, während reiche Dauernöcker und Villenorte mit 15 bis 20 Proz. wegstommen. In manchen Gemeinden sind daher die Volksschulsaufgaben kaum noch aufzubringen. Darunter leidet natürlich die Volksschule selbst. Haben sich doch einige Gemeinden schon genötigt gesehen, die mittlere Volksschule in die eine einfache mit unzulänglichen Lehrkräften umzuwandeln.

Diesen jetzt unerträglich gewordenen Uebelstand will der sozialdemokratische Antrag beseitigen. Für die Verteilung der Staatszuschüsse soll die Leistungsfähigkeit der Gemeinden allein maßgebend sein, der einzig mögliche Maßstab hierfür ist das Staatseinkommensteuerfoll der Gemeinden. Es soll bei der Verteilung der Staatszuschüsse die Grundlage bilden. Bei Verwirklichung des sozialdemokratischen Antrages würde eine Gemeinde, die ein Staatseinkommensteuerfoll von 100 000 M. hat ohne Rücksicht auf die Zahl der Einwohner und Schulkinder 200 000 M. für ihre Schulen selbst aufbringen müssen, dagegen eine Gemeinde mit 10 000 Mark Steuerfoll 2500 Mark. Die Staatszuschüsse würden bei Verwirklichung des sozialdemokratischen Antrages etwa dreimal so hoch werden wie bisher, die armeren Gemeinden würden weit mehr Aufwendungen erhalten als bisher, die besitzlosen und besitzarmen Gemeinden würden sich zusammenrechnen, und außerdem die Entwicklung des Volksschulwesens fördern.

Der Form nach weicht der Antrag von der früher im sächsischen Landtage gestellten Forderung auf Übernahme der Schulsaufgaben auf den Staat etwas ab; tatsächlich wird mit dem jetzigen Antrage aber dasselbe erreicht, was man mit der früheren Form erstrebte, nämlich ein völliger Ausgleich der Volksschulsaufgaben der Gemeinden; doch sind 15 Millionen Mark Staatszuschuß mehr nötig.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 3. März 1910.

Seeschiffahrt und Reichsgesundheitsamt.

Aus dem Reichstag, 3. März. In der Weiterberatung des Etats für das Reichsamt des Innern brachte

Genosse Schwarz: Lieber die Besäuer der Seeleute vor. In der Hand eines ausführlichen statistischen Materials wies er nach, wie auch jetzt noch trotz der vorhandenen Schutzbestimmungen die Seeleute einen genügenden Schutz gegen die vielfachen Unfälle in ihrem gefährlichen und aufreibenden Beruf nicht genießen. Um einigermaßen dem Bedürfnis entgegenzukommen, sei es notwendig, daß Schiffsinspektoren für Schiffe genau so wie Fabrikinspektoren für Fabriken eingesetzt werden. Nicht nur den natürlichen Gefahren, sondern auch der Habgier der Unternehmer fallen Seeleute zum Opfer. Schwarz erläuterte das an dem skandalösen Versuch eines englischen Verfrachters, den Kapitän des deutschen Schiffes „Hermine“ zum „Weggehen des Schiffes“ durch Bestechungsgelder zu fördern, um die Affekuranzprämie einzusparen. Der Reeder Siegmund Schiff in Elsfleth hat ja gewöhnlich auch gezeigt, was Geistes Kind diese Ausbeuter sind. Unser Genosse legte dann auch noch Photographien einiger beladener Schiffe vor, die die Verfrachter die Schiffe überladen und sogar so die Ladung auf Deck verfrachten, daß das Schiff ganz schief auf dem Wasser liegt. Der Regierungskommissar Lewald verteidigte die Seeverkehrsverwaltung gegen diese Angriffe und meinte, es müsse doch betont werden, daß die Unfälle von Jahr zu Jahr prozentual auf die beschäftigten Seeleute gerechnet, stark abgenommen haben. Obgleich die Mehrheit des Hauses die sozialdemokratische Resolution betreffs Revision der Seemannsordnung abgelehnt hat, wird sich die Notwendigkeit einer solchen Maßregel mit der Zeit doch durchsetzen, wie früher unsere Forderung auf Erlaß einer Seemannsordnung überhaupt.

Der Titel „Reichsgesundheitsamt“ hatte ein paar Duzend Redner angelockt. Von unserer Partei sprach zunächst der Genosse Brey für den besseren Schutz für Arbeiter der chemischen Industrie, insbesondere die bei der Herstellung von Säuren und Leuchtfarben beschäftigten. Brey zeigte an zahlreichen Beispielen, wie mangelhaft der Schutz der Arbeiter in solchen gesundheitsgefährlichen Betrieben ist. Ist es doch vorgekommen, daß Arbeiter, die an giftigen Gasen im Laboratorium gestorben waren, tagelang unentdeckt dort liegen geblieben sind. Trotz dieser eindringlichen Darlegungen wurde dennoch eine sozialdemokratische Resolution zur Regelung dieser Frage abgelehnt.

Genosse Legien begründete eine sozialdemokratische Resolution betreffs der Verbesserung der amtlichen Statistik. Deren Notwendigkeit wies er an Vergleichen mit der Statistik der Gewerkschaften nach. Es geht daraus hervor, daß die amtliche Statistik nicht nur höchst unvollkommen ist, sondern direkt tendenziös gehandhabt wird. Weist doch die amtliche Statistik im Jahre 1908 für Berlin 69 Streiks auf, während die Gewerkschaften 197 ermittelt haben. Die tendenziöse Handhabung der amtlichen Statistik erblickt auch daraus, daß in dem Krisenjahre 1908 eine ganz unverhältnismäßig hohe Anzahl von Angriffsstreiks und eine viel geringere Zahl von Abwehrstreiks registriert wurden, während die Gewerkschaftsstatistik das umgekehrte und, wie auf der Hand liegt, für ein Krisenjahr jedenfalls zureichendere Bild ergibt. Legien erklärte es für unverantwortlich, daß das Reichsamt des Innern, dem alles das bekannt sei, nicht selbst für Abhilfe Sorge. Der Staatssekretär und seine Räte schwiegen auf diese Anklage. Darauf wurde die sozialdemokratische Resolution ebenso wie eine gleichartige des Zentrums mit großer Mehrheit angenommen.

Im weiteren Verlauf der Debatte brachte der liberale Herr Robert die Mißstände zur Sprache, die sich aus der großen Verschiedenartigkeit der Nahrungsmittelkontrolle in den einzelnen Ländern ergeben. Der Zentrumsabgeordnete Baumann, der sich im Reichstags-Handbuch als ein Händler mit reinem Naturwein anpreist, führte Beschwerde über die Handhabung des Weingesetzes. Dann brachte Genosse Lehmann Wiesbaden die schmutzigen Zustände zur Sprache, unter denen die Bleiarbeiter zu leiden haben. Richten doch selbst nach den Angaben der Fabrikinspektoren die Erkrankungen an Bleivergiftung schwerliche Verheerungen unter der Arbeiterschaft an, die mit Weisfarben oder auch nur mit Weisplatten zu tun haben. Auch Lehmanns energische Frage, ob denn die Reichsregierung sich noch länger vom Auslande bei der Erarbeitung von Maßregeln zum Schutz der Bleiarbeiter in den Schatteln stellen lassen wolle, blieb seitens der Herren von der Regierung völlig unbeantwortet.

Um 7 1/2 Uhr wurde dann die Dauerung auf Freitag vertagt.

Aus dem Seniorenkongress des Reichstags.

In der Donnerstagssitzung des Seniorenkongresses kam man überein, vor Beginn der Osterferien nur noch den Etat fertigzustellen. Man hofft bei täglich sechsstündigen Sitzungen (Abend Sitzungen abzuhalten wurde allseitig abgelehnt) bis zum 22. März, an dem die Osterferien beginnen sollen, den Etat fertigstellen zu können. Die Osterferien sollen bis Dienstag, den 12. April währen. Nach den Ferien soll mit den ersten Lesungen der noch rückständigen kleineren Vorlagen begonnen werden, zu denen sich die Vorlagen über das Urheberrecht, die Versicherungsordnung und die Abänderung des Strafgesetzes gesellen werden. Die Kommission für die Versicherungsordnung soll den Sommer über die Beratungen beendigen. Man glaubt, daß der Reichstag vor dem Himmelstags vertagt werden wird!

Wahltermin im 6. Berliner Landtagswahlbezirk.

Der Oberpräsident hat nun endlich die Wahltermine für die Landtagswahl festgesetzt, die infolge der Mandatsniederlegung des Genossen Heumann nötig wird. Die Wahlmännerergänzungswahlen für die aus dem Bezirk verzogenen oder durch Tod usw. ausgeschiedenen Wahlmänner sind auf Dienstag, den 15. März anberaumt, etwaige Stichwahlen auf den 30. März. Die Abgeordnetenwahl findet am Dienstag, den 12. April, statt.

Die Anebellkommission.

In der Geschäftsordnungs-Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses wurden die beiden Teile des konservativen Antrages betreffend Aenderung der Geschäftsordnung getrennt behandelt und beschlossen, für den ersten Teil („Aufrechterhaltung der Ordnung“) eine Subkommission zu ernennen. Der zweite Teil des Antrags (Einschränkung zu langer Reden) wurde gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen abgelehnt.

Deutsch-schwedischer Handelsvertrag.

Der Entwurf über die Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages ist dem Reichstage am Mittwoch zugegangen. Der Entwurf schlägt vor, den zurzeit geltenden Handelsvertrag zwischen Deutschland und Schweden bis zum 1. Dezember 1911 zu verlängern. Ein dahingehender Entwurf ist vom schwedischen Kollisionsgesetz verabschiedet worden. Dem Entwurf dürfte auch vom Deutschen Reichstage ohne Kommissionsberatung zugestimmt werden.

Der Krieg als wertvollster Bestandteil der göttlichen Weltordnung.

Der zweite Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft, Stadtpfarrer Ulfried, war in der „Deutschen Reichspost“, dem Organ der konservativen Württembergs, persönlich angegriffen worden. In einem kleinen Artikel wurde in spöttischer Weise darauf hingewiesen, Ulfried glaube „in vollem Ernst“ ein Abkommen über den Rüstungsstillstand zwischen Deutschland und England könnte in der Weise getroffen werden, daß die Marinebudgets etwa in dem Verhältnis von 350 zu 700 Millionen Jahresausgaben festgelegt würden. Darauf schrieb Ulfried eine kurze, in verbindlichem Tone gehaltene Erwiderung mit der Ueberschrift: „Man kann auch vom Gegner lernen“.

Herr Ulfried erhielt keine Antwort. Er fragt dennoch nach Verlauf von zwölf Tagen in höflichster Form nach dem Schicksal seines Artikels. Darauf erhielt er eine Briefkarte folgenden Inhalts: „Sehr geehrter Herr Pfarrer! Den betreffenden Artikel kann ich nicht bringen; ich müßte daran eine sehr geharnischte Polemik knüpfen, die ich vermeiden möchte. Die Bestrebungen Ihres Vereins sind für mich direkt pathologisch, eine besondere Form der modernen Neurasthenie. Der Krieg ist etwas Gesundes; der kriegerische Geist ist die wertvollste sittliche Potenz eines Volkes; wer den Krieg abschaffen will, verflüchtigt sich am Naturgesetz und an Gottes Weltordnung. Eine Welt ohne Krieg würde an ihrer eigenen inneren Erbärmlichkeit, an Parasitismus, zu Grunde gehen.“ A. Höder, Chefredakteur.

Reichstheatergesetz.

In der Nachtversammlung der Schauspielerrinnen sind Wünsche geäußert worden, die soziale Lage der Schauspieler und Schauspielerrinnen durch ein Reichstheatergesetz zu verbessern. Hierzu wird einer künftigen halbjährigen Korrespondenz geschrieben:

Es ist als sicher anzunehmen, daß dem Reichstage voraussichtlich schon im nächsten Winter ein Reichstheatergesetz vorgelegt werden wird, doch dürfte dieser Entwurf wesentlich anders aussehen, als man in Schauspielerkreisen annimmt. Das dem Reichstage vorgelegte Stellenvermittlungsgesetz umfaßt auch das Theater-Regimentwesen und Mißstände auf diesem Gebiete können bereits durch dieses Gesetz bekämpft werden. Ein Reichstheatergesetz kann nicht Bestimmungen schaffen, die sich mit Bage und Kostfrage befassen. Diese Fragen können nicht reichsgesetzlich geregelt werden. Dieser Entwurf kann nur das Konzessionswesen verschärfen und hier Bestimmungen vorziehen, durch die der Schauspieler im Falle des Konkurses oder bei Kontrollbruch durch den Direktor mehr geschützt ist als bisher. Auch über Kündigung, Urlaub, Wöchnerinnenschutz könnten Bestimmungen nach der Art der Bestimmungen für kaufmännisches und gewerbliches Personal aufgenommen werden. In bezug auf Kranken- und Unfallversicherung könnten die Angehörigen des Theaters der neuen Reichsversicherungsordnung unterstellt werden. Viel mehr wird sich durch ein Reichstheatergesetz nicht regeln lassen, das übrige bleibt der Selbsthilfe überlassen.

Bundesratsbeschlüsse.

In seiner Donnerstagssitzung hat der Bundesrat den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Zuständigkeit des Reichsgerichts — sowie eines Gesetzes betreffend Aenderung der Rechtsanwaltsordnung nach den Anträgen der Ausschüsse zugestimmt.

Der gebundene Grundbesitz in Preußen.

Die amtliche „Statistische Korrespondenz“ veröffentlicht eine Uebersicht über die Verteilung der Fideikommissbesitzer auf die einzelnen Provinzen. Danach waren Ende des Jahres 1907 2 299 707 Hektar Fläche fideikommissarisch gebunden. Der ungeheure Grundbesitz gehört nur 1075 Personen. Von diesen entfallen auf die regierenden Häuser 26 mit 221 675 Hektar, deutsche Standesherrn 26 mit 287 180 Hektar, sonstige fürstliche Häuser 29 mit 209 141 Hektar, Grafen 255 mit 771 583 Hektar, sonstige Adelige 614 mit 704 992 Hektar und Bürgerliche 116 mit 44056 Hektar. Mehrere Fideikommiss waren in einer Hand vereinigt, und zwar hatten von den 26 Mitgliedern regierender Häuser mit 37 Fideikommissen 7, von den 26 deutschen Standesherrn mit 55 Besitzungen 14, von den 29 Angehörigen sonstiger fürstlicher Häuser mit 34 Besitzungen 6, von den 255 Grafen mit 295 Besitzungen 32, von den 614 sonstigen Adelligen mit 657 Besitzungen 83 und von den 116 Bürgerlichen mit 117 Besitzungen 1, 2 oder mehr Fideikommissen inne.

Die „sonstigen“ Adelligen stellen allein nahezu drei Fünftel und demnach die Grafen fast ein Viertel der Fideikommissbesitzer, während an der Fideikommissfläche die grassierenden Geschlechter mit rund einem Drittel und hierauf der „sonstige“ Adel mit ungefähren drei Fünfteln bei weitem am stärksten beteiligt sind. In den Größenverhältnissen des einzelnen Fideikommissbesitzers bis zu 5000 Hektar entfallen auf den „sonstigen“ Adel die Mehrzahl, bei 5000 bis zu 10 000 Hektar auf die Grafen und bei den noch größeren Klassen auf die Mitglieder der regierenden und fürstlichen Häuser und der deutschen Standesherrn. Die niedrigsten Größenverhältnisse weist der Besitz der Bürgerlichen auf.

Bei den bürgerlichen Familien kommen Inhaber eines Fideikommissbesitzes von 5000 und mehr Hektar nicht vor, desgleichen bei den sonstigen fürstlichen Häusern solche mit einem Besitze von weniger als 200 Hektar.

Eine neue Erzbergerade.

Der demokratische Politiker Dr. Breitscheid teilte vor kurzem in einer Wahlversammlung in Wilmshaus am Rhein mit, Herr Erzberger habe in einem engen Kreise erklärt, das Zentrum müsse bei der nächsten allgemeinen Reichstagswahl häufiger mit der Sozialdemokratie gehen; er (Erzberger) bekomme Briefe von Geistlichen, die zu einem solchen Zusammengehen drängten. In einer Zuschrift an den Kölner „Lokal-Anzeiger“ bestreift Erzberger, in dieser Form gesprochen zu haben; er habe nur erklärt, ein anständiger Sozialdemokrat sei ihm lieber als ein kulturkämpferischer Rationalist. Und so dächten auch katholische Geistliche.

In einer am Dienstag in Köln abgehaltenen Wahlrechtsversammlung der Demokratischen Vereinigung erklärte Herr Dr. Breitscheid auf das Bestimmteste, daß er seine Mittelung in der in Wilmshaus vorgetragenen Form wieder aufrechterhalte. Wenn Herr Erzberger bestreite, so sei das dessen Sache; er stehe bei seiner Behauptung. Ausdrücklich habe Erzberger gesagt, katholische Geistliche seien an ihn herantreten, daß bei der kommenden Reichstagswahl möglichst ausgedehnte Abmachungen mit der Sozialdemokratie getroffen werden.

Zeugniszwangsverfahren.

Die im Räteberger Zeugniszwangsverfahren gegen den Postsekretär Bengert verhängte Geldstrafe von 100 M. wegen Zeugnis-

verweigerung wurde von der Beschwerdeinstanz auf 50 M. ermäßigt und die Androhung der Zwangshaft aufgehoben. Die im übrigen wegen des gleichen Deliktes verhängten Strafen von 50 M. gegen den Redakteur des demokratischen „Räteberger Anzeiger“ und den Postsekretär Nozet wurden für rechtskräftig erklärt.

Zur Reform der badiischen Städte- und Gemeindeordnung.

hat die zuständige Kommission am Dienstag beschlossen, daß künftig auch die ledigen Gemeindeglieder, welche Umlagen bezahlen, in der Gemeinde wahlberechtigt sind. Bisher war die sogenannte selbständige Lebensstellung Voraussetzung der Wahlberechtigung. Gestrichen wurde ferner die Bestimmung der Vorlage, daß diejenigen nicht wählen dürfen, welche in den letzten fünf Jahren wegen Diebstahls, Unterschlagung, Fälschung oder Betrugs verurteilt worden sind. Für die Verleihung des kommunalen Stimmrechts an die Frauen fand sich in der Kommission keine Mehrheit.

Frankreich.

Ein vernünftiger Schritt.

Paris, 3. März. In einer gestern abgehaltenen Versammlung kündigte Hervey an, er werde aus der geeinigten sozialistischen Partei austreten und mit seinen Anhängern, die Gegner des Parlaments und wirkliche Revolutionäre seien, eine neue Gruppe bilden.

Eine Pärzsenz.

Paris, 3. März. Die Deputiertenkammer nahm in einer Nachtigung eine Reihe von Artikeln des Finanzgesetzes an. Auf eine Anfrage betreffend die Zwischenfälle, welche unter dem Personal der Westbahn Ventrückung hervorgerufen haben, erwiderte der Minister der öffentlichen Arbeiten Millerand, er habe dem Personal bereits die Erklärung gegeben lassen, daß es durch die Verstaatlichung der Bahn nicht benachteiligt werden solle. Die Sache sei übertrieben worden. Die Erregung werde sich um so schneller legen, je heftiger sie gewesen sei. (Beifall.) Er habe auch zwischen der Südbahn und ihren Angestellten vermittelt, und er hoffe, daß seine Schritte Erfolg haben würden. Schließlich nahm die Kammer mit 446 gegen 87 Stimmen das Budget im ganzen an. Als nach der Abstimmung über das Budget die Tagesordnung festgesetzt wurde, kam es zu erregten Zwischenfällen. Die Kammer beschloß, den ganzen Donnerstag und den Freitag vormittag der Beratung der Schulgesetze zu widmen. Viele Abgeordnete protestierten lebhaft und schlugen auf die Pulte, einer gerobrad seinen Pulstisch und bediente sich der Trümmer als Trummelstock, ein anderer wollte sie ihm entreißen, was zu einer Saligerei führte. Schließlich mußte der Präsident um 1 Uhr nachts die Sitzung aufheben.

Italien.

Sonnino für Parlamentsdiäten.

Rom, 1. März (Sig. Ver.) Die parlamentarische Kommission, die die verschiedenen Gesetzentwürfe über die Abgeordneten diäten zu prüfen hat, ist gestern vom Ministerpräsidenten empfangen worden, den sie über seine Stellung in der Frage interpelliert hat. Sonnino hat geantwortet, daß er durchaus für die Einführung von Diäten sei und hat erklärt, daß er die Form von Tagegeldern allen anderen vorzöge. Es scheint nun, daß die Kommission, um sich die Unterstützung der Regierung zu sichern, auch die Entschädigung in der Form von Tagegeldern annehmen werde.

England.

Eine Marinedebatte.

London, 2. März. Unterhaus. Bei Erörterung des Marinenahtzugsplans wiederholte der Erste Lord der Admiralität McKenna das Versprechen der Regierung, daß die vier Kontingente Dreadnoughts (die sogenannten Eventual-Dreadnoughts) vor dem 31. März 1912 in Dienst gestellt werden würden. Lough (liberal) stellte einen Antrag auf Reduzierung des Etats und sagte, alle alarmierenden Behauptungen des verflochtenen Jahres hätten sich als nichtig erwiesen. Asquith habe im März vorigen Jahres erklärt, Deutschland werde im April 1912 17 Dreadnoughts besitzen und Balfour habe diese Zahl für den August 1912 auf 25 beziffert und dabei einen heftigen Angriff gegen eine befreundete Großmacht gerichtet. Nur um dem deutschen Flottenprogramm zu begegnen, habe die englische Regierung die in dem jetzigen Etat enthaltenen Schiffe vorgezogen. Deutschland habe sich alle Mühe gegeben, um England zu versichern, daß die Absichten Deutschlands gänzlich mißverstanden worden seien. Dies war, sagte Lough weiter, ein höfliches und freundliches Wort, und wir hätten kein Recht, es gering zu schätzen. Wir haben es nicht nötig, Millionen gedankenlos wegzuworfen. Deutschland konnte seine Dreadnoughts nicht so schnell bauen wie wir, und wir hätten es im Jahre 1912 wohl nur mit 13 Dreadnoughts zu tun gehabt. Schließlich tadelt Lough die Regierung, daß sie nicht langsamer vorgehe. Warrens (Arbeiterpartei) erklärte, er werde für den Antrag Lough stimmen, da er der Ansicht sei, daß die alarmierenden Erklärungen der Minister und der Mitglieder der Opposition im vergangenen März unwahr und ungerechtfertigt gewesen seien. Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärte Parlamentssekretär Macnamara, die Regierung habe nicht den Wunsch, Dreadnoughts zu bauen auf rein kranhaftem Vergnügen daran. Aber sie müsse für die Sicherheit der Nation im weitesten Umfange Sorge tragen. Schließlich zog Lough seinen Antrag zurück und der Etat wurde angenommen.

Das Flottenabkommen.

London, 3. März. Unterhaus. Im Verlauf der Sitzung richtete Whiles (liberal) an den Staatssekretär des Auswärtigen die Frage, ob er die kürzlich gehaltene Rede des deutschen Botschafters beachtet habe, und ob die Regierung in bezug auf die darin geäußerten Anschauungen sich in der Lage sehe, mit Deutschland neuerdings in Verbindung zu treten, um zu einer Vereinbarung über eine Begrenzung der Flottenrüstungen beider Länder zu kommen. Der Minister des Auswärtigen Sie Edward Grey erklärte in seiner Antwort, er habe den Bericht über die Rede gelesen und erwidere herzlichst ihren freundlichen Ton. (Beifall.) Die Rede enthalte nichts über die Fragen der Beschränkung der Flottenrüstung, der Standpunkt der britischen Regierung in dieser Frage sei von Asquith im letzten Jahre völlig klar gestellt und er habe dem nichts hinzuzufügen.

In Verantwortung mehrerer Anfragen erklärte Ministerpräsident Asquith, es sei keine Aenderung in der Absicht der Regierung eingetreten, vor Ende des Frühjahrs vom Hause die Zustimmung zum Budget zu erbitten. Falls nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, würde die Regierung das Haus bitten, die Entscheidung über das Budget zu treffen, sobald das Unterhaus über die Resolutionen bezüglich der Lords abgestimmt habe. Asquith wiederholte darauf unter dem Beifall der Ministerialen die Erklärung Lloyd Georges, daß die Regierung nicht im Arme bleiben werde, wenn sie keine Garantien dafür erhalte, daß ihre Vorschläge nicht nur im Unterhause angenommen, sondern auch Gesetz werden würden.

Gewerkchaftliches.

Scharfmacher-Wohlfahrt.

Vor wenigen Tagen erst ist die Gerresheimer Glashütten-Aktien-Gesellschaft durch das Düsseldorf-Landgericht „im Namen des Königs“ durch Gerichtsbescheid darauf hingewiesen worden, daß ihre klug ausgedachte „Wohlfahrtseinrichtung“, die darin bestand, den Arbeitern durch Lohnkürzung eine „Spareinlage“ in derselben Höhe zu gewähren und dies durch eine einfache Lohnneubehaltung zu Wege zu bringen, gesetzlich unzulässig ist, und jetzt versucht sie schon wieder dasselbe, nur auf einem anderen Wege. Durch Anschlag an das schwarze Brett wurde den Arbeitern jetzt das Folgende bekanntgemacht:

An unsere Glasmacher!

Nach einem Urteile des Landgerichts haben die Arbeitnehmer das Recht, ihre Spareinlagen zurückzufordern.

In Verkennung des Sachverhalts sieht das Gericht dieselben als einen Teil des Lohnes an, während — wie auch das Gewerbegericht verschiedentlich entschieden hat — es sich um freiwillige Zuwendungen handelt. (??)

Da durch die Entscheidung des Landgerichts die Bedingungen der Rückzahlung eine wesentliche Änderung erfahren haben, sehen wir uns veranlaßt, die Spareinlage aufzulösen.

Wenn wir auch glauben, weitere Zahlungen einstellen zu können, wollen wir doch um allen späteren Scherereien aus dem Wege zu gehen (11), die Beiträge bis zum 19. dieses Monats weiter zahlen.

Vom 20. Februar dieses Jahres erlischt das Recht der hiesigen Arbeitnehmer auf die in Frage kommenden Beiträge. (Unterschrift.)

Der eigentümliche Mann, der kurzerhand erklärt, das ihm nicht passende Urteil sei „in Verkennung des Sachverhalts“ entstanden, erscheint allein stehend nur dadurch besonders beachtlich, weil zwar erklärt wird, daß die Einzahlung der Gelder in diese famose „Spar“einrichtung durch die Firma aufhört, trotzdem aber davon gar nicht geredet wird, ob den Arbeitern nun wieder der alte Lohn ohne diese eigenartige Lohnkürzung weiter gezahlt werden soll. Bekanntlich trat diese Spareinrichtung an die Stelle einer Lohnkürzung. Besonders wichtig wird aber die Mitteilung durch eine andere, die ebenfalls angeschlagen wurde. Sie lautet:

An unsere Mitarbeiter!

Seitens des Vorstandes der Aktiengesellschaft Gerresheimer Glashüttenwerke vorm. F. Hens wurde dem Arbeiterausschuß mitgeteilt, daß infolge eines Landgerichtsurteils die Spareinrichtung aufgehoben werden müsse.

Die unterzeichneten Mitglieder des Arbeiterausschusses haben aber aus der stattgefundenen Besprechung (!) das feste Vertrauen gewonnen, daß, wenn auch von der Firma eine weitere Zahlung an den Sparfonds nicht mehr verlangt werden könne, sie doch aus freien Stücken den Sparfonds nach den Bestimmungen vom 9. Februar und die jeder Arbeitnehmer kennt, dieselben Beiträge zuführen wird.

Es ist hierbei selbstverständlich, daß die Firma nur für diejenigen Glasmacher, Schürer und Pfleger freiwillige Beiträge leisten kann, die auch die vorhandenen Gelder in demselben belassen.

Wir empfehlen unseren Mitarbeitern daher auf das dringendste, von einer Erhebung des von ihnen aufgesparten Beitrages Abstand zu nehmen, da es in ihrem Interesse liegt und für sie vorteilhafter ist.

Gerresheim.

Mitglieder des Arbeiterausschusses.

(Unterschriften.)

Diese beiden Bekanntmachungen, die beide an einem Tage veröffentlicht wurden, stehen ohne weiteres im Zusammenhang! Einmal erklärt die Firma kategorisch, daß sie die Lohnabzüge der Arbeiter nicht mehr als eine Spareinlage betrachten werde, die Arbeiter müssen sich so eine Lohnkürzung gefallen lassen. Zum anderen, und dies erscheint besonders beachtlich, machen die Mitglieder des Arbeiterausschusses in eigentümlich offiziellem Stil ihre Kollegen darauf aufmerksam, daß die Firma zwar nicht mehr dazu gezwungen sei, Beiträge zu zahlen, daß aber „nach der stattgefundenen Besprechung“ anzunehmen sei, die Firma werde es freiwillig weiter tun. Die Firma fordert zur Abhebung der angesammelten Lohnneubehaltungen auf, der Arbeiterausschuß zur Nichtabhebung. Es soll wohl sein, daß die Firma sich gegenüber dem Gerichtsurteil nicht erheben will. Der sogenannte Arbeiterausschuß soll das Mittel sein, die profitable Spareinrichtung weiterhin existieren zu lassen. Die in einem Jahre schon angesammelten 120 000 M. scheint die Firma nicht gern verlieren zu wollen; oder wie ist sonst die glatte Mißachtung des Gerichtspruches zu erklären? Ueberdies bleibt außerdem die Frage offen, ob man es hier nicht mit einer solchen „freiwilligen“ Verzichtleistung der Arbeiter zu tun hat, die wider die guten Sitten verstößt. Ganz abgesehen davon, daß nach den Ausführungen der beiden Bekanntmachungen die Arbeiter überhaupt kein Recht mehr auf die Wohlfahrtssparagroschen aus ihrem Verdienste haben, die jetzt durch die Firma freiwillig geleistet werden. Deutlicher ist wohl selten das Unternehmerinteresse an solch „wohlthätigen Wohlfahrtseinrichtungen“ gezeigt worden.

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung in der Waffenfabrik von Schwarzlose.

Seit acht Tagen sind sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Schwarzlose, Waffenfabrik in der Levetzowstraße, ausgesperrt, weil sie sich nicht mit einer Verlängerung der täglichen Arbeitszeit von 8 1/2 auf 9 Stunden und einer Kürzung der Löhne einverstanden erklären wollen. Nach dem zu urteilen, was der Verbandsvertreter Behrend und was namentlich die bei der Firma beschäftigten Arbeiter selbst in der gestrigen Versammlung ausführten, muß in dem Betriebe eine Arbeitsmethode und Arbeitsweise herrschen, die eine unglaublich leichtfertige Verschwendung von Material und Arbeit darstellt. Das Urteil der Redner ging dahin, daß diese Arbeitsweise nicht Produktion, sondern Purzerei sei. Zur Begründung wurde unter anderem gesagt, daß bei Schwarzlose sämtliche Werkzeuge aus Rapidstahl hergestellt werden, ein Material, das viermal so teuer ist, aber für diesen Zweck weit weniger geeignet, als der richtige Werkzeugstahl. Aus dem Rapidstahl wurden auch Reibahlen hergestellt, mit denen glatte Arbeit geliefert werden sollte. Jeder erfahrene Metallarbeiter weiß, daß Rapid nicht glatt weilt. Erst wurden 50 Stück angefertigt und mußten weggeworfen werden, dann, mit einer kleinen technischen Änderung, nochmals 50, die auch nicht zu gebrauchen waren. Im letzten Monat sollen nicht weniger als 200 solcher Reibahlen weggeworfen worden sein. Wenn Arbeiter den Meister fragten, was sie mit dem für ihre Arbeit doch unbrauchbaren Material machen sollten, war die Antwort des Meisters: „Ich habe kein anderes. Wir müssen es schon nehmen.“ Die Reibahlen kamen das Stück auf 3 M. zu stehen, das Material nicht mitgerechnet. Für Präser waren früher einmal Zeichnungen vorhanden, sehr gut ausgearbeitet von einem Meister Schnell, der nun nicht mehr im Betriebe ist. Diese Zeich-

nungen sind aber, wie behauptet wird, von dem technischen Leiter der Fabrik Dr. Splittler aber dem Ingenieur Schmidt vernichtet worden. Nun müssen die Arbeiter nach Gutdünken des einzelnen Präser ausgeführt werden, was zur Folge hat, daß sie manchmal nicht zu gebrauchen sind. Schrauben sind aus dem besonders wertvollen Federstahl hergestellt worden, indem die Stücke von 26 Millimeter auf 14 bis 19 heruntergearbeitet werden mußten. An Griffstücken, dem teuersten Stück am Revolver, sollen zwischen Weihnachten und Neujahr nicht weniger als 5000 in den Ausschuh gewandert sein. Nach Meinung der Arbeiter sind auf diese Weise durch die Schlampererei im Betriebe in einem Jahre an 25 000 bis 30 000 M. an Ausschuh verloren gegangen. Das aber überhaupt durch die Mißwirtschaft zugeführt wird, wurde in der Versammlung auf 200 000 M. veranschlagt. Einer der Herren Aufsichtsratsmitglieder hat auf der Straße Arbeiter des Betriebes gefragt, was denn nun werden solle; das ganze Kapital sehe ja auf dem Spiel. Dem Herrn ist geantwortet worden, daß die Sawirtschaft und der Schandrian im Betriebe daran schuld seien. Der Herr hat, man möge die Dinge doch dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates — einem Fürsten von Hohenlohe — mitteilen, was dann auch zugesagt wurde. In der Versammlung wurde berichtet, daß kürzlich einmal plötzlich alles in bester Ordnung gebracht werden, alle Maschinen in Gang gesetzt werden mußten. Die Ursache war, daß der Aufsichtsrat zur Verächtigung kam. Hatten die Herren aber die eifrige Tätigkeit in Augenschein genommen, würden Arbeiter plötzlich noch anderen Räumen geschickt, um auch dort den schönen Schein zu wahren.

Verhandlungen mit der Firma anzuknüpfen ist bisher vergeblich gewesen. Statt verständig mit sich reden zu lassen, bietet die Firma alles auf, um Streikbrecher heranzuziehen, und auf ihre ausgesperrten Arbeiter die Polizei zu legen. Kürzlich hatte sie einen Meister nach Suhl in Thüringen geholt, um Arbeitswillige zu holen. Es war dort jedoch gleichzeitig durch die Presse und auf anderem Wege vor dem Streikbrecherwerb gewarnt worden, und der Erfolg der Reise war denn auch gleich Null. Allerdings hat man anderweitig einige Arbeitswillige gefunden; das sind jedoch Leute, von denen die Firma schwerlich irgendwelchen Nutzen haben wird. Am Montagabend war die Polizei vor dem Fabrikgebäude so außerordentlich stark vertreten, daß dadurch große Menschenansammlungen herbeigerufen wurden. Es soll zu einem Stromwall gekommen sein. Die Aussperrten sind aber der ganzen Sache fern geblieben. Es sollen sich weniger die uniformierten Schulleute herbeizumanteln, als vielmehr ein Kriminalbeamter Sobold, der in der recht verkehrten Straße mit ihrer breiten Mittelpromenade es den Streikposten verwehren will, ihre Pflicht zu tun.

Ihre Bezahlung hat die Firma entlassen und ihnen gesagt, daß sie Sonnabend ihren Lohn holen sollen.

Die Versammlung bildete in ihrem ganzen Verlauf einen Beweis dafür, daß die Aussperrten fest zusammenhalten und nichts sie hindern wird, den ihnen aufgewungenen Kampf mit ganzer Kraft durchzuführen. Ueber die Firma ist selbstverständlich die Sperre verhängt, und es ist Vorjorge getroffen, daß auch von auswärts werden, von der Sperre Notiz zu nehmen und vor Zugang zu warnen.

Werkwürdig ist, was sich eine Firma, die mit ihren Arbeitern im Streit liegt, unter den Augen der Polizei alles erlauben darf. So herrscht in der Nachbarschaft der Fabrik helle Empörung über die gemeingefährliche Art, in der die Streikbrecher transportiert werden. Diese werden nämlich im Privatauto des Herrn Direktors befördert; aber wie! Der Chauffeur verläßt die Fabrik mit höchster Ueberzeugung und voller Lourenzahl des Motors. Und da die Maschine nach der Schätzung von Sachverständigen zirka 60 Kilometer in der Stunde erreichen kann, mag man sich vorstellen, in welcher Weise der Verkehr dadurch gefährdet wird, zumal die Ausfahrt ein halbes Dutzend mal wiederholt werden muß. Neben dem Chauffeur aber sitzt seelenruhig ein Polizeibeamter (!), der anscheinend nicht merkt, daß hier das berühmte Hundstehlfeld-Tempo andauernd überschritten wird. Er verhindert es wenigstens nicht. Oder er denkt: Die Straße gehört dem Verkehr der — Streikbrecher! Und wenn's über die Leichen ehelicher Menschen geht!

Von den Verhandlungen im Holzgewerbe.

Die Verhandlungen der Ortsvertreter im Beisein von Abgeordneten der Zentralverbände werden gegenwärtig in Berlin noch fortgesetzt. Ueber den endgültigen Ausgang der Bewegung läßt sich auch heute noch nichts Bestimmtes sagen, doch kann ausgesprochen werden, daß die Spannung ein klein wenig nachgelassen hat. Es ist nämlich in bezug auf die Lohnfrage und Verkürzung der Arbeitszeit für eine Anzahl Städte eine vorläufige Verständigung zwischen den Vertretern der Ortsparteien erzielt. Es sind dieses die Städte: Leipzig, Köln, Jena, Danzig, Oldenburg, Lüneburg, Gorki, Königsberg, Rendsburg, Göttingen, Greifswald, Spandau, Reuthen, Rastow, Königshütte, Siedlitz, Berlin und Stargard i. P. Für eine größere Anzahl dieser Orte ist auch wegen der übrigen Streitpunkte eine Einigung erzielt. Allerdings müssen dann die Versammlungen an den einzelnen Orten zu dem Ergebnis der Verhandlungen noch Stellung nehmen. Nach den Beschlüssen des Arbeiterschutzwertverbandes sollen auch die Vorsitzenden aller in Frage kommenden Bezirksverbände zu dem Resultat der Verhandlungen Stellung nehmen, so daß heute noch nicht gesagt werden kann, wie diese Stellungnahme ausfällt.

Jedenfalls haben die Holzarbeiter Deutschlands alle Ursache, ihre Rüstungen fortzusetzen, da Zwischenfälle nicht ausgeschlossen sind und der Schutzverband die Parole ausgegeben hat, „entweder Frieden in allen Orten oder Kampf auf der ganzen Linie“. Eine Anzahl Ortsvertreter haben wegen einer Reihe Gründe den Auftrag erhalten, am Orte weiter zu verhandeln. Andere sind vom Erscheinen in Berlin entbunden, weil sie glauben, am Orte einzig werden zu können. Ob sich diese Hoffnung erfüllen wird, muß abgewartet werden. Ob, falls dieses nicht der Fall ist, ein anderer Ausweg, die Differenzen zu beseitigen, gefunden werden kann, ist sehr fraglich. Die Zukunft ist also noch recht ungewiß und die Wolken haben sich noch nicht verzogen, doch kann die Entscheidung nun nicht lange mehr auf sich warten lassen.

Bei der Firma Veltzer u. Söhnevogel, Eisenkonstruktionswerk in Wittenau bei Berlin stehen sämtliche dort beschäftigten 183 Arbeiter seit 14 Tagen im Streik. Der Grund zum Streik waren Abzüge, und zwar dergestalt, daß die Ueberlöhne, welche nach Fertigstellung der Aufträge an die Beteiligten verteilt wurden, nicht mehr gezahlt werden sollten. (Von der Firma werden die Auftragsüberschüsse „Geschenke“ genannt, auf die die Arbeiter regelmäßig keinen Anspruch hätten.)

Auch bei diesem Streik macht der bekannte Herr Lebus mit seiner gelben Garde den Versuch, der Firma Hausreicherdienste zu leisten. Die Arbeit ist jedoch eine derartig schwierige, daß von 15 durch den gelben Nachweis gelieferten Arbeitskräften am ersten Tage sofort 12 Mann den Betrieb wieder verließen. Da die Firma mit dem Rest von weiteren Streikbrechern den Betrieb nicht aufrecht erhalten kann, hat sie ihre Arbeiter bei anderen Firmen der Eisenkonstruktionsbranche untergebracht. Wir ersuchen nun alle Kollegen in den Betrieben, wo Arbeit der Firma Veltzer u. Söhnevogel angeboten wird, unserem Bureau, Berlin, Charitéstr. 3, dies sofort zu melden. Die Verhältnisse in den Betrieben dieser Branche sind derartig, daß sie der Besserung dringend bedürfen, und es ist deshalb nötig, daß die Arbeiter aller hier in Betracht kommenden Firmen zusammenhalten.

Wie uns mitgeteilt wird, behält die Firma Veltzer u. Söhnevogel die im Betriebe vorhandenen 7 Streikbrecher auf Streichschütten im Betriebe.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin.

Deutsches Reich.

Anwaltsangelegenheiten?

Verschiedene Justizministerien (Preußen, Sachsen, Bayern usw.) haben auf die Petition des Verbandes der Bureauangestellten hin sich bereit erklärt, diejenigen Anwaltsangeestellten, die infolge der am 1. April 1910 in Kraft tretenden Zivilprozessreform stellunglos werden, bei Besetzung der in den Gerichtskanzleien freierwerdenden Stellen nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

Der genannte Verband fordert daher alle Anwaltsangeestellten, denen infolge der Zivilprozessreform jetzt oder später ihre Stellung gefährdet wird, auf, ihre Adressen und, wenn möglich, eine Abschrift des letzten Zeugnisses an den Verbandsvorstand, Berlin, Linienstraße 8, einzusenden.

Verschmelzung des Mühlenarbeiterverbandes mit dem Brauereiarbeiterverband.

In der vom Brauereiarbeiterverband vorgenommenen Abstimmung über die Verschmelzung beider genannter Verbände wurden 17 141 Stimmen abgegeben. Davon votierten 11 578 für und 5414 gegen die Verschmelzung; 149 Stimmen waren ungültig und aus 81 kleineren Zahlstellen steht das Resultat noch aus. Das Ergebnis der Abstimmung im Mühlenarbeiterverbande fehlt noch.

In der Stuttgarter Konfektion haben die Schneider und Zuschneider Forderungen gestellt. Den Zuschneidern wurde im Verlauf dieser Bewegung am 1. Februar gekündigt, und da sie mit vierwöchentlicher Kündigung eingestellt sind, wurden sie am 1. März ausgesperrt. In Verfolg dieser Aussperrung mußten die Schneider bei Dressfuß u. Lehmann die Arbeit einstellen, da keine zugeschnittene Ware mehr vorhanden war; auch andere Werkstätten- und Heimarbeiter wurden dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Der Tarif für Schneider gilt noch bis 15. März.

Die Gärung unter den Gelben.

Zu Anfang dieser Woche hatte die Verwaltungsstelle Augsburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes nach dem „Saalbau“ eine öffentliche Metallarbeiterversammlung einberufen, die sich zu einer gewaltigen Demonstration gegen den von den Augsburger Unternehmern auf die Arbeiter ausgeübten Terrorismus gestaltete. Nahezu 3000 Metallarbeiter, darunter mehr als die Hälfte Gelbe, waren erschienen und spendeten den Rednern stürmischen Beifall. Als Thema war: „Die Arbeitsverhältnisse der Maschinenfabrik Nürnberg in den Werken Nürnberg, Gussfabrik und Augsburg“ festgesetzt. Zahlenmäßig konnte nachgewiesen werden, daß im Gegensatz zu anderen Werken, in Augsburg, dem Sitze der gelben Bewegung, die schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschen, und daß die Erfolge der gelben Organisation in unwürdiger Behandlung und Lohnreduktionen — innerhalb eines Jahres wurden die Löhne für Affordarbeiten bis zu 60 Proz. reduziert — bestehen. Die Aufforderung an die Gelben, aus den gelben Vereinen aus- und in den Deutschen Metallarbeiterverband einzutreten, wurde mit lautem Bravo aufgenommen. Die Versammlung schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Gelben, ungeachtet der neben ihnen sitzenden Meister und Vorgesetzten, selbst einstimmten. Die großartig verlaufene Versammlung hat aufs neue gezeigt, daß die gelbe Bewegung selbst an ihrer Geburtsstätte ihren Höhepunkt überschritten hat und daß die Arbeiter Augsburgs sich wieder auf sich selbst besinnen.

Streik im Schneidergewerbe zu Nürnberg.

Zu unserer Notiz über die Tarifbewegung der Damenschneider und Schneiderrinnen erhalten wir die telegraphische Mitteilung, daß am Mittwoch bereits die Arbeit niedergelagt wurde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der „gute Ton“ im Elsaß-Lothringischen Landesausschuß.

Strasbourg, 8. März. (W. Z. B.) Im Landesausschuß für Elsaß-Lothringen kam es bei der Beratung des Etats zu einem Zusammenstoß zwischen den Abg. des Zentrums Haub und Dr. Wetterlé einerseits und dem Unterstaatssekretär Mandel andererseits, wobei erstere der Regierung Parteinahme bei den Landesausschuwahlen in Gebweiler und Molschheim vorwarfen. Unterstaatssekretär Mandel wies diese Vorwürfe zurück und sagte, wenn der Abg. Haub die Vorwürfe gegen Gebweiler nicht besser zu begründen wisse, solle er lieber still sein. Daraufhin riet der Abg. Haub der Regierung, auch ihrerseits den parlamentarischen Ton aufrecht zu erhalten sowie ihn zum eisernen Bestande des Hauses zu machen. Als Unterstaatssekretär Mandel erwiderte, er habe nicht gegen die parlamentarische Redeweise gefehlt, äußerte sich der Abg. Haub, er klinge auch nur den Ton an, der es dahin bringen würde, daß der Unterstaatssekretär noch die wenigen Freunde im Hause verliere. Hierauf erklärte der letztere, seine Freunde sähen nicht bei den Freunden des Abg. Haub. Dr. Wetterlé erklärte, daß die Freundschaft des Unterstaatssekretärs nur kompromittierend sei.

Gegen russische Polizeispiegel.

Petersburg, 8. März. (W. Z. B.) Die Duma hat heute die Verhandlungen über den Etat des Ministeriums des Innern begonnen. Der Referent, Obrist Fürst Solichyn erklärte, die Reorganisation der Polizei sei äußerst notwendig. Die im Lande herrschenden Zustände seien nicht länger zu ertragen. Die Tätigkeit der Abteilung der politischen Polizei übersteige die Grenze des Möglichen. Die im Manifest angekündigte Unantastbarkeit der Person sei einfach Mythos. Die Budgetkommission schlägt vor, die Ausgaben für die Polizei um 391 988 Rubel zu kürzen. Diese Summe, welche für den Unterhalt der unter polizeilicher Aufsicht befindlichen Personen bestimmt ist, zu bewilligen, sei inkonsequent, da die Reichsduma sich für Aufhebung des Rechts der administrativen Verbannung ausgesprochen habe. (Beifall im Zentrum und links.) Der Gehilfe des Ministers des Innern Arshanowski erklärte, die Regierung sei einverstanden mit der Streichung der für den Unterhalt der unter Polizeiaufsicht befindlichen Personen ausgeworfenen Summe. (Beifall.)

Selbstmord oder Verbrechen?

Kattowitz, 8. März. (W. Z. B.) Im Walde bei Emanuel's legen wurde ein 60jähriger Mann tot aufgefunden. Die Identität konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden, da irgendwelche Legitimationspapiere sich nicht vorfinden. Es ist auch noch nicht aufgeklärt, ob ein Verbrechen vorliegt oder ob der Unbekannte seinem Leben selbst ein Ziel setzte.

60 Arbeiter getötet.

Juncau (Mascha), 8. März. (W. Z. B.) Durch eine Explosion in der Treibwelle wurden sechzig Arbeiter getötet und viele verletzt.

Die Opfer der Eisenbahnkatastrophe.

Everett (Washington), 8. März. (W. Z. B.) Wie jetzt feststeht, beziffert sich die Zahl der Toten und Vermissten in dem von einer Lawine verschütteten Eisenbahnzug im ganzen auf 84 Personen, und es besteht wenig Aussicht, noch Ueberlebende zu bergen.

Reichstag.

47. Sitzung vom Donnerstag, den 3. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.

Die Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel „Behörden für Untersuchung von Seeunfällen.“

Abg. Schwarz-Lübeck (Soz.):

Als die Seemannsordnung in der Kommission beraten wurde, wurde dort eine Resolution angenommen, in welcher mit unklarer Befehlsmacht ein Besetzungswort verlangt wurde, durch den die Frage einer behördlichen Aufsicht über Seetüchtigkeit, Tiefgang, Besatzung und Verproviantierung von Rauffahrtschiffen geregelt, für Abstellung etwaiger Mängel Sorge getragen und zu diesem Zweck eine der Oberaufsicht des Reiches unterstehende Instanz bestimmt wird. Leider hat der Reichstag die Resolution in dieser Form nicht angenommen, sondern auf einen Antrag Dr. Stodmann hinter „unklarer Befehlsmacht“ die Worte eingefügt „und unter Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen der Handelsmarine über Tiefgang und Ladelinie.“ — Diese Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen der Handelsmarine ist seit nunmehr acht Jahren gelbt worden. Wie lange soll sie noch gelbt werden, ehe jene Resolution erfüllt wird? Auf die Anfrage des Abg. Wegger über die Resolution erklärte Herr v. Jonquieres im Reichstage am 12. März 1908, daß die Verbündeten Regierungen die Frage offenbar noch nicht zur Entscheidung für reif gehalten haben, und er fügte hinzu: „Ob man überhaupt einmal zur Errichtung eines Reichs-Schiffahrtsamtes kommt, darüber ist im Bundesrat keine Entscheidung getroffen worden. Jedenfalls aber hat man es bisher nicht für richtig gehalten, dieser Resolution des Reichstages Folge zu geben.“ — Seitdem sind wiederum zwei Jahre vergangen, ohne daß wir etwas von der Sache gehört haben. Daß aber eine Verbesserung der Aufsicht für unsere Schiffe notwendig ist, beweisen

die häufigen Unglücksfälle von Schiffen.

Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 1. bis 31. Oktober 1909 26 Dampfer und 44 Segelschiffe total verloren, teils durch Strandung, Zusammenstoß, Feuer, schweres Wetter, teils verschollen, gesunken, verlassene und sonderbar. In den Jahren von 1890 bis 1907 sind 10 918 Schiffe verunglückt mit einer Besatzung von 15 871 Personen und 2725 Passagieren. An Menschenleben gingen von der Besatzung 3742 Personen — 23,6 Proz. verloren, von den Passagieren 583 Personen — 20,6 Proz. Im Durchschnitt der 17 Jahre gingen

jährlich 642 Schiffe mit einer Besatzung von 934 Personen und 160 Passagieren verloren,

von denen 220 Mann der Besatzung und 30 Passagiere verunglückten.

Eine tieftraurige Erscheinung im Kapitel der Schiffverluste sind die verschollenen Schiffe.

Niemand weiß, wo sie geblieben sind, keine Kunde kommt zu den monatlang in Hoffen und Harren verbliebenen Angehörigen. In den 16 Jahren von 1890 bis 1906 sind insgesamt 288 Segelschiffe und 64 Dampfer, also 352 Schiffe verschollen. Die Mannschaft dieser verschollenen Schiffe bestand aus 2807 Personen nebst 94 Passagieren, die alle bis auf den letzten Mann ihr Grab im Meere gefunden haben. Im Durchschnitt der 16 Jahre sind also jährlich 23 Schiffe mit 175 Mann Besatzung und 6 Passagieren verschollen. Die Schiffsumfälle erklären sich aus dem Bestand unserer Handelsmarine. Er betrug nach dem Verwaltungsbericht der Seebereitschaft im Jahre 1909 944 hölzerne Segler, 469 eiserne Segler, 30 Segler mit Hilfsmaschinen und 1618 Dampfer. Ferner noch 94 hölzerne Heringslogger, 89 eiserne Heringslogger, 59 Heringslogger mit Hilfsmaschinen, 24 Fischdampfer, wozu noch 470 Fischereifahrzeuge kommen. Von diesen insgesamt 3522 Schiffen waren 1890 1 bis 30 Jahre alt, 312 Schiffe hatten ein Alter von 20 bis 50 Jahren, und 10 Schiffe sind über 50 Jahre alt! Bei einem Schiffe ist das Erbauungsjahr unbekannt. Die Besatzung der Schiffe betrug insgesamt 72 450 Personen. Das Verhältnis zwischen Schiffen, Raummehle und Besatzung stellt sich bei Segelschiffen im Durchschnitt auf 5,45 Mann pro Schiff, 33,11 Registertonnen

netto pro Mann; bei Dampfschiffen auf 30,17 Mann pro Schiff, 33,91 Registertonnen pro Mann. Dieses Verhältnis kann nicht ein befriedigendes genannt werden. Wir müssen unbedingt eine stärkere Besatzung der Schiffe fordern. Die hölzernen Segler haben vom Jahre 1898 bis 1909 um 1338 abgenommen. Dagegen ist die Zahl der eisernen Segler in der gleichen Zeit von 174 auf 469 gestiegen. Die Zahl der Segler mit Hilfsmaschinen, die 1880 noch gar nicht vorhanden waren, auf 20. Ganz bedeutend ist die Zunahme der Dampfer. Ihre Zahl stieg in dieser Zeit von 683 auf 1618. Der Bruttoreumgehalt hat bei den hölzernen Seglern um 90 Proz. abgenommen, während er bei den eisernen Seglern um 154, bei den Dampfern sogar um 406 Proz. zugenommen hat. Wir verlangen eine

staatliche Aufsicht des gesamten Schiffahrtbetriebes unter Mitwirkung von Personen aus dem Seemannsbereich und Einsetzung eines Reichs-Schiffahrtsamtes mit zweckentsprechenden Lokalbehörden.

Schon in den neunziger Jahren schrieb der verstorbene Direktor der Hamburger Navigationschule Niebuhr in einer seiner Veröffentlichungen:

„Früher verlangte man von einem seetüchtigen Schiffe, daß es den schwersten Sturm auf hoher See aushalte, ohne led zu werden, ohne zu kentern; höchstens im Orkan durfte ein Schiff zugrunde gehen. Heute schreit man Schiffe in See, die bei ebenem, d. h. kräftigem Bodestagswinde kentern, und behauptet hinterher, die Schiffe seien seetüchtig gewesen. Früher verlangte man 3 Zoll Freibord für jeden Fuß Tiefgang, heute gehen Schiffe in See, die nicht mal einen Zoll Freibord für jeden Fuß haben, und doch sollen sie seetüchtig sein. Hier muß ein Gesetz helfen, denn der Seemann ist der Habicht und Geldgier gegenüber machtlos.“

Als im Januar 1895 die „Eibe“ unterging, die von dem englischen Dampfer „Cragie“ angerannt wurde, wurde hier von dem Herrn v. Stumm eine Interpellation eingebracht, in der die Verbündeten Regierungen gefragt wurden, ob sie Maßnahmen zu ergreifen beabsichtigten, um den durch den Untergang von Seeschiffen verursachten Verlust von Menschenleben mehr als dies bisher gelungen ist, zu vermindern. Bei der Begründung dieser Interpellation in der Reichstags-Sitzung vom 9. Februar 1895 betonte Herr v. Stumm, daß er es für eine Anomalie halte, wenn man bei der Seeschiffahrt, die vielleicht das gefährlichste Gewerbe ist, das denkbar ist, eine geringere Staatsaufsicht läßt als bei ganz ungefährlichen Betrieben auf dem Lande, und weiter führte er aus:

„Wären auch die Interessenten der Seebereitschaft mit derselben Gewissenhaftigkeit ihre Unfallverhütungsvorschriften erlassen, wie das die anderen Berufsvereinigungen tun. Auf die Dauer wird es unvermeidlich sein, die Seeschiffahrt auch formell unter schärfere staatliche Aufsicht zu stellen.“

Diese Ausführungen fanden bei der großen Mehrheit des Reichstags Beifall. Gegen sie wurde geltend gemacht, daß die Schiffahrtsinteressen in der Veranschlagung des Schiffbaues und der Schiffe selbst eine schwere Schädigung ihres mit sozialpolitischen Gesetzen schon belasteten Gewerbes sehen. Und es wurde auf die fürsorgende Tätigkeit der Seebereitschaft sowie auf die peinliche Sorgfalt des Germanischen Lloyd bei der Klassifikation verwiesen. Aber der Germanische Lloyd ist keine staatliche Körperschaft, sondern eine reine kapitalistische Erwerbsgesellschaft, welche der Kontrolle des Reiches entzogen ist.

Auch die Seebereitschaft ist für ihre Handlungen dem Reichstag nicht verantwortlich, ihre Verwaltungsberichte erscheinen unter Ausschluß der Öffentlichkeit und sind der öffentlichen Diskussion entzogen. Im Verwaltungsbericht von 1893 schrieb sie über die Seetüchtigkeit unserer kleinen Seeschiffe u. a.:

„Mag auch zugegeben sein, daß manche dieser Schiffe nicht im vollen Sinne des Wortes seetüchtig sind (Hört! hört! bei den Soz.), so ist es doch eine ernste Frage, ob es richtig wäre, wegen strenger und naturgemäß schablonenhafter Anforderungen, bei denen nur die Beschaffenheit des Fahrzeuges, nicht die persönlichen Eigenschaften ihrer Führer berücksichtigt werden können, diesen Schiffen die Fahrt zu verbieten und damit ihren Eigentümern in den meisten Fällen den einzigen Erwerb zu entziehen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wie bei einem nicht seetüchtigen Schiffe die persönlichen Eigenschaften der Führer Berücksichtigung finden sollen, ist nicht verständlich. (Gehört richtig! bei den Soz.) Um so weniger, als gerade auf solchen Schiffen die Führer in den meisten Fällen der dem Untergang geweihten, bei dem Konsum um Schutz nachsuchenden Besatzung sehr rigoros gegenübertraten. Der Menschenleben erfordernde Erwerb darf eben nicht geschätzt werden. Unter den Unfall-

und was der Beispiele mehr sind. Aber vor 50 Jahren waren doch noch riesige Gebiete der Erdoberfläche mit Wald bedeckt, die ihm heute verloren haben: namentlich Nordamerika, wo ja ein arger Raubbau mit den Wäldern getrieben worden ist. Selbst in Ländern, die eine vorsichtige Waldpolitik treiben, beginnt sich infolge der zunehmenden Bevölkerung und der steigenden wirtschaftlichen Bedürfnisse Holzangelang bemerkbar zu machen. Deutschland z. B., von dessen Flächeninhalt noch etwa 28 Proz., also mehr als der vierte Teil, von Wald bedeckt ist, führt jährlich für etwa 240 000 M. Holz ein. In Großbritannien gar beträgt die jährliche Einfuhr 540 Millionen Mark für den Durchschnitt der Jahre 1904—1908. Ein Menschenalter zuvor (1889—1893) betrug die jährliche Einfuhr von Holz nach Großbritannien nur 390 Millionen Mark. Allerdings sind die eingeführten Holzarten nicht in gleichem Maße gewachsen wie die dafür verausgabten Summen. Denn Holz der besten Sorten ist in England im Laufe der letzten 15 Jahre um 28 Proz. im Werte gestiegen. Innerhalb ist eine Zunahme der Einfuhr auf alle Fälle zu bemerken gewesen. Andererseits haben Länder, die über großen Waldreichtum verfügen, so viel Holz ausgeführt, daß sie in Gefahr sind, ihre Wälder dadurch allzusehr zu reduzieren. Dies gilt z. B. von Schweden, das jetzt Jahr für Jahr etwa 100 Millionen Kubfuß mehr Holz fällt als neu heranwächst. Der russische Holzexport ist in den letzten Jahren sogar schon zurückgegangen. Kanada hat, um seine Wälder vor allzu großer Ausnutzung durch Unternehmer der Vereinigten Staaten zu schützen, bereits vor einigen Jahren die Holzausfuhr mit verhältnismäßig hohen Zöllen belegt. Alle Kulturstaaten werden also ein wachsendes Auge darauf haben müssen, daß ihr Holzreichtum sich nicht allzu schnell vermindert.

Humor und Satire.

Waldhymne.

Der Mod, der Preußen schnapsen hieß, der wollte nichts als Rechte; drum gab er Proving, Schwert und Spieß dem Schummann in die Rechte; drum gab er uns den Theobald den Mann der freien Rede, daß der nun stärke mit Gewalt das Volk zur letzten Fehde.

Der mag denn, was der Mod gewollt, in rechten Treenen halten, mit Gott und mit Ätzgroßensold die Menschenschädel spalten; denn wer fürs freie Wahlrecht spricht, den haut man gleich in Scherben, der braucht in preußischen Landen nicht an preußischem Hunger sterben.

O Preußen, heil'ges Vaterland! O deutsche Lieb' und Treue! Du einziges Schlaraffenland für schwarz' und blaue Säue:

verhütungsvorschriften der Seebereitschaft steht freilich: „Jedes Schiff muß bei Antritt jeder Reise in seetüchtigem Stande gehörig eingerichtet und ausgerüstet sowie gehörig bemannt und verproviantiert sein. Das Schiff darf nicht überladen und muß mit dem nötigen Vorrat und der erforderlichen Garnierung versehen sein.“ Aber diese Vorschriften stehen nur auf dem Papier!

Schon am 21. Februar 1908 sagte ich hier im Reichstage und wiederhole es heute:

„Wer kontrolliert die Unfallverhütungsvorschriften der Seebereitschaft? Ich stelle hier ganz frei und offen die Behauptung auf, daß, wenn Sie hier die Kraft und die Macht hätten, zu beschließen, daß morgen sämtliche in allen deutschen Häfen liegende deutsche Schiffe untersucht werden müßten darauf: ob sie und ihre Bote in einem seetüchtigen Zustande sind und ob die ganze Schiffeinrichtung ist wie sie sein soll, daß dann diese Enquete sehr lästig ausfallen würde.“

Heute ist man in Reederkreisen mehr als je gegen eine staatliche Überwachung der Schiffe.

Herr Adolf Schiff in Eiskette

schrieb 1892 an einen Kapitän: „Eugen“ und „Rebeka“ habe ich total verloren und freue mich, die Versicherungsgelder eingekauft zu haben. Leider ist dabei die Mannschaft gerettet worden.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Herr C. Ferdinand Laiz

schrieb am 18. Februar 1896: „Die Unfallverhütungsvorschriften haben meines Erachtens weniger einen direkten praktischen Zweck, als daß sie zur Dekoration dienen, um den Behörden und dem Publikum zu zeigen, wie vortrefflich die Seemanns-Vereinsgenossenschaft alles geregelt hat. Von diesem Gesichtspunkte aus sollten wir jede auftauchende Frage durch eine hübsche Unfallverhütungsvorschrift zu lösen trachten, je harmloser, desto besser. Manas vult decipi, das heißt: Die Welt will betrogen sein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)“

Ueber die Verluste an Menschenleben bei verschollenen Schiffen schweigt sich die Seebereitschaft aus. Dagegen behauptet sie, daß durch die amtlichen Untersuchungen über die Ursachen der Verluste festgestellt sei, daß keine Veröße oder Mängel auf dem Gebiete der Seetüchtigkeit, Beladung und Ausrüstung in Frage kommen! In den Sprüchen der Seemänner heißt es auch immer: „Ursache hat nicht ermittelt werden können“, oder: „Bei der Ausreise war das Schiff durchaus seetüchtig und auch nicht überladen“, oder: „Das Schiff ist wahrscheinlich um die und die Zeit im schweren Sturm, Orkan oder Taifun untergegangen.“ — Wer untersucht denn die Schiffe bei der Ausreise? Es ist vorgekommen, daß die Holzladung bis an die Kommandobrücke reicht, daß ein Schiff eine ungeheure Schlagseite hat, d. h. daß es sich beständig auf die Seite legt, aber die Reeder verlangen eben, daß dies und jenes immer noch mitgenommen wird, und die Kapitäne müssen folgen. Ich lege hier einige Photographien derartig überladener Schiffe auf den Tisch des Hauses nieder. (Die Photographien werden vom Direktor im Reichsamt des Innern v. Jonquieres und einigen Abgeordneten mit Interesse betrachtet.)

In den Bestimmungen, die der Norddeutsche Lloyd seinen Offizieren zugehen läßt, wird ihnen die größte Vorsicht bei der Navigation anempfohlen. Die

Entlassung wegen allzu großer Vorsicht

wird niemals angebroht, wenn aber die Vorsicht allzu gewissenhaft gelbt wird, so wird man die Entlassung schon aus anderen Gründen — wegen „Unfähigkeit“ usw. — anzuordnen wissen.

Als Schutz richt dem Seemann nur der § 58 der Seemannsordnung zur Seite, wonach ein Schiffsoffizier oder drei Schiffleute Verurteilung erleiden können, daß das Schiff, für welches sie angestellt sind, nicht seetüchtig ist, und das Seemannsamt hat dann mit möglichster Beschleunigung eine Untersuchung zu veranlassen und, falls die Verurteilung sich als begründet erweist, für Abhilfe zu sorgen. Kommt der Kapitän den Anordnungen des Seemannsamtes nach, so dürfen die Leute ihre Entlassung fordern. Aber hinter diesem Paragraphen kommt dann der § 108, wonach mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft wird, wer wider besseres Wissen eine auf unwahren Behauptungen gestützte Verurteilung des Schiffes vorbringt, und mit Geldstrafe bis zu

Dem Junker und dem Pfaff die Nacht, den Drohen und den Rufen! So zieh'n sie aus zur Wahlrechtschlacht und wollen Opfer haben:

„Laßt demonstrieren, was nur kann, in hellen, lichten Haufen! Was kommt aus der Proleten an, die unsern Schnaps nicht kaufen. Macht ihnen alle Glieder ab, die Rufen, Ohren, Hände und schreibt dann auf das Massengrab: Das Wahlrecht hat ein Ende!“

F i e g.

Notizen.

— Kunstabend. Einen Paul Hejje-Abend, zur Feier des achtzigsten Geburtstages des Dichters, veranstaltet das Schiller-Theater am Sonntag, den 6. März, 8 Uhr, im Bürgerhalle des Berlinerischen Rathauses.

— Vode, hilf! Das Firmenschild Watteaus, aus dem Hohenzollernbesitz wird französischerseits in seiner Echtheit bestritten. Der preussische Akademiepräsident Kampf hat daraufhin mit preussischer Schneidigkeit erklärt, daß an der Echtheit gar kein Zweifel sein könne. Er verfügte:

„Es gibt gar keinen anderen Künstler, der es so hätte malen können, das sieht man an jedem Pinselstrich. Kein Kopist wäre imstande gewesen, es so nachzubilden.“

Darauf erwidert der französische Inspektor der schönen Künste Bayot: „Ich bin nicht der Einzige, der an der Echtheit zweifelt. Die einzige Lösung der Frage wäre die Einberufung einer internationalen Jury, der alle Dokumente unterbreitet werden müßten, die geeignet sind, Klarheit über die Echtheit zu fassen. Diese Jury würde auf Grund des vorliegenden Materials Watteau geben, was Watteau geliebt und dem Kaiser, was des Kaisers ist.“

Was Bayot vorschlägt, wäre freilich das vernünftigste. Und wenn die preussischen Watteauschwärmer ihrer Sache so sicher sind, wäre es sogar ein geschickter Schachzug, darauf einzugehen. Aber die Herren dekretieren lieber und machen sich dadurch in der ganzen Welt unbeliebt. Sie werden statt einer objektiven Untersuchung wahrscheinlich lieber Vode orakeln lassen, der dann den Watteau für ebenso echt wie die Flora erklären und jede ausländische Einmischung ablehnen wird.

— Rentnere in der Schweiz. Im Bezirk Engadin des Kantons Graubünden sind zwei von einem Hotelier gekaufte Rentnere eingetroffen, die man in der Gegend zu akklimatisieren hofft. Bei der Höhe dieses Bergtales (1850 Meter) und dem fünf Monate festliegenden Schnee glaubt man, diese Tiere halten und zu nützlichen Dienstleistungen verwenden zu können. Im Sommer müßte man sie freilich an höheren Orten in möglichster Schneefreude unterbringen. Auch in der Gegend des großen St. Bernhard (2600 Meter), des Simplon und in den Hochalpen des Juragebietes würden die Rentnere treffliche Dienste leisten. Ein vor 40 Jahren schon im Val Flegg gemachter Versuch ist schiefgeschlagen.

Kleines feuilleton.

Das Frühlingswetter, das seit Mitte Februar herrscht, hat auch in der letzten Woche wieder ganz abnorme Temperaturverhältnisse mit sich gebracht. Nach dem Bericht des Königl. Preuss. Meteorologischen Instituts war die letzte Februarwoche eine außerordentlich Seltenheit, in Deutschland so gut wie frostfrei. Die niedrigste Temperatur von minus 3 Grad wurde in Schreiberhau (634 Meter Höhe) registriert. In der Ebene hatten nur einige Orte ganz gelinden Nachtfrost so Koburg (—1 Grad), Köslin, Lauenburg und Remei, wo das Thermometer 0 und —1 Grad erreichte. Selbst das kalte Markgradowa in Posen hatte nur eine Minimaltemperatur von 2 Grad unter Null. Im Westen, so in Frankfurt a. M. lag die niedrigste Temperatur der Woche noch 4 Grad über dem Gefrierpunkt. Die höchste Temperatur wurde in Altenburg erreicht, wo am 22. das Thermometer bis auf 17 Grad stieg. Dann folgen, mit 15 Grad Erfurt, Dresden, Leipzig und noch verschiedene andere Orte in Mittel- und Westdeutschland. Auf 14 Grad brachten es Breslau, Oppeln, Liegnitz, Gera, auf 13 Grad Wärme Bielefeld, Kassel, Celle, Hildesheim, während 12 Grad Wärme, abgesehen von der Nord- und Ostsee, im ganzen Lande beobachtet wurden. Im Küstengebiet erreichten die Temperaturen aber auch allenthalben 10 bis 11 Grad, selbst in Königsberg. Die niedrigste Maximaltemperatur der Woche meldete mit 6 Grad Remei. Das Wochenmittel der Temperatur lag dementsprechend im ganzen Lande ungewöhnlich hoch über den normalen Werten. Am geringsten war der Wärmeüberschuß an der linken Rheinseite. Das kommt daher, weil dort ohnehin ein mildes Winterklima herrscht, so daß die Abweichungen vom langjährigen Temperaturmittel dort weniger groß erscheinen. Der Wärmeüberschuß betrug in Aachen aber immer noch fast drei, in Arefeld 3/4 Grad. In Frankfurt am Main betrug der Wärmeüberschuß fast fünf, zu Trier 4 1/2 Grad, und je weiter man nach Osten geht, umso größer wird die Abweichung von den mittleren Normaltemperaturen. In Stettin war die Woche um 5,7, in Berlin um 5,8, in Magdeburg um 6, in Halle um 6,2, in Erfurt um 6,4 Grad zu warm. Ähnliche Abweichungen zeigte die mittlere Wochentemperatur in Posen und Bromberg. Die höchste Abweichung vom normalen Mittel mit fast 7 Grad meldeten Götting und Breslau. Vier betrug die mittlere Temperatur der letzten Februarwoche 7 Grad, während 0 Grad normal sind. Es herrschte hier eine Temperatur, die normalerweise erst Anfang April vorkommen soll.

Der abnehmende Holzreichtum der Erde. Trotz der immer häufiger werdenden Erhebung von Holz durch Eisen, Blech oder Emaille ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß die Holzvorräte der Welt in den nächsten Jahrzehnten noch mehr zurückgehen, als das in letzter Zeit schon der Fall war. Zwar haben auch frühere Zeiten in den Wäldern des Erdballs ungeheure Vermächtigungen angerichtet: Italien, Spanien, ein großer Teil der Balkanländer haben sich bereits im Mittelalter ihrer Wälder beraubt, die Chinesen haben weite Strecken ihres Landes entwaldet,

100 M. wird bestraft, wer leichtfertig durch eine auf unwahre Behauptungen gestützte Beschwerde über Seemüchigkeit des Schiffes oder Mangelhaftigkeit des Proviantes eine Untersuchung veranlaßt! So nimmt dieser § 108 dem Seemann die Möglichkeit, die Beschwerden vorzubringen; denn jeder vernünftige Mensch wird sich sagen, daß er damit ja doch nicht durchbringt und daß er deshalb die Dinge lieber laufen läßt.

Ich meine, die Regierung sollte doch ernstlich die Frage prüfen, ob sie nicht der Resolution, die ich zu Anfang verlesen habe, jetzt endlich Folge geben will. Weil eben die Kommission damals selbst Zweifel hegte, daß der Seemann durch die Seemannsordnung genügend geschützt sei, hat sie diese Resolution beschossen, die dann der Reichstag einstimmig angenommen hat. Wenn die Kommission geglaubt hätte, daß die Resolution von den Verbündeten Regierungen einstimmig a d a o t a gelegt würde, so würde die Seemannsordnung in ihrer heutigen Gestalt nicht Gesetz geworden sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf dem Lande haben wir Fabrikspektoren und andere Instanzen, welche kategorisch auf Durchführung von Unfallverhütungsvorschriften dringen, aber den reichen Reedern darf man niemals sagen: dies oder jenes müßt ihr durchführen! Die muß man immer mit Samthänden anfassen. Wenn die Regierung der Resolution nicht nachkommt, so macht sie sich zum Witschuldigen der kapitalistischen Großkreedereinteressen. Will sie wiederholt werden, bis ein zweiter Fall „Elbe“ eintritt? In den letzten November- und Dezembermonaten hätte sich das sehr leicht ereignen können. Im Namen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit fordern wir endlich die Durchführung der vor acht Jahren beschlossenen Resolution. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Bundeskommissar Geheimrat Lewald: Herr Schwarz hat über die Unfälle zur See eine Durchschnittsstatistik der letzten sechzehn Jahre angegeben. Das ist irreführend, denn dabei kommt nicht zum Ausdruck, wie sehr die Unfälle gerade in den letzten Jahren abgenommen haben. Bei der Resolution vom Jahre 1902 war eine der Hauptforderungen die Tiefseefahrt. Diese Forderung ist inzwischen erfüllt und auf internationalem Wege zwischen England, Frankreich und uns die Vereinbarung getroffen, daß unsere Tiefseefahrt auch dort anerkannt wird. Bei den Verhandlungen mit Frankreich hat sich gezeigt, daß unsere Einrichtungen der Schiffe geradezu vorbildlich sind, und sie sind von Frankreich auch zum Vorbild genommen. Die Seeverbündeten haben immerhin einen halbamtlichen Charakter. Ich freue mich, daß der Vorredner so viel Vertrauen zur staatlichen Aufsicht hat, aber würden wir die Aufsicht der Seeverbündeten nehmen und die volle Staatsaufsicht einführen, so würde sie doch in den Händen derjenigen Personen bleiben, in denen sie jetzt liegt. Die Zahl der Untersuchungen der Seeverbündeten ist in den letzten sechs Jahren von 1160 auf über 6000 gestiegen, die hierfür aufgewendeten Kosten von 70 000 M. auf 230 000 M. Wir haben also gar keinen Anlaß, uns durchaus sicher wirkendes System, bei dem die Kontrolle durch unabhängige Männer — wenn sie auch von der Seeverbündeten angeführt sind — ausgeübt wird, zu ändern. Ein gewisser Mangel war bisher, daß die Kontrolle in außerdeutschen Häfen nicht ausgeübt wird, aber auch das ändert die Seeverbündeten jetzt ab. (Beifall rechts.)

Abg. Hecker (fr. Vg.): Die Seeverbündeten leisten ganz ausgezeichnetes. In dem Fall der „Hermine“ ist sie nicht schuldig. Eine englische Charterfirma ist an den deutschen Kapitän mit der schamlosen Aufforderung herangegetreten, gegen eine hohe Summe das Schiff auf den Strand zu setzen. Ich erkenne an, daß es ein Verdienst des Herausgebers des sozialdemokratischen Fachorgans, Müller, gewesen ist, diese Sache an die Öffentlichkeit zu bringen. Er ist deshalb wegen Verleumdung angeklagt, aber glänzend freigesprochen. Der Kapitän hätte richtiger getan, den elenden Kerl, der ihm die 6000 M. bot, über Bord zu werfen (Heiterkeit), statt sich überhaupt auf Verhandlungen mit ihm einzulassen. (Sehr richtig!) Die allgemeinen Forderungen von Herr Schwarz kann ich aus diesem einen Fall nicht ziehen. Protestieren muß ich auch gegen die Behauptung des Herrn Schwarz: „Die Seeleute arbeiten und der Kapitän und die Schiffsoffiziere befehlen.“ Einem alten Seebären hätte ich eine solche Kennerung nicht zugehört. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Dahlem (Z.) wünscht Einführung der Sonntags- und Nachtruhe für die deutsche Schiffsbevölkerung.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel Statistisches Amt kritisiert

Abg. Dove (fr. Vg.) eine Statistik über die Ein- und Ausfuhr, die den Handelskammern zugegangen sei.

Staatssekretär Delbrück betont, daß die den Handelskammern zugegangene Denkschrift nur Zahlenmaterial, das sonst nicht zugänglich war, zur Verfügung stelle, aber nichts beweisen sollte.

Abg. Baffermann (natl.) spricht ebenfalls zugunsten der Sonntagsruhe der Schiffer.

Staatssekretär Delbrück erklärt, daß man gleich nach dem Einlaufen des Bootens des Reichsgesundheitsamtes an eine Regelung der Materie durch Reichsgesetz herangehen werde.

Abg. Brey (Soz.) begründet die Resolution Albrecht auf Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse der bei Herstellung von Säuren und Teerfarben beschäftigten Farben, namentlich in den Betriebsabteilungen, in denen mit giftigen und explosiven Stoffen gearbeitet wird. Die Erhebungen sollen sich erstrecken auf die Gefahren für Leben und Gesundheit in diesen Betrieben, auf Schichtwechsel, Arbeitszeit, Zahl der Schichten und Doppelschichten, auf Länge der Wechselschichten, Ueberstunden und auf die Frage, inwiefern die Einführung eines sanitären Maximalarbeitstages geboten erscheint.

Darüber, daß gesetzliche Hilfe zur Abstellung der Mißstände in der chemischen Industrie dringend geboten ist, sind sich alle in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter, unbekümmert um ihre politische und gewerkschaftliche Stellung, einig. Die Unternehmer sind freilich der Meinung, daß eigentlich schon zu viel Arbeiterkraft in der chemischen Industrie vorhanden sei! So führt die Farbenfabrik Eisenfeld in ihrem Geschäftsbericht bewegliche Klage über die Belastung durch die sozialpolitische Gesetzgebung. Sie behauptet, das gute Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern werde durch die zahllosen geplanten Vorschriften nicht gefördert. Dabei betrug der Nettogewinn dieser Farbenfabrik 18 Millionen Mark,

pro Arbeiter einen Profit von 1000 Mark

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und trotz dieses herausgehenden Gewinnes das Stöhnen über sozialpolitische Eingriffe! In Wirklichkeit sind die Arbeiter in der chemischen Industrie ganz unzulänglich geschützt. Ihre Ausnutzung kennt hier fast keinelei Beschränkung. Wie mangelhaft die Fürsorge der Unternehmer für den Schutz der Gesundheit ihrer Arbeiter in dieser Industrie ist, beweist ein typischer Fall, der sich 1907 in der Chemischen Fabrik Schering u. Co. ereignete: Ein Arbeiter war durch flüssige Gase zu Tode gekommen, und in dem Obergangenen, das Professor Lewin in dem Kampfe der Witwe um die Rente anstellte, gab er eine Reihe von Maßnahmen an, die von der Betriebsleitung zum Schutze des Arbeiters hätten getroffen werden müssen, und sagte am Schluß, es sei wunderbar, daß hier nicht strafrechtlich eingeschritten sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Durch die Erhebungen des Beirats für Arbeiterstatistik ist die einzige Möglichkeit gegeben, die Arbeiter an der Klarstellung dieser Zustände teilzunehmen und sie aus ihrer praktischen Erfahrung heraus Vorschläge zum Schutze ihres Lebens und ihrer Gesundheit machen zu lassen. Natürlich müßten bei der Beaufsichtigung auch anstrengte, organisierte Arbeiter herangezogen werden. Die chemische Industrie, die ein Bild der Kapitalkonzentration und Solidarität bietet, wie es einzig dasteht, verfolgt die organisierten Arbeiter mit glühendem Haß. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es müßte der ganze Gefahrenkomplex der chemischen Industrie durch den Beirat für Arbeiterstatistik erforscht werden. Wir verkennen aber nicht die Schwierigkeiten, die dieser Aufgabe entgegenstehen, und schlagen daher nur vor, die Erhebungen auf die Herstellung von Säuren und Teerfarben zu beschränken.

Die Gefahrengröße in der chemischen Industrie

wird beleuchtet durch die Zahl der Unfälle, die die Zahl in allen anderen gewerblichen Berufsgenossenschaften übertreffen und in den letzten zehn Jahren fortgesetzt gestiegen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das beweist am besten, wie berechtigt der Ruf nach Arbeiterkraft in der chemischen Industrie ist. Bei der Herstellung von arsenhaltigen Säuren kommt es zu Vergiftungen und Verätzungen. Die Krankheitserreger gelangen durch die Haut in die Verdauungsorgane, dringen durch die Lunge in das Blut. Regelmäßige Erscheinungen beobachtet man bei der Salpetersäure. Hier kommen noch hinzu schwere nervöse Störungen, Krämpfe, Erkrankungen des Herzens, die zu Fäulnissen des Organismus führen. In diesem Zustand finden die Arbeiter dann nur noch sehr schlecht bezahlte oder gar keine Arbeit mehr; sie verbluten an unsichtbaren Wunden, die sie auf dem Schlachtfelde der Industrie erhalten haben, ohne daß sie die Hilfe in Anspruch nehmen können, welche für die übrigen Opfer der Industrie durch die Gesetzgebung geschaffen ist, weil nur in den allerschwersten solcher Vergiftungen ein Unfall als vorliegend erachtet wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Besonders gefährlich sind auch Salpeter und Nitrosäure, die zur Herstellung von Explosivstoffen verwendet werden. Selbst jugendliche Personen werden in so gefährlichen Betrieben beschäftigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein solcher jugendlicher Laboratoriumsgehilfe, der verunglückte, wurde erst am nächsten Morgen gefunden! Einem so schaurigen Schicksal hilflos ausgeliefert zu sein, das heißt sicher nicht die Freude an der Arbeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß hier nicht sofort Hilfe dabei gewesen ist, beweist die Mangelhaftigkeit des Arbeiterschutzes.

Die Explosionen

haben sich übrigens seit dem Unglück in Griesheim-Elektrum recht oft wiederholt. Zwei Explosionen ereigneten sich in Radebeul. Von den schwerverletzten Arbeitern befinden sich noch vier im Krankenhaus. Man muß in solchen Bezirken gewarnt, man muß die verfallenen Gestalten, die entstellten Gesichter gesehen, die Klagen der Witwen und Waisen gehört haben, um zu der Ueberzeugung zu gelangen, daß schnelle und durchgreifende Hilfe notwendig ist. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Im Auslande hat man schon Maßregeln ergriffen. In England sind Bezirke und Ständeämter zur Anzeige jedes durch Vergiftung herbeigeführten Todesfalls verpflichtet, und in Nordamerika sind die Arbeitskammern mit Erhebungen über die chemische Industrie betraut worden. Es ist dort festgestellt worden, daß 49 Proz. aller in der Farbindustrie beschäftigten Arbeiter tuberkulös sind. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So unvollständig das Material auch ist, das uns vorliegt, so viel steht fest: daß in der deutschen Farbindustrie die Verhältnisse mindestens ebenso schlimm sind. Das zeigen z. B. die erschreckenden Ziffern der Badischen Anilinfabrik. Wie ein Hauch des Todes lagert es sich über die Nachbarschaft solcher chemischen Fabriken. Nichts gedeiht dort; die Blumen verwelken, die Fruchtbäume tragen kein Obst. Da sollte man doch daran denken, endlich für die Leute etwas zu tun, die in allererster Linie, direkt und unmittelbar, von den schrecklichen Wirkungen dieser Gase und Mischungen betroffen werden. Dabei sind die Ausdehnung, die die Vertrauensärzte dieser chemischen Fabriken wählen, ganz außerordentlich vorzüglich gefast. Von „Erkrankung der Atmungsorgane“, „Erkrankung der Haut“ wird gesprochen, wenn reguläre Arsenik- und Nitritvergiftungen vorliegen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Unsere Resolution verlangt, daß auch über den Arbeiterwechsel in der chemischen Industrie Erhebungen veranstaltet werden. Dieser Arbeiterwechsel ist ein ganz kolossaler, steigt stellenweise auf 80 pro 100 Arbeiter. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Arbeiterwechsel bezweckt, die Betriebskrankheiten vor allzu großer Belastung zu bewahren; er ist übrigens, wie die Sachen jetzt liegen, der einzige Schutz der Arbeiter vor den schrecklichen Folgen der Beschäftigung in der chemischen Industrie. Wir verlangen daher, daß umfassende Erhebungen über die Arbeitszeit und den Schichtwechsel veranstaltet werden. Wenn irgendwo, so ist eine Verkürzung der Arbeitszeit gerade hier geboten. 15stündige, 14stündige, sogar

36stündige Schichten

kommen hier vor! (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ein wahrer Raubhan an der Gesundheit, am Leben der Arbeiter, der hier betrieben wird. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt die Verlebung der Herren in der chemischen Industrie für die Beschäftigung jugendlicher Personen. Dadurch wird älteren Arbeitern die Arbeitsgelegenheit genommen. Mit dem Entlassen krank gewordener Arbeiter, der Invaliden vom Schlachtfelde der Industrie, ist man gerade in den chemischen Betrieben äußerst schnell bei der Hand.

Die chemische Industrie ist sehr wohl in der Lage, einen wirksamen Arbeiterchutz zu ertragen. Aber die in ihr maßgebenden Herren denken nicht daran; sie riskieren sich vielmehr ihres Einflusses auf maßgebende Stellen, den sie im Sinne der Hintertreibung ernsthafter politischer Maßregeln bemäßen. Demgegenüber hat der Kongreß der chemischen Arbeiter die Mindestforderung zusammengefaßt, die zum Schutz von Gesundheit und Leben erhoben werden müssen. Unsere Resolution stellt diese Mindestforderungen zusammen. Die Arbeiter der chemischen Industrie bitten dringend um Erfüllung ihrer wahrlich nicht unbefriedigten Wünsche. Wir bitten im Namen der chemischen Arbeiter um möglichst einstimmige Annahme unserer Resolution. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hübner (Z.) bedauert das Eingehen des statistischen Jahrbuchs der Zentralgenossenschaftsliste und wünscht, daß die Genossenschaften reichsgesetzlich zu Mitteilungen an das reichsstatistische Amt verpflichtet werden sollen.

Abg. Gotheim (fr. Vg.) äußert im Hinblick auf die ungünstige Lage der Schifffahrt und auf die Ungunst des Klimas im östlichen Deutschland Bedenken gegen die generelle Regelung der Sonntagsruhe der Innenschiffer.

Abg. Legien (Soz.):

In bezug auf die Statistik der Genossenschaften kann ich mich den Ausführungen des Kollegen Hübner nur anschließen. Hoffentlich wird aber auf dem Gebiete der Genossenschaftsstatistik nicht derartig langsam und lässig gearbeitet wie auf dem Gebiete der

Streifstatistik.

Auf dem Gebiete der Streifstatistik ist die amtliche Methode vollkommen falsch und unzureichend. Anstatt aber die Grundlage der Methode zu ändern und die Statistik dadurch besser und vergleichbar mit der Statistik der Gewerkschaften zu machen, wird die Methode noch verschlechtert, und man macht sie dadurch völlig unvergleichbar mit der Statistik der Gewerkschaften. Daß die amtliche Statistik unbrauchbar und unzuverlässig ist, beweist schon der Umstand, daß sie weniger Streiks aufzählt als die gewerkschaftliche. Die Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften kann doch nur die Streiks der Arbeiter nachweisen, die denjenigen gewerkschaftlichen Organisationen, welche an die Generalkommission angegeschlossen sind, angehören, dagegen nicht die der christlichen Organisationen, der Kirch- und Dunderschen Gewerkschaften, vor allem nicht die Streiks der unorganisierten Arbeiter. Bis zum Jahre 1903 hat denn auch die amtliche Statistik mehr Streiks nachgewiesen als die gewerkschaftliche, und zwar betrug das Plus vom Jahre 1901 bis zum Jahre 1906 989 Streiks. In den Jahren 1907 und 1908 aber weist sie 527 Streiks weniger nach! Aus dieser einfachen Tatsache erhellt schon, daß die amtliche Statistik unbrauchbar und für die wissenschaftliche Untersuchung unverwendbar ist.

Weiter zählt die amtliche Statistik in der letzten Publikation 1106 Angriffstreiks und 241 Abwehrtreiks auf, und das in einem Jahre der größten wirtschaftlichen Depression! Wer nur einigermaßen die wirtschaftlichen Verhältnisse kennt, muß sich sagen, daß das ein Unfug ist, da in einem Krisenjahr die Angriffstreiks nicht die Abwehrtreiks überwiegen können. Die gewerkschaftliche Statistik weist das auch nach, sie enthält 681 Angriffstreiks und 1000 Ab-

wehrtreiks. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Also auch diese Angabe zeigt, daß die amtliche Statistik nicht wert sein kann.

Weniger Wert will ich darauf legen, daß die amtliche Statistik im Jahre 1908 nur 15,8 Proz. erfolgreiche und 52,3 Proz. erfolglose Streiks kennt, während nach der Gewerkschaftsstatistik 17,7 Proz. erfolgreich waren und 32,8 Proz. erfolglos. Die amtliche Statistik bedient sich hier eben der Auskünfte, die sie von den Polizeiorganen bekommt, und kann daher nicht zuverläßig sein.

Die amtliche Statistik weiß auch nichts von dem Verlust an Arbeitsverdienst, nichts von den Ertragsminderungen der Gewerkschaften, vor allen Dingen nichts von den erfolgreichen Lohnbewegungen, die ohne Arbeitseinstellung zum Ziele geführt haben; sie ist also

wertlos, völlig falsch und irreführend,

und ich nehme keinen Anstand, zu erklären, daß man das im Reichsamt des Innern sehr gut weiß. Durch diese Statistik wird das Ausland über die wirtschaftlichen Kämpfe in Deutschland irreführt, und ich halte es für geradezu unterantwortlich, daß das Reichsamt des Innern dazu seine Hand bietet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Um eine Aenderung der amtlichen Statistik herbeizuführen, verlangten wir bereits, daß das statistische Amt mit den Gewerkschaften sich in Verbindung setzt. Der Staatssekretär erklärte aber im vorigen Jahre, er werde sich von den Arbeitern keine Vorschriften machen lassen. Wir wollen es nunmehr mit einem anderen Wege versuchen: wir wollen, daß der Reichstag zu der Frage Stellung nimmt, und haben deshalb eine Resolution eingebracht: der Reichstag möge eine Aenderung der Formulare für die Statistik über die Streiks und Ausperrungen in Deutschland veranlassen, woraus das Reichsstatistische Amt an Stelle der heutigen unvollständigen und unzuverlässigen eine wissenschaftlich einwandfreie Streifstatistik veröffentlichen kann. Man sollte doch erwarten, daß einer solchen Resolution alle Parteien des Reichstages zustimmen. Aber wir erleben es, daß sofort, nachdem unsere Resolution vorliegt, vom Zentrum eine andere eingebracht wird, welche die unferne abzuschwächen sucht, indem der Beirat für Arbeiterstatistik mit Beratungen beauftragt werden soll, wie die Streifstatistik zu verbessern und weiter auszugestalten ist. Wozu denn dieser Umweg statt des direkten Weges, den wir vorschlugen? Schon vor zwei Jahren mußte sich das statistische Amt außerstande erklären, eine Aenderung der Streifstatistik herbeizuführen, weil eine Aenderung der Erhebungsformulare nur vom Bundesrat angeordnet werden kann, nicht vom Beirat für Arbeiterstatistik. (Zuruf im Zentrum: Der Beirat kann Vorschläge machen!) Gewiß, aber wozu denn dieser Umweg? Ich bitte auch die Herren vom Zentrum, in erster Linie den Weg zu gehen, den unsere Resolution weist. Biegt einmal ein Beschluß des Reichstages vor, so wird wohl auch der Staatssekretär sich genötigt sehen, den Wunsch des Reichstages zu erfüllen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit schließt die Diskussion.

Der Titel wird bewilligt.

Vizepräsident Erbring zu Hohenlohe stellt zunächst die von Legien empfohlene Resolution zur Abstimmung und erklärt das Resultat für zweifelhaft: er müsse die Abstimmung wiederholen lassen. (Bei der schwachen Befetzung der Rechten und des Zentrums steht die Mehrheit des Hauses. Lebhaftes Zurufe bei den Sozialdemokraten: „Die Mehrheit steht!“)

Der Vizepräsident erklärt nunmehr die Resolution für angenommen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird die Resolution des Zentrums angenommen, die andere sozialdemokratische Resolution auf Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in der Säuren- und Teerfarbenindustrie) abgelehnt.

Beim Kapitel

„Gesundheitsamt“

spricht

Abg. Jäger (Z.) (völlig verständlich) über Wohnungswesen. Abg. Dr. Jund (natl.) spricht sich gegen reichsgesetzliche Regelung der Materie aus, die zurzeit noch nicht angängig sei. Dagegen seien Erhebungen zu wünschen.

Staatssekretär Delbrück: Die hohe Bedeutung der Wohnungsfrage ist nicht zu verkennen. Viele Gemeinden haben auf diesem Gebiete ausgezeichnetes geleistet. Die Schwierigkeiten einer reichsgesetzlichen Regelung aber sind zu groß, als daß zurzeit an sie gedacht werden könnte. Es werden Forderungen erhoben, die sehr bedenklich sind und deren Erfüllung einen schweren Eingriff in die persönliche Freiheit bedeuten würde. Man würde schließlich dahin kommen, den Familienvätern gemäß der Zahl ihrer Kinder beiderlei Geschlechts die Zahl ihrer Zimmer vorzuschreiben. (Heiterkeit.) Die Ziele der Wohnungsreformer sind gut, aber ich möchte bezweifeln, ob die Zeit zu einem Reichswohnungsgesetz, selbst auch nur in der Frage eines den Einzelstaaten bestimmte Direktiven gebenden Planengesetzes, bereits gekommen ist. Ich will die kostbare Zeit des Reichstages nicht länger in Anspruch nehmen (große Heiterkeit) und mit dem Versprechen schließen, daß ich diese hochwichtige Frage stets im Auge behalten werde. (Beifall.)

Abg. Meißmann (Z.) wünscht eine großzügige Verlämpfung des Wohnungswesens.

Abg. Kolb (Hosp. d. fr. Vg.): In unserem Klima kann man sich nur während eines Teiles des Jahres von frischen Produktionen nähren. (Heiterkeit und Zustimmung.) Gegen gesundheitschädliche Zusätze hin ich auch, aber die Nahrungsmittelchemie darf nicht zu weit gehen. Auch das Kochsalz ist giftig. Wenn man große Massen davon frisst, vergiftet man sich! (Große Heiterkeit.) Verhüten Sie es einmal! (Schallende Heiterkeit.) Dann kann nicht einmal Dr. Magdon Sie kurieren. (Wimmentange Heiterkeit.) Desinfizierungsmittel sind doch auch tödlich, wenigstens für die Gallertien. (Große Heiterkeit.) Am Lachen erkennt man den Karren, heißt es.

Vizepräsident Hohenlohe: Ich nehme an, daß Sie kein Mitglied dieses hohen Hauses gemeint haben. (Heiterkeit.)

Abg. Kolb: Selbstverständlich nicht! (Erneute Heiterkeit.) Es sollte ein Gesundheitsbeirat eingelegt werden aus Vertretern von Handel, Gewerbe, Industrie und Kerkern zur Feststellung von grundlegenden Bestimmungen für die Nahrungsmittelherstellung, die Konfervierung der Lebensmittel und ähnliche Fragen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Baumann (Z.) regt die Gründung einer Zentralstelle zur Weinkontrolle für das ganze Reich an. Ferner führt er Klage, daß vielfach nachgemachte Rosinenweine als Dessertweine unter dem Namen „Samoswein“ usw. eingeführt werden.

Regierungskommissar Fehr. v. Steinen: Die Verabschiedung des Weingesetzes sollte die anstrengenden Kämpfe der Weininteressenten beendigen. (Sehr richtig!) Weiße Kreise haben auch gehofft, daß die alljährlich wiederkehrende Weindebatte damit aufhören würde. (Lebhaftes Sehr richtig!) Die Verbündeten Regierungen wissen, daß das Gesetz mit einer strengen Kontrolle frucht und fällt, und sie wenden dieser Kontrolle ihre unausgesetzte Aufmerksamkeit zu.

Abg. Dr. Köfise (L.) erklärt, daß nach den Ausführungen des Regierungsvortrags volle Befriedigung über die Durchführung der Weinkontrolle eintreten kann.

Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.):

Ich will auf

die Bleivergiftungen

hinweisen, die vielfach zum Tode führen. Das Reichsgesundheitsamt tut zum Schutz gegen die Bleivergiftungen nicht das Notwendige. Das Bleigesetz von 1905 wird keineswegs genügend durchgeführt. So die Kontrolle eine genügende ist, treten diese Vergiftungen nicht auf; in manchen Bezirken und Fabriken dagegen treten außerordentlich viele Fälle von Bleierkrankungen auf, das kann nur an einer mangelhaften Kontrolle der Durchführung der Vorschriften des Bleigesetzes liegen.

Besonders zahlreich sind die Bleierkrankheiten bei den Malern und Anstreichern, zahlreicher selbst als bei den Arbeitern in Bleifabriken. Das Reichsgesundheitsblatt hat zwar ein Merkblatt für diese Arbeiter herausgegeben, aber was nützt das, wenn diese Arbeiter es nirgends finden können! Was nützt es, daß den Arbeitern in dem

Werkblatt vorgelesen ist, sie sollen sich, bevor sie Speisen anrühren, die Hände waschen, wenn sie keine Waschlösung haben! Was nützt die Vorschrift, daß Bleiweiß nicht mit der Hand angerieben werden darf, wenn überall Sebelinge und Gehilfen mit solchem Anreiben von Bleiweiß mit der Hand beschäftigt werden! Besonders zahlreich sind die Bleierkrankungen im Regierungsbezirk Wiesbaden; im Regierungsbezirk Koblenz sind sie viel geringer, weil den Arbeitern Gelegenheit zum Waschen und besondere Speiseküche gewährt werden.

Nicht nur in Preußen, sondern auch in den anderen Bundesstaaten sind die Zahlen der Bleierkrankungen sehr hoch. Die Fabrikärzte erkennen freilich die Bleierkrankungen sehr häufig nicht, vielleicht weil sie im Vorurteil befangen sind. Der Krankenlassenarzt stellt sie ohne weiteres fest!

Wir haben vor zwei Jahren strengere Durchführung der Maßnahmen gegen Bleivergiftung gefordert, und Geheimrat Caspar hat zugestimmt, daß Reichsamt des Innern werde sich darum kümmern, namentlich auch darum, daß in den Staatsbetrieben die Maßnahmen durchgeführt werden, wo es nämlich genau so aussieht wie in anderen Betrieben! Wir verlangten damals auch, daß beim Anstrich Bleiweiß überhaupt nicht verwendet werde; damals hieß es, das gehe nicht! Wir wissen aber, daß es sehr wohl geht, es geht in Frankreich, in Schweden und auch in manchen Betrieben in Deutschland! Um so mehr muß sich jedes menschliche Gefühl empören, daß man oft recht junge Leute dem Hinsinken an Bleierkrankungen hingibt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Verband der Maler und Anstreicher hat im Jahre 1907 eine Statistik aufgestellt, die sich auf 126 Orte und 2247 Betriebe mit 24 606 Arbeitern erstreckt. Von den Baubetrieben verwendeten — namentlich zufolge der Tätigkeit des Verbandes — 7 1/2 Prozent bereits nicht mehr Bleiweißfarben, was immerhin schon ein kleiner Erfolg ist.

Welsch geschieht nichts, um die Staubeinwirkung zu verhindern. Organisierte Gehilfen sind ja von ihrem Verbandsangehörigen, die Arbeit mit Bleifarben zu vermeiden, aber was sollen die jungen Lehrlinge machen, wenn ihnen eine solche Arbeit zugemutet wird, wie es tatsächlich geschieht? Sie laufen Gefahr, zu erkranken und dazuzuliegen. Für die Unternehmer kommen lediglich Profitinteressen in Frage, und die Fabrikinspektionsbeamten sind nicht in der Lage, selbst alle Mißstände abzuwehren. Die Reparaturarbeiten entziehen sich überhaupt ihrer Kontrolle! Es müssen also unbedingt hier von der Regierung strengere Maßnahmen ergriffen werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. Schluß 7 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Kautschou (Schluß) — Pensionsfonds.

Die Budgetkommission des Reichstages bewilligte in ihrer Donnerstagssitzung dem Gouvernementsrat debattierlos sein Gehalt von 11 800 M. Für die ärztliche Behandlung des dortigen Militärdetachements von 2400 Mann sind 19 Ärzte vorgezogen. Der Kommission erschien das sehr reichlich, und man hatte nicht über Lust, einen Abstrich zu machen. Angeregt wurde, die Anstellung von Zivilärzten in der Weise zu unterstützen, daß man ihnen eine Zulage von jährlich 3000—4000 M. aus der Reichskasse zahlt. Da die Marineverwaltung sich ablehnend verhielt, so wurde der Gedanke wenigstens vorläufig fallen gelassen.

Von den Bahneinstellern — sowohl bei der Gouvernementskassette wie bei der Stammsformation — werden 4 Stellen gestrichen, weil ihre Zahl in keinem Verhältnis zu den zu leistenden Arbeiten steht. — Beim Titel „Reise- und Umzugskosten sowie Reisebeihilfen im Interesse der Militärverwaltung“ werden 135 000 M. und für „Kosten der Ablösungstransporte“ 1 235 000 M. gefordert. Die Kommission strich hiervon 60 000 M., weil die an die Dampfschiffahrtsgesellschaften zu zahlenden Transportkosten viel zu hohe seien und hierbei sehr wohl Ersparnisse gemacht werden könnten.

Zu einer recht interessanten Auseinandersetzung kam es zwischen den Zentrumsabgeordneten Fehrenbach und Raden wegen der Dingtauer Werft. Raden hatte verlangt, daß überall bei den staatlichen eigenen Wirtschaftsbetrieben nach kaufmännischen Grundsätzen verfahren und die kaufmännische Buchführung eingeführt werde. Darauf entgegnete Herr Fehrenbach, daß er dem nicht zustimmen könne, denn wenn die Annahme Radens, daß zur vorläufigen Leitung eines Betriebes die kaufmännische Buchführung gehöre, richtig sei, dann würden die Gemeindebetriebe, namentlich die großen Gasanstalten und Straßenbahnen, unrationell betrieben, denn mit wenigen Ausnahmen hätten alle diese Betriebe die kameralistische Buchführung. Unter allgemeiner Heiterkeit der Nichtzentrumsabgeordneten erwiderte Herr Raden: Er wisse sehr wohl, daß es drei heilige Bureaukratien gebe, je eine für das Reich, den Staat und die Gemeinde. Der einen Einblick in die Gemeindebetriebe habe, der wisse, daß dort sehr vieles im höchsten Maße verbesserungsbedürftig sei, und die Ausführungen Fehrenbachs bewiesen nur, daß in unseren Gemeinden zu viele Juristen seien, die alles von ihrem einseitigen juristischen Standpunkt aus betrachteten! Die Kommission gewinne mit der kameralistischen Buchführung gar keinen Einblick in die Betriebe; sie müsse verlangen, daß ihr alljährlich eine nach kaufmännischen Grundsätzen aufgestellte Bilanz vorgelegt werde. . .

Bei den einmaligen Ausgaben werden für Hofbauten 375 000 M. gefordert. Die Kommission strich 25 000 M. von dieser Jahresrate, so daß die Fertigstellung der Hofbauten, zu der nach dem Voranschlag noch über eine Million erforderlich ist, sich etwas hinauszieht. Auch von dem Titel „Liefbauten“, der mit 150 000 M. eingestellt war, hat die Kommission mit Rücksicht auf das von ihr aufgestellte Sparmaßsprinzip 50 000 M. abgestrichen. Für Beteiligung an der Beschaffung von Wohn- und Arbeiterhäusern werden 10 000 M. und für Aufforstungen 60 000 M. gefordert. Abstriche wurden hier nicht gemacht, aber es wurde vom Abg. Erberger angeregt, nicht zu opulenz zu bauen und die Aufforstung möglichst billig durchzuführen.

Bei den Einnahmen beklagt Abg. Erberger, daß in Kautschou weder die Geschäftsleute, noch die Beamten aus ihren zum Teil recht hohen Einkommen Einkommensteuer bezahlten! Er habe die Angelegenheit schon vor zwei Jahren erörtert und es sei damals auch verprochen worden, man würde der Frage näher treten, aber dabei sei es geblieben. — Von einem Regierungsvertreter wurde betont, daß man in Affen der Einkommensteuer wenig Verständnis entgegenbringe, weshalb sich mehr ein Ausbau der Gewerbesteuer empfehle.

Schließlich erhielt Herr v. Tirpitz auch den Etat für Kautschou bewilligt, jedoch es nur noch der Genehmigung des Plenums bedarf, um den Staatssekretär des Marineamts von der Last, eine ansehbare und unklare Sache vertreten zu müssen, bis über's Jahr zu befreien.

Bei der nun folgenden Beratung über den Allgemeinen Pensionsfonds erklärte Staatssekretär Wermuth auf Anfrage, daß ein Gesetz über die Unterstützung der Kriegsinvaliden und Kriegsteilnehmer geplant gewesen sei; dadurch, daß die Wertzuwachssteuer abgelehnt worden sei, fehle jedoch die materielle Grundlage für ein solches Gesetz. Erberger regt an, zu prüfen, ob die Pensionsfonds auch wirklich noch invalide sind und daß nicht einer eine Pension beziehe, der sich vor Jahren in China den Magen verdorben habe, jetzt jedoch ganz gesund sei! Die Verwaltung erklärt, daß heute schon so verfahren werde, wie Abg. Erberger wünsche.

Die Beratung wurde hier abgebrochen.

Aus der Strafsanktionskommission.

Die Strafsanktionskommission beschloß in ihrer Donnerstagssitzung die Generaldebatte auf die Fragen, ob die Schwurgerichte beibehalten und ob auch für die Berufungsinstanz Daten zugewiesen werden sollten. Beide Fragen wurden debattiert.

los bejaht, und man beschloß, am Dienstag mit der Spezialberatung der Strafprozedur zu beginnen.

Hausarbeit.

Die Kommission zur Beratung des Hausarbeitsgesetzes setzte am Donnerstag die Beratung des § 3 fort. Nach der Regierungsvorlage kann der Bundesrat bestimmen, daß für bestimmte Gewerbe angeordnet wird, daß die Löhne durch öffentlichen Ausschuss in der Ausgabestelle der Heimarbeit bekanntgegeben werden. Hierzu liegen mehrere Anträge vor, die im wesentlichen darauf hinausgehen, den Ausschuss von Lohnrenten allgemein zu verfügen. In längerer Debatte plädierten besonders unsere Genossen Schmidt und Albrecht für die Bekanntgabe der Lohnlisten. Gegen diese Bestimmung wenden sich mit Entschiedenheit Paul v. Poissdam (L.) sowie auch die Regierungsvertreter, die betreiben, daß ein Bedürfnis für eine Bekanntgabe der Löhne vorliege! Von anderer Seite, insbesondere auch von unseren Genossen, wird hierauf entgegnet, daß man gerade mit der öffentlichen Bekanntgabe der Löhne dem Heimarbeiter einen Dienst leiste; denn die Richtbekanntgabe werde sehr oft zu Lohnrückereien benutzt. Zum Beweise dafür, daß die Durchführung einer solchen Vorschrift möglich ist, beruft sich Genosse Schmidt auf den Heimarbeiterstatist in der Portefeuilleindustrie, wo man ausdrücklich die Vereinbarung getroffen hat, daß die Lohnlisten im Ausgabebüro angelegt werden müssen. Genosse Albrecht weist noch besonders — unter Vorlage der Tarifzusammenstellungen des Verbandes der Schneider — nach, daß die Vereinbarung von Tarifen auch in der Konfektion möglich ist, wenn nur der gute Wille der Unternehmer vorhanden. Sollte man Ernst machen mit der Hilfe für die Heimarbeit, so müsse man auch die Geheimhaltung der Heimarbeiterlöhne bekämpfen. Schließlich wird ein Antrag Coube (nat.) mit einem Zusatzantrag unserer Genossen angenommen, der folgenden Wortlaut hat:

„In denjenigen Räumen, in welchen Arbeit für Hausarbeiter ausgegeben oder Arbeit solcher Personen abgenommen wird, muß den Hausarbeitern durch offene Auslage der Lohnlisten oder Ausschüssen einer Lohnliste die Möglichkeit gegeben sein, sich über die für die einzelnen Arbeiterin jeweils zu zahlenden Löhne zu unterrichten. Für neuangehende Arbeiter gilt die Bestimmung nicht.“

Die durch Sperrdruck hervorgehobenen Worte sind die auf Antrag unserer Genossen eingefügt.

In einem folgenden Absatz wird auf Antrag der Nationalliberalen bestimmt, daß der Bundesrat für Gewerbe, wo die Durchführung dieser Anforderungen gewissen Schwierigkeiten begegnet, die Auslegung der Lohnlisten erlassen kann.

Eine längere Debatte entwickelte sich hierauf über die Frage der Einführung von Lohnbüchern und Lohnzetteln für die Heimarbeiter. Hiergegen wenden sich besonders entschieden die Regierungsvertreter. Die Debatte kommt nicht zum Abschluß, sie wird am Dienstag fortgesetzt.

Die verstärkte Geschäftsbekanntmachungskommission des Reichstages.

Zu der Behandlung der Initiativanträge (Schwermetalle) lag ein nationalliberal-freiwiliger Antrag vor, der bestimmte, daß über die Reihenfolge der Beratung der gleichzeitig eingebrachten Anträge der Präsident sich mit dem Hause zu verständigen habe. Ist eine Verständigung nicht möglich, so entscheidet das durch den Präsidenten zu ziehende Los. Diesem Antrage wurde folgendes Amendement zugefügt:

„Auf Wunsch des Antragstellers tritt an die Stelle seines nach der Reihenfolge zunächst auf die Tagesordnung zu schenden Antrages ein anderer Antrag.“

Gegen dieses Amendement stimmten nur die Konservativen. Mehrere konservative Abänderungen, die eine Verschlechterung des eben angenommenen Antrages bezweckten, wurden abgelehnt. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Ritter trennte sich hierbei von seinen fraktionskollegen, indem er mit den Konservativen stimmte. Er stimmte auch gegen den Zusatzantrag des Zentrumsabgeordneten Kirisch, welcher verlangt, daß ein bestimmter Wochentag jeweils für die Beratung der Initiativanträge festgelegt wird. Dieser Zusatzantrag lautet:

„In jeder Woche findet eine Sitzung statt, in welcher an erster Stelle die von Mitgliedern des Reichstages gestellten Anträge erledigt werden. Eine Abweichung von dieser Regel ist nicht zulässig, wenn 15 Mitglieder widersprechen.“

Am 9. März wird zunächst über den Antrag des konservativen Grafen v. Westphal verhandelt, der eine Verschleppung der Verhandlungen bedeutet.

Den Vorsitz in der Kommission führt an Stelle des erkrankten Genossen Singer, Genosse Geher.

Preussischer Kultusetat.

Die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses begann am Donnerstag die Beratung des Kultusetats. Die Herbeiführung eines einheitlichen Kultus- und Kultusgesetzes für ganz Preußen und die Festlegung des Ostersfestes auf einen bestimmten Termin wurden besprochen. Ein praktisches Ergebnis hatte die Besprechung nicht. Vom Kultusministerium soll — nach Mitteilung des Ministers — die Regionalabteilung abgetrennt und dem Ministerium des Innern unterstellt werden. Die Freiwiligen hielten auch die Abtrennung der Unterrichtsverwaltung und die Schaffung eines besonderen Unterrichtsministeriums für notwendig; sie forderten, daß die Schulen von der Konfessionalität befreit und als reine Staatsschulen betrachtet werden. Gegen diese Anregung erklärten sich das Zentrum und die Nationalliberalen.

Im vorigen Jahre hatte das Abgeordnetenhaus beschlossen, trotz der schlechten Finanzlage 500 000 M. bereitzustellen, um die Mißwunderspensen aufzubessern. Diese Summe ist durch Zuwendungen aus der Kirchenkasse auf 800 000 M. gestiegen und soll nun zu dem angegebenen Zweck verwendet werden.

Die schlechte Lage der Vikare brachte ein Zentrumsredner zur Sprache, er wüßte eine Gehaltssteigerung für diese Geistlichen, die besoldet werden wie die Hausknechte. Die Regierung erklärte, daß sie keine Mittel zur Verfügung habe und daß die Aufbesserung nur durch Erhöhung der Kirchensteuer sich ermöglichen ließe.

Schließlich unterhielt sich die Kommission eine Stunde lang über die hauptamtliche Stellung der Kreis- und Kreisamtsinspektoren. Konservative und Zentrum bekannten sich als prinzipielle Gegner der staatlichen Schulaufsicht; sie halten die Geistlichen für die einzig richtige Instanz zur Beaufsichtigung aller Schulen. Der Minister trat dagegen für die staatliche hauptamtliche Kreisinspektion ein.

Aus der Partei.

Gemeindevahltag.

In Odra bei Danzig, einem Orte von 11 000 Einwohnern, wählte heute, wie uns eine Privatdepesche meldet, die 3. Abteilung mit 120 gegen 95 Stimmen zum erstenmal zwei sozialdemokratische Gemeindevertreter.

Unter Ausfall.

Die allererste diesjährige Gemeinderatswahl in Schlesien fand am Mittwoch in Deutsch-Lissa bei Breslau statt. Vor 2 Jahren waren dort von 65 abgegebenen Stimmen 21 auf die Sozialdemokratie entfallen. Diesmal stimmten von 157 Wählern 100 für unseren Kandidaten, den Rauerer Wittermann, während der Kandidat der Bürgermeisterei nur 52, ein bürgerlich „Oppositioneller“ nur 23 Stimmen erhielt. Damit zieht in dieses Gemeindeparlament zum erstenmal ein Sozialdemokrat ein. Der Sieg ist um so höher anzuschlagen, als man abgesehen von der Wahl fernzuhalten. Und um die Kleinstädter usw. vor der lästigen Kontrolle der „Noten“ zu schützen. Unsere Genossen aber haben

durch vorzügliche Anstrengungen das Mandat bereitet. Ja, sie konnten nicht mal alle wählen, denn bei Schluß der Wahlzeit standen noch über 30 Arbeiterwähler im Wahllokal, die nun nicht mehr wählen konnten. Sicher werden alle anderen Orte durch diesen schönen Erfolg angepörrt werden, es den Genossen in Deutsch-Lissa nachzutun.

Unsere Freunde — die Feinde. In Breslau hat unser Parteiblatt seit der Polizeilattade vom 6. Februar rund zweitausend Abonnenten gewonnen! Es rückt jetzt mit 35 100 Abonnenten an die sechste Stelle, wird aber überlagert nur noch durch den „Vorwärts“, das „Hamd. Echo“, die „Leipz. Volksztg.“, Chemnitzer „Volksstimme“ und „Dresdener Volksztg.“ Die Polizei rächt sich für diesen Erfolg, indem sie das ihr so unangenehm gewordene Organ mit Strafanzeigen überhäuft. Vereis vier Anklagen hat sie seit vierzehn Tagen eingeleitet. Die Zahl der Abonnenten wird also noch weiter steigen. . .

Eine Generalversammlung des sozialdemokratischen Volksvereins für den Kreis Solingen tagte am letzten Sonntagmorgen in Döhlis bei Solingen. Den Halbjahrsbericht erstattete der Parteisekretär Genosse Vellert, der nach einer Zeit der Stagnation, hervorgerufen durch die wirtschaftliche Krise, die im Kreise Solingen besonders stark gewütet hat, wieder mal über einen Fortschritt in betreff der Mitgliederzahl berichten konnte. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des ersten Halbjahres 2012 und stieg bis zum 31. Dezember 1909 auf 2112. Die Durchschnittsbeitragsleistung ist von 79,11 Proz. im vorigen Halbjahr auf 80,53 in diesem gestiegen. Die Beitragsleistung der Genossen hat sich von rund 83 Proz. auf rund 92 Proz. gesteigert. Die Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 8266,15 M., bei einem Kassenbestand von 541,09 M. An Flugblätter, Broschüren, Kalendern usw. wurden im letzten Halbjahr 74 165 gegen 20 000 im vorhergehenden verbreitet. Es haben 92 Mitglieder-versemmlungen, darunter 16 für Frauen und drei öffentliche Statistiken. In sieben Orten haben Gemeinderatswahlen stattgefunden, wobei der alte Bestzustand nicht nur behauptet, sondern neun weitere Mandate hinzugewonnen wurden, so daß gegenwärtig 51 sozialdemokratische Gemeinderäte im Kreise vorhanden sind, gegen 42 im Vorjahre. Besonders schwierig gestaltet sich die Agitation im unteren Kreise in Solingen, wo das Zentrum und die „liberalen“ Farbenfabrikgehaltigen herrschen. Da Lokale nicht zu bekommen sind, ist man nur auf die schriftliche Agitation angewiesen. Trotz dieser Schwierigkeiten konnten die Genossen über gute Resultate berichten.

Den Bericht des Jugendauschusses erstattete Genosse Meyer. Für die Leser der „Arbeiter-Jugend“ sind Abonnementskarten eingeführt und statt Beiträgen werden Zeitungsabonnementsgelder erhoben. Aus der früheren Jugendorganisation übernahm der Jugendauschuss 95 Mitglieder, die auch Abonnenten wurden. Seit Juli des vergangenen Jahres ist die Abonnentenanzahl an anderen gestiegen, so daß sie gegenwärtig etwa 200 beträgt. Die Agitation unter der Jugend ist, wie der Berichtsteller ausführte, heute verhältnismäßig schwierig. Vor allem sind es die konfessionellen Jugendorganisationen, die die Werbearbeit erschweren, da diese von der Polizei und den Behörden unbehelligt bleiben. An die Berichte schlossen sich ausgiebige Diskussionen, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, namentlich, nachdem die Folgen der wirtschaftlichen Krise zum Teil überwunden, mit frischem Mut an die Arbeit zu gehen, um die Scharten wieder auszuweihen.

Zur Krankheit des Genossen Singer. Eine Berliner Korrespondenz verbreitet die Nachricht, im Bestehen des Genossen Singer sei eine wesentliche Verschlechterung eingetreten. Die Nachricht ist total falsch. Im Gegenteil, das Befinden des Genossen Singer mocht erfreulicherweise beständig Fortschritte. Er kann täglich kleine Spaziergänge unternehmen und hofft, in nicht allzuferner Zeit wieder arbeitsfähig zu sein.

Kommunales.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Tribüne des Stadtverordnetensaales war gestern nicht zu knapp besetzt mit Leuten, die zur Hilfe der Hausbesitzer und Grundstückspekulanten gehörten. Wer ihnen das etwa nicht sofort anjah, der konnte es entnehmen aus ihren Gesprächen, in denen sie die Frage diskutierten, ob die Wertzuwachssteuer diesmal beschlossen werden würde. Ja, wohl, diesmal wurde sie beschlossen! Sie mußte endlich beschlossen werden, weil gleich einem Damoklesschwert, wie unser Genosse Heimann sagte, die kommende Reichs-Wertzuwachssteuer über der Stadt Berlin schwebt. Was der Magistrat jetzt forderte und der Ausschuss mit noch einigen Änderungen empfahl, war wirklich nicht mehr geeignet, jenen „nützlichen Mitbürgern“ — so hat einmal Herr Cassel sie genannt — allzu wehe zu tun. Heimann beklagte, daß im gegenwärtigen Augenblick leider nur übrig bleibe, auf alle weitergehenden Forderungen zu verzichten und zu retten, was noch zu retten ist. Wieviel bereits veräußert und verloren worden ist, weil Berlin die Besteuerung des mühselos zuzuführenden Gewinns an Häusern und Grundstücken so lange hinausgeschoben hat, das legte unser Redner eingehend dar. Als er an das Privileg des Hausagrarierums in den Gemeindeverwaltungen erinnerte und auf den Zusammenhang der Reform des Gemeindevahlrechts mit der Reform des Landtagswahlrechts hinwies, lärmte der Chor der Hausagrarier und der Vorsteher versuchte dem Redner zu wehren. Für die Baupesulanten eine möglichst weitgehende Bevorzugung durchzudrücken und so die Arbeit des Ausschusses noch mehr zu entwerten, bemühten sich Herr Werner (Neue Linke) und Herr Haberland (Alte Linke). Besonders der letztere pries auch die Terrainspekulation, die ihm — das läßt sich denken — als unentbehrlich gilt. Ihm sekundierte Herr Kuhlmann (Freie Fraktion), der die Spekulanten als die Pioniere der Städte bezeichnete. Aber diesmal standen die Herren ziemlich allein da; zu groß war die Zahl derer, die die Wandlung vom Saulus zum Paulus durchgemacht hatten. Herr Cassel, der einst gleichfalls die Wertzuwachssteuer abgelehnt hatte, weil er „nicht Steuern auf Vorrat bewilligen wollte, suchte seine ihm jetzt abgenötigte Umkehr zu maskieren durch weitendes Gezeck über unseren Genossen Heimann, der die Hausbesitzermehrheit der Versammlung ihm zu unglücklich behandelt hatte. Die abschließliche Abstimmung ergab die Annahme der Wertzuwachssteuerordnung. Auf der Tribüne fragte einer der Interessenten nach dem Preisfestsitz hinüber, ob sie gleich „morgen“ in Kraft trete. Als ihm geantwortet wurde: „Nein, morgen noch nicht, morgen können Sie noch einen Reibach machen!“, nickte er mit verständnisvollem Augenzwinkern.

Aus dem letzten Teil der Sitzung sei hier die kurze, aber bemerkenswerte Debatte über die Kehr- und Schneefahrt erwähnt. Der Unternehmer Tabbert bietet der Stadt freiwillig eine Preisermäßigung an, wenn sie schon jetzt in eine beträchtliche Verlängerung seines noch bestehenden Vertrages willigt. Der Magistrat ist einverstanden und ersucht die Stadtverordneten um Zustimmung. Gen. Kollen-

feld widersprach aber und forderte, daß einmal in einem Ausschuss die Verhältnisse unserer Schicht- und Schneefuhr gründlich geprüft würden. Eine Kommunalisierung sei möglich und nötig, sie könne im Ausschuss erwogen werden, auch werde man dort die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse der betreffenden Arbeiter sich genauer anzusehen haben. Nachdem auch von freisinniger Seite der Antrag auf Ausschussberatung empfohlen worden war, wurde so beschlossen.

Gerichts-Zeitung.

Anna Werner „begnadigt“!

Am 24. November berichteten wir über das ungeheuerliche Todesurteil, das am 13. November gegen die Dienstmagd Anna Werner vom Glaser Schwurgericht gefällt war. Die arme Angeklagte wurde von Gemeinde zu Gemeinde mit ihrem Kind vertrieben. Die Verhandlung ergab, daß die Verurteilte in liebevollster Aufopferung sich ihres Kindes angenommen hatte, daß aber die Gemeindevorsteher in Oberhannsdorf, in Niederhannsdorf, in Merzdorf und in Glaz die Mutter und das elf Monate alte Kind abhoben, um, wie ein Gemeindevorsteher behandelte, den Scherereien zu entgehen, die mit der Wiedererstattung der Kosten für die etwa hilfsbedürftig werdenden der Gemeinde erwachsen könnten. In ihrer Verzweiflung nahm die herumgehende Magd dem Kinde, dessen Vater sich seiner Unterhaltungspflicht entzog, das Leben.

Unsere Mitteilung erregte in allen Kreisen lebhaftes Aufsehen. Die Geschworenen hatten ein Begnadigungsgebet eingereicht. Später suchte auch Frau Ruth Bre die Begnadigung des armen Mädchens zu erwirken. Diese ist jetzt erfolgt. Jedoch ist die Mutter nicht von Strafe verschont worden, sondern zu zehn Jahren Zuchthaus „begnadigt“! Bei dem Bericht über das Urteil legten wir dar: „Ein Justizmord ist die Verurteilung des Dienstmädchens, gleichviel, ob das Urteil ausgeführt oder dem Begnadigungsgebet durch Umwandlung der Todesstrafe in eine andere entsprochen wird. Ein Justizmord, weil nichtschuldig an der Tat derjenige ist, den die sozialen Verhältnisse so wie im vorliegenden Fall verzweifelt, besinnungslos, zurechnungsunfähig gemacht haben. Soll das (vom Vorsitzenden zitierte) Wort: „Wer

Blut vergießt, dessen Blut soll wieder vergossen werden“, kein Pharisäerspruch sein, so hätte das Gericht die Angeklagte freisprechen und zum Ausdruck bringen sollen, daß die lediglich aus Bequemlichkeit so herzlich vorgegangenen Gemeindevorsteher und Polizeiverwaltungen die Schuld für den Mord trifft.“ Diese Ansicht müssen wir angesichts der neuen „Begnadigung“ genannten Verurteilung zu zehn Jahren Zuchthaus wiederholen. Es ist ein empörendes Unrecht, eine Mutter, die durch Unbarmherzigkeit der gröslichsten Art zu dem verzweifeltsten Schritt getrieben ist, auf zehn Jahre ins Zuchthaus zu schicken, die intellektuellen Urheber des Mordes aber frei zu lassen und ihnen zu gestatten, ihre Ehrenämter in derselben Weise und mit derselben Wirkung auszuüben.

Fahrlässige Körperverletzung?

Auf einen unglücklichen Zufall war ein Unfall zurückzuführen, bei welchem ein blühendes Menschenleben vernichtet worden war. Dieser Unglücksfall hatte gestern vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I ein gerichtliches Nachspiel. Angeklagt wegen fahrlässiger Tötung war der Kohlenhändler Strieple. — Der Angeklagte betreibt seit mehr als zwanzig Jahren in der Liebigstraße ein Sichelgeschäft. Auf dem nach der Straße zu etwas schrägen Hofe des Grundstücks stand ein dem Angeklagten gehöriger vierwädriger Wagen. Als eines Tages mehrere Kinder auf dem Hofe spielten, setzte sich plötzlich der Wagen in Bewegung. Die kleine 11jährige Schülerin Wendt wurde von dem Wagen erfasst und gegen den Sofbrunnen gedrückt. Als die auf die Angstschreie des Mädchens hinzueilenden Hausbewohner den Wagen zurückzogen, war dem Kinde bereits der Brustkasten eingedrückt worden. — Der Staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen fahrlässiger Tötung gegen St. Die Fahrlässigkeit sollte darin liegen, daß der Angeklagte den Wagen nicht befestigt habe. Vor Gericht behauptete St., daß der Wagen seit zwanzig Jahren immer an derselben Stelle gestanden habe, und er keinesfalls mit der Möglichkeit habe rechnen können, daß ein derartiger Unfall entstehen könne. Zur Aufklärung über die örtlichen Verhältnisse beschloß das Gericht, einen Lokaltermin an Ort und Stelle abzuhalten. Der gesamte Gerichtshof, Staatsanwalt, der Angeklagte und die Zeugen begaben sich darauf nach der Liebigstraße. Nach der Ortsbesichtigung beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Das Gericht kam jedoch zu einer Freisprechung, da der Unfall auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen sei.

Ein Amtsgerichtsrat unter Anklage der Beleidigung.

Ein Dr. Winters in Pyrmont trat Anfang Mai d. J. in einem Zivilprozeß als Beistand einer Frau Bürgermeister P. auf. Die Verhandlung fand im Arbeitszimmer des Amtsgerichtsrats v. Bardeleben in Pyrmont statt. W. soll weder bei seinem Eintritt noch beim Fortgehen begrüßt und soll während der Verhandlung durch sein ganzes Benehmen den Amtsgerichtsrat v. B. in gewisser Weise gereizt haben. Nach seinem Fortgehen hat v. B. in Gegenwart des Gerichtsschreibers und mehrerer Rechtsanwältinnen in Beziehung auf W. geäußert: So ein Hegel oder großer Hegel. Diese Äußerung hat der Rechtsanwalt Weermann in Pyrmont, der in keinem freundschaftlichen Verhältnis zu dem Amtsgerichtsrat v. B. steht, Dr. W. überbracht und dieser hat dann die Beleidigungsplage gegen v. B. angestrengt. Das Schöffengericht in Pyrmont hat v. B. der die Äußerung zugab, zu 25 M. Geldstrafe eventuell 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Dr. W. hatte wegen zu geringen Strafmaßes und weil keine öffentliche Beleidigung als vorliegend angenommen war, Berufung eingelegt. Die Privatklageabteilung des Landgerichts Hannover nahm am Mittwoch auch nicht an, daß eine öffentliche Beleidigung vorläge, erhöhte aber im übrigen das Strafmaß auf 50 M. eventuell 10 Tagen Gefängnis.

Gefängniszustände.

Nette Zustände in hinterpommerschen Gefängnissen zeitigte eine Schwurgerichtsverhandlung in Stolp gegen den Gefangenenaufsicher Granow in Schlawe. Er hatte eine Gefangene, die als Köchin beschäftigt wurde, erschossen und wurde freigesprochen, da die Geschworenen berechtigte Nothwehr annahmen. Festgestellt wurde, daß die Erschossene durch und durch syphilitisch krank war und längere Zeit in der Behandlung des Kreisarztes stand. Trotzdem kam sie nicht in ein Krankenhaus, sondern der Billigkeit halber, um eine andere Kraft zu sparen, in die Küche des Schlawer Gefängnisses. Wuhle die Behörde nicht, daß dadurch die Familie des Gefangenenaufsehers sowie alle inhaftierten Sträflinge aufs höchste gefährdet waren? Schon der Gedanke, daß die Kranke Genußmittel anfasse, ist ekelregend. Der Staatsanwalt erklärte in der Verhandlung, „er bedauere es, daß solche Zustände dort herrschen“. Dies seltsame Bedauern hilft wenig. Abhilfe kann nur geschaffen werden, wenn unser ganzes System geändert wird.

Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund, Ortsgruppe Berlin. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15: Versammlung. Vortrag: Die Verbrennung unserer Zeit. Referent: Dr. Blüch. Gäste willkommen. Kein Getränkeausfluß.

W. WERTHEIM GM BH

POTSDAMERSTR. 10, 11 und 13

FRIEDRICHSTR. 110/112
Passage-Kaufhaus

Freitag
und Sonnabend

Extra-Preise

Soweit
der Vorrat reicht

Riesenstangenspargel

12-18 Stg., 1/2 Dose 1.80 1/3 Dose 95 Pf.

Stangenspargel extra stark

20-24 Stg., 1/2 Dose 1.60 1/3 Dose 85 Pf.

Stangenspargel I

28-30 Stg., 1/2 Dose 1.45 1/3 Dose 75 Pf.

Stangenspargel IV ^{50-60 St.}

1/2 Dose 1.15

Kaiserschoten ^{extrafein}

1/2 Dose 1.20

Junge Schoten III

1/2 Dose 40 Pf.

Junge Schoten IV

1/2 Dose 34 Pf.

Gemischtes Gemüse I

1/2 Dose 80 Pf. 1/3 Dose 45 Pf.

Brech- od. Schneidebohnen

2-Pfd.-Dose 27 Pf. 3-Pfd.-Dose 40 Pf. 5-Pfd.-Dose 65 Pf.

Im Tee- und Frühstücksraum der POTSDAMER STRASSE

Tägl. warme Gerichte von 12-3 Uhr

Heute

Real turtle soup
Cocky Lecky
Mutton-chops mit haricots
verts

Ham and eggs

Nachmittags

Afternoon tea mit toast,
Butter und Marmelade
Kranzler-Büfett

Erfrischungsraum-Kaffee

pro Pfund 2.00

Kaltes Büfett

Feinster Malassol-Kaviar

Schwerste Holländ. Austern

Ostender Hummer ^{mit Mayonnaise}

Straß. Gänseleberterrine

mit Trüffel

Chaud-froid von Wachteln

Zungen- u. Lachsrollchen

gefüllt

Sorbet aux fraises

Apfelsinen-Creme

Bestellungen auf kalte Platten, div. belegte Brötchen, Mayonnaisen, Salate, Kuchen, Torten und Eispeisen werden sorgfältig ausgeführt

Rollschinken ^{6 bis 8 Pfd.} 1.25

Schinkenspeck Pfd. 98 Pf.

Holst. Zervelatwurst Pfd. 1.10

Holsteiner Salami . Pfd. 1.10

Schinkenwurst Pfd. 1.20

Teewurst Pfd. 1.10

Mettwurst (Braunsch. Art) Pfd. 90 Pf.

Feine Leberwurst . Pfd. 95 Pf.

Landleberwurst . . . Pfd. 85 Pf.

Rotwurst I und II Pfd. 70, 50 Pf.

Kassel. Rippespeer Pfd. 85 u. 95 Pf.

Kasseler Filetstück Pfund 1.00

OCHSENFLEISCH

Schmorfleisch ^{mit Knoch.} Pfd. 85 ^{ohne Knoch.} 95 Pf.

Fehlrippe Pfund 75 Pf.

Pökel-Rinderbrust Pfund 90 Pf. 1.00

Pökel-Rinderzunge . . . Pfund 1.20

SCHWEINEFLEISCH

Schinken Pfund 75, 80 Pf.

Kamm und Schuft . . . Pfund 85 Pf.

Bauch Pfund 70 Pf.

Rückenfett Pfund 70 Pf.

HAMMELFLEISCH

Keule Pfund 85 bis 90 Pf.

Dicke Rippe Pfund 75 bis 80 Pf.

Kamm Pfund 75 Pf.

Dünnung Pfund 60 Pf.

Leb. Hechte Pfd. 90 Pf. Leb. Schleie Pfd. 1.10 Rehfleisch Blatt St. 2.00 bis 2.50, Keule St. 6.00 bis 8.00, Rücken St. 8.00 bis 10.00

In der BÜCHER-Abteilung

Verkauf gelesener, gut erhaltener Bände der Leihbibliothek in Original-Einbänden zur Hälfte des regulären Preises

BARTSCH, Elisabeth Kött
statt 5.00 nur 2.50
BRAUN, Memoiren einer Sozialistin statt 7.50 nur 3.75
FRENSEN, Klaus Hinrich Baas
statt 6.00 nur 3.00
HART, Das heilige Feuer
statt 6.00 nur 3.00
HEDIN, Transhimalaja
statt 20.00 nur 10.00

HEIMBURG, Diverse Romane
statt 4.00 nur 2.00
HERZOG, Hanseaten
statt 5.00 nur 2.50
KAHLENBERG, Spielzeug
statt 4.50 nur 2.25
MANN, Königliche Hoheit
statt 6.50 nur 3.25
MARLITT, Diverse Romane
statt 4.00 nur 2.00

MAY, Reiseromane
statt 4.00 nur 2.50
OMPTEDA, Exzelsior
statt 7.50 nur 3.75
SOHNREY, Grete Lenz
statt 5.00 nur 2.50
STRATZ, Für Dich
statt 5.00 nur 2.50
SUDERMANN, Das hohe Lied
statt 6.00 nur 3.00

VOSS, Alpentragödie
statt 5.50 nur 2.75
WERNER, Diverse Romane
statt 4.00 nur 2.00
WOLFF, Der Sachsenspiegel
statt 6.00 nur 3.00
ZAHN, Einsamkeit
statt 4.50 nur 2.25
PERFALL, Aus meinem Jägerleben
statt 4.50 nur 2.25

Stadtverordneten-Versammlung.

8. Sitzung vom Donnerstag, den 3. März, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Michels eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr und beruft zunächst die nachträgliche Einführung des im November v. J. wiedergewählten Stadtv. Dr. Knauer.

Der Stadtv. Singer (Soz.) hat wegen schwerer Erkrankung weiteren Urlaub angefordert.

Die Vorlage betr. die Auswähl der im Rechnungsjahre 1910 neu- bzw. umzupflasternden Straßen und Plätze wird wie üblich einem besonderen Pflasterauschuss überwiesen.

Es folgt die Berichterstattung über die Vorlagen betr. 1. die endgültige Fassung der Umsatzsteuerordnung, 2. die Einführung einer Wertzuwachssteuer.

Referent Stadtv. Galland hebt hervor, daß auch jetzt wieder im Ausschusse verlangt worden sei, daß die Umsatzsteuer auf die Wertzuwachssteuer ganz oder teilweise angerechnet werden solle. Die Mehrheit habe dieses Ansuchen um so mehr abgelehnt, als zurzeit das finanzielle Ergebnis der Wertzuwachssteuer absolut nicht zu überschauen sei; vielleicht möchte es in späterer Zeit, wenn die Reichszuwachssteuer gewisse Grundzüge für die Beurteilung dieser Frage geliefert hätte, tunlich sein, einen Teil der Umsatzsteuer anzurechnen. Den neuen Gesichtspunkt der Vorlage, die Heranziehung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung und der Vereine zur Umsatzsteuer, auch im Falle von Personalveränderungen, hat der Ausschuss nur in beschränktem Umfang gelten lassen können, nämlich nur insoweit derartige Gesellschaften usw. jahungsgemäß oder tatsächlich den Erwerb und die Veräußerung oder die Bewertung von Grundstücken oder von Rechten, die Grundstücken gleichstehen, bezwecken.

Auf Antrag der Stadtv. Sökeland (N. L.) und Werner (N. L.) wird die neue Fassung der Umsatzsteuerordnung ohne weitere Debatte en bloc genehmigt.

Referent Stadtv. Dr. Levy: Ich betrachte diese Beschlußfassung als ein gutes Omen für die Wertzuwachssteuer. Der Ausschuss hat in 8 schweren, mühevollen Sitzungen trotz der Schwarzseher ein zwar nicht vollendetes, aber relativ sehr gutes Werk zustande gebracht, das mit allen gegen 2 Stimmen Annahme fand. Vor 3 Jahren, als die damalige Vorlage abgelehnt wurde, lagen unsere Finanzen so glänzend, wie sie heute unglücklich liegen. Damals stand es auch weit besser um den Zuwachs der Bevölkerung und die Zahl der unvermieteten Wohnungen; man braucht also jetzt auch nicht zu fürchten, daß ein Teil des Baugewerbes in die Vororte auswandert, zumal diese inzwischen auch fast alle die Wertzuwachssteuer eingeführt haben. Wir wollen die Steuer und wir brauchen sie. Als Milderung hat der Ausschuss unter anderem beschlossen, die Anrechnung der Kosten des Erwerbepreises statt mit 8 mit bis zu 5 Proz. völlig umgestaltet haben wir im Ausschuss das Ermittlungsverfahren für die Berechnung des Wertzuwachses. Verschärfte haben wir dagegen die Progression der Steuer; wir machen nicht mit 5 Proz. bei 400 000 M. Wertzuwachs Halt, sondern gehen bis 9 Proz. bei Beträgen von über 400 000 M., doch sollen inklusive der Zuschläge in keinem Falle mehr als 25 Proz. zur Erhebung gelangen. Als unbedeutend gezeichnet wurde die Bestimmung, wonach nur drei Viertel der Sätze zur Erhebung gelangen sollten, wenn die Steuerpflicht begründende Tatsache mehr als 30 Jahre nach der letzten Veräußerung eintritt.

Stadtv. Heimann (Soz.): Bei der ersten Lesung habe ich die jetzige Vorlage mit der früheren vergleichen müssen. Der Vergleich fiel durchaus zuungunsten der neuen Vorlage aus; erheblichen Verschlechterungen standen einige Verbesserungen gegenüber. Diese Verschlechterungen und Abschwächungen der Vorlage hatte der Magistrat teils freiwillig, teils unter dem Zwange einer preussischen Ministerialverordnung vorgenommen, die den Zweck hatte, die Steuer unvergibt zu machen. Ich hielt schon bei der ersten Lesung die Fassung des Magistrats für falsch, und der inzwischen uns vorgelegte Etat hat mich in dieser Meinung nur bekräftigt. Wir müssen sehr bedauern, daß es jetzt, wo der Magistrat selbst eine so schwache Stellung eingenommen hat, kaum noch gelingen wird, eine wirklich kräftige Wertzuwachssteuer, wie sie Berlin sehr gut ertragen kann, zustande zu bringen. Die Wertsteigerung der Grundstücke im Innern der Stadt ist eine ungeheure; für diese spielt das bisherige Wertzuwachssteuer gar keine Rolle. Der Magistrat hat in den Etat nur 550 000 M. als Aufkommen eingeplant. In Berlin haben in den letzten Jahren eine Menge Grundstücksanläufe zur Errichtung neuer Warenhäuser stattgefunden. Allein in der Leipziger Straße hätte die Steuer davon eine halbe Million betragen. (Hört! hört!) Das zeigt, welche Riesensummen bei unserer Entwicklung der Grundbesitzer zufließen, und es zeigt, welche Summen wir durch die Ablehnung der Steuer vor drei Jahren verloren haben. (Zustimmung.) Denn unter normalen Verhältnissen ist der weitere Umsatz solcher Grundstücke doch ausgeschlossen. Ich will mich nicht weiter in Reklamationen über die Vergangenheit ergehen, sondern meine Freude darüber aussprechen, daß überhaupt die Beratungen über die Wertzuwachssteuer im Ausschusse so rasch haben zu Ende geführt werden können. Unsere Bemühungen, dort an der Vorlage noch zu bessern, sind leider vergeblich gewesen. Der Ausschuss hat zu den vielen Anrechnungen, die die Vorlage zuläßt, noch eine Menge weiterer hinzugefügt. Damit wird direkt die

verderblichste Form der Spekulation,

die Grundstückspekulation, begünstigt und den Spekulant eine Ausnahmestellung gewährt. Daß bei uns in Berlin unbebautes Gelände dauernd im Werte sinken könnte, ist ausgeschlossen. Zweifelhaft kann nur die größere oder geringere Höhe des Gewinnes sein; Risiken trägt der Spekulant überhaupt nicht. Dazu kommt nun noch, daß er unter allen Umständen bei späterem Verkauf seinen Erwerbepreis plus aller Anrechnungen frei herauskriegt. Das wird ihn veranlassen, seine Grundstücke so lange liegen zu lassen, bis ihm der Verkauf rüchlich erscheint. Diese Bestimmung auszumergen ist leider nicht gelungen. Sehr empfindlich schmälert den Stadtsäckel auch die Bestimmung, daß die nachgewiesenen Ausgaben nicht von dem Veräußerungspreis abgezogen, sondern dem Erwerbepreis hinzugerechnet werden sollen; darin liegt abermals eine sehr große Begünstigung der Grundbesitzer. Der Steuertarif ist ja erfreulicherweise im Ausschuss verbessert worden; insbesondere die Staffelleistung ist durch Annahme der Anträge Kronz zu der besten und gleichmäßigsten gemacht, die existiert. Leider aber hat man auch hier wieder dem Baugewerbe eine Vorzugsstellung eingeräumt, die um so unnötiger wäre, als es ohnehin schon außerordentlich begünstigt worden ist. Hauptächlich Anstoß nehmen wir aber an der Bestimmung, daß die sogenannte rückwirkende Kraft sich nur bis zum 1. April 1895 erstrecken soll. Diese Vorschrift ist absolut ungerecht; aber unser Versuch, diesen Stichtag zu beseitigen, oder ihn wenigstens bis 1870 zurückzudatieren, ist mißglückt. Diese eine Konzession des Stichtages von 1895 an die Grundbesitzermehrheit der Versammlung magot hundert- und tausendfach alle kleinen Verbesserungen auf. Wir sehen aber von Gegenanträgen ab, weil sie auf sich selbst sind; wir wollen nichts tun, was die Erledigung der Sache noch weiter verzögern könnte. Wären wir in unseren Entschlüssen völlig frei, so würden wir uns sehr überlegen, wie wir zum Ausschussantrage Stellung nehmen sollten und ich bin sehr zweifelhaft, wie die Stellungnahme ausfiele; aber wir sind ja eben nicht frei. Die Mehrheit der Versammlung hat solange mit der Steuer gewartet, bis sie zur Einführung gezwungen wurde. Jetzt schneidet auch über uns die Reichssteuer wie ein Damoclesschwert; sie kommt, und zwar sehr schnell, und dann hätte Berlin überhaupt keine Möglichkeit mehr, sie einzuführen, und der Anteil Berlins an der Reichssteuer würde sehr minimal sein oder ganz wegfallen, denn man könnte im Reichstoge argumentieren, Berlin

benötige, wie seine Haltung beweisen habe, die Erträge aus einer solchen Steuer überhaupt nicht. Solche Schädigung der Kommune Berlin zuzufügen, wollen wir nicht verantworten, und schwere Herzen werden wir für die Ausschussbeschlüsse stimmen. Für die Einzelbestimmungen der Vorlage lehnen wir aber ausdrücklich jede Verantwortung ab (Heiterkeit bei der Mehrheit). Wir wollen noch im letzten Augenblick für Berlin retten, was zu retten ist, und wir stellen deshalb unsere prinzipiellen Bedenken zurück. Wir wollen helfen das Prinzip zum Durchbruch bringen, daß die Wertsteigerung des Grund und Bodens lediglich durch die Tätigkeit und die Aufwendungen der Kommune, und daß der Zustand nicht länger ertragen werden kann, daß dieser Gewinn unbedient den zufälligen Besitzern zufließt. Von der sozialen Seite der Frage zu reden, davon haben wir im November und jetzt abgesehen. Von sozialen Wirkungen der Vorlage nach der Seite des Wohnungswesens zu sprechen, erübrigt sich wie der reine Hohn; sie hat lediglich fiskalische Zwecke und erreicht auch diese nur unvollkommen. Der „Schwarze Tag“ von 1907, wo die erste Vorlage fiel, wird nicht ausgelöscht, wenn heute die Vorlage zur Annahme gelangt. Die Schädigungen, die die Stadt durch jene Beschlüsse erfuhr, sind nicht mehr wert zu machen. Man scheint ja jetzt in liberalen Kreisen mit etwas mehr Energie als früher gegen die Privilegien der Grundbesitzer auf dem Lande anzukämpfen zu wollen; soll es aber bei uns in Preußen besser werden, dann müssen nicht nur deren gesetzliche Privilegien, sondern mindestens ebenso diejenigen der Grundbesitzer in den Gemeindevertretungen fallen und lehtere auf

breite demokratische Grundlagen

gestellt werden. Die Frage eines vernunftgemäßen Wahlrechts für Preußen (Große Unruhe; Rufe: „Gehört nicht hierher!“) wird nicht eher zur Ruhe kommen, als bis sie im Sinne dieser Massen gelöst ist; das der Fall, dann wird die Umgestaltung des Gemeindevahlrechts folgen. (Der Vorsitzende unterbricht den Redner; große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Kein späterer Gesetzgeber kann an der Tatsache vorübergehen, welches Bild die jetzige Zusammensetzung der Gemeindevertretung bietet. Wenn die Mehrheit sich jetzt dem Streben nach der Wertzuwachssteuer nicht mehr schroff widersetzt, so ist das einzig und allein dem Zwange von Verhältnissen zu danken, die mächtiger sind als ihr Wille; möchten die Lehren, die daraus zu ziehen sind, im Interesse der Gemeinde im allgemeinen und für die Entwicklung unseres Volkswesens im besonderen, nicht unbenutzt vorübergehen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Werner (N. L.): Nicht vor 3 Jahren, sondern jetzt erst sind die Voraussetzungen zum Zustandekommen einer Berliner Wertzuwachssteuer gegeben. Herr Heimann polemisiert gegen uns; er sollte sich erst mit seinen Freunden, die eine von der feintönen abweichende Auffassung vertreten haben, auseinandersetzen. Mit den Ausschussvorschlügen bin ich einverstanden, ohne deshalb die Steuer als eine berechnete anzuerkennen. Ich empfehle die Annahme der Vorlage.

Stadtv. Cassel (N. L.): Herr Heimann tut so, als ob uns beinahe die Welt verloren wäre, weil wir vor 3 Jahren die Vorlage nicht angenommen hätten. Der Ausschuss hatte eine ungemein schwierige Aufgabe zu bewältigen. Die Anrechnungen, die er hinzugefügt hat, sind nur die Erfüllung des Gebots der Gerechtigkeit, denn es soll doch nur der Wertzuwachs besteuert werden. Nicht jeder Grundbesitzer erleidet die Erhöhung des Wertes seines Grundbesitzes. Die guten Lehren des Kollegen Heimann können wir nicht annehmen; er läßt dazu jede Objektivität zu sehr vermissen. Daß er die Mehrheit der Versammlung als eine Grundbesitzermehrheit bezeichnet hat, müssen wir zurückweisen; wir werden auch mit unseren heutigen Beschlüssen vor unseren Wählern bestehen. (Räuscher Beifall bei der Mehrheit.)

Stadtv. Dr. Preuss (soz.-fortschritt.): In Wahrheit verdanken wir die jetzige Wertzuwachssteuer dem schwarzen-blauen Block und der Reichsfinanzreform; sie hat uns zu einem Fortschritt gezwungen. In der Charakteristik der Vorlage und der Ausschussbeschlüsse schließe ich mich dem Kollegen Heimann an. Wir freuen uns, daß in zweifelter Stunde überhaupt noch etwas zustande kommt. Man sollte die Vorlage en bloc annehmen und von weiteren Abschwächungsversuchen absehen.

Stadtv. Hoberland (N. L.): Ich habe meine Überzeugung in der Sache nicht geändert, bin auch der Meinung, daß das Reich sich durch die Berliner Wertzuwachssteuer nicht beirren lassen wird. Der unbedeutende Wertzuwachs läßt sich von dem durch Arbeit und Intelligenz erworbenen und wohlverdienten gar nicht trennen. Die Grundstückspekulation ist außerordentlich wichtig und nötig. Daß die Steuer die denkbar gerechteste ist, daß sich jetzt auch der Magistrat zu dieser Meinung bekehrt hat, ist sehr bedauerlich, denn für Berlin wird sie für höchstens 15 Jahre von Bedeutung sein. — Der Redner begründet dann einen Antrag auf Abänderung des § 3, um einen weiteren Schutz des Baugewerbes vor der Steuer herbeizuführen. Im übrigen schließt auch er mit dem Wunsche, daß die neue Steuer Berlin zum Segen gereichen werde.

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.): Es kommt hier doch lediglich auf die Praxis, nicht auf theoretische Erwägungen an. Im Herzen sind auch heute noch die Hälfte von uns Gegner der Steuer; um so wertvoller ist das im Ausschuss erzielte Kompromiß. Herr Hoberland sollte seinen Antrag zurückziehen, um die en bloc-Akademie zu ermöglichen.

Stadtv. Hoberland zieht, in der Hoffnung, daß das Reichszuwachssteuergesetz den erhöhten Schutz des Baugewerbes bringen wird, seinen Antrag zurück. (Beifall.)

Stadtv. Borgmann (Soz.) zieht hiernach auch einen von den Sozialdemokraten gestellten Antrag auf namentliche Abstimmung zurück. (Erneuter Beifall.)

Stadtv. Labowitz (N. L.): Die große Mehrheit meiner Freunde stimmt für die Steuer; mit der Motivierung, die der Kollege Werner vorgebracht hat, steht er aber beinahe allein. Wir sind für die Steuer, weil wir sie für eine der allgerichtigsten halten.

Stadtv. Dr. Auhmann (Fr. Fr.): Im Interesse des Baugewerbes und der Terrainspekulanten behauere ich die Vorlage außerordentlich. Ich halte den heutigen Tag, wenn die Vorlage angenommen wird, für einen schwarzen Tag, denn zum erstenmal wird hier ein Beschluß gefaßt, der stark in die Eigentumskonfiskation hineingeht. (Rufe: Hul hul und Heiterkeit.) Die Vorlage wird hierauf en bloc fast einstimmig angenommen. Mit der

Schließung der Markthalle XIII in der Wörther und Tredestr. am 1. Juli 1910 erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Die Vorlage wegen Erweiterung der städtischen Volkshochschule in Moabit wird von den Stadtverordneten Herzberg (Fr. Fr.) und Cremer (N. L.) als nicht genügend durchgearbeitet bemängelt. Die Vorlage geht an einen Ausschuss.

Die Vorlage betreffend Festsetzung des Krantarijs für die elektrischen Krane der städtischen Lagerhalle am Humboldt-hafen beantragt.

Stadtv. Cohn (Soz.), an einen Ausschuss zu geben, der insbesondere die Frage zu prüfen hätte, ob die Stadt nicht von dem immerhin wichtigen Stück Wirklichen oder vermeintlichen Aufsichtsrecht des Staates, um das es sich dabei handeln könnte, zu befreien wäre.

Stadtrat Alberti glaubt nicht, daß Ausschussberatung etwas nützen könne.

Stadtv. Jacobi (N. L.) ist auch gegen Ausschussberatung, ebenso

Stadtv. Döhrenfurth (Fr. Fr.), da die Stadt eigentlich von dem Tarif nur Kenntnis zu nehmen habe.

Der Antrag Cohn wird abgelehnt, die Vorlage angenommen.

Es folgt die Vorlage betreffend den Abschluß eines Vertrages über die Schiene- und Reichsbahnfahr aus den Straßen Berlins.

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Soz.): Wir beantragen auch für diese Vorlage Ausschussberatung. Ihr steht zunächst unser Bedenken entgegen, daß sie die Möglichkeit der Kommunalisierung der Reichsbahn um weitere 3 Jahre hinauszieht. Prinzipielle Bedenken gegen eine solche Verstaatlichung sind bisher nicht geltend gemacht worden. Wir haben eine städtische Straßenreinigung; hat die Stadt einmal A gefaßt, so muß sie konsequent auch B sagen. Die Verbindung mit den Reichseisenbahnen würde die Durchführung der Maßnahme noch erleichtern. Schon 1906 hat im Etat-ausschuss der Oberbürgermeister diese Anregung nicht ganz von der Hand gewiesen, und 1909 sind auch andere, so der Kollege Jacobi, dem Gedanken näher getreten. Wird jetzt der Vertrag, der 1909 auf drei Jahre bis 1912 geschlossen ist, bis 1915 verlängert, so möchte der Magistrat vielleicht in eine Erwägung der Frage gar nicht mehr eintreten. Die Vorlage erhebt an sich schon höchst auffällig; der Vertrag mit den drei Unternehmern ist erst seit einem Jahre in Kraft, und schon jetzt wünschen sie die Verlängerung bis 1915 und wollen eine Ermäßigung der Fuhrpreise ein-treten lassen, und eine gar nicht unerhebliche, nämlich allein bei der Reichsbahnfahr 200 000 M. Die Kontate der Magistrat dazu kommen, mit der Zustimmung der Ermäßigung an die Unternehmer heranzutreten? Es soll dadurch ermöglicht werden, in dem Betriebe günstigerer Einrichtungen zu treffen. Die Verammlung würde durch die Annahme dieser Vorlage sich mit ihren eigenen Beschlüssen in Widerspruch setzen. Es ist 1900 im Gegensaß zum Wunsch der Unternehmer nur ein dreijähriger Vertrag geschlossen worden; jetzt suchen sie auf einem Umwege eine Verlängerung auf sechs Jahre zu erreichen. Wir haben auch gesehen, daß sich auf diesem Gebiet ein Unternehmerring gebildet hat, dessen Einfluß wir durch die Annahme der Vorlage noch verstärken würden. Vom Magistrat wurde in diesem Punkt schon vor Jahresfrist eine Untersuchung verlangt; vielleicht ist die Preisermäßigung eine Frucht der Untersuchung. Wir wollen im Ausschuss auch untersuchen wissen, ob die zahlreichen Klagen der Arbeiter berechtigt sind (Unruhe bei der Mehrheit), die bei Tabbert, Friede und Krause beschäftigt sind. Es kommt doch darauf an, ob die Arbeiter für die Stadt Arbeit leisten; sie leisten sie für die Stadt, auch wenn sie von Zwischenmeistern beschäftigt werden. Wie der Magistrat, sind auch die Unternehmer tarifunten: Wie der Herr, so's Geheer". Die Arbeitszeit dehnt sich bis zu 15 1/2, ja 17 Stunden aus. Der Tagelohn der Arbeiter ist 3,50 M., nicht aber 5 M., was tarifmäßig wäre. Selbst die Wirtschaftsgenossen-schaft der Berliner Grundbesitzer zahlt den Aufschnern 5,75 bis 6,50 M. pro Tag. Es herrscht bei Tabbert ein Strafgesetzbuch, über welches Rechtschaffenheit nicht abgelegt wird; bei Friede wird den Aufschnern der Lohn in einer Gastwirtschaft ausbezahlt, entgegen den Vorschriften der Gewerbeordnung. Die Arbeiter werden also in übermäßiger Weise ausgenutzt. Die Vorlage setzt sich auch in Widerspruch zu den allgemeinen Submissionsbedingungen der Stadt; die Unternehmer halten die vereinbarten Tarife nicht ein. Die Kulturaufgaben sollen nach der Meinung der Vorsitzenden dieser Versammlung nicht leiden; lassen Sie diesen Worten die Tat folgen, denn es ist eine Kulturfrage, diese Aufschnere besser zu stellen und sie auf eine höhere Kulturstufe zu heben. (Unruhe bei der Mehrheit.)

Stadtv. Goldschmidt (N. L.) unterstützt den Antrag auf Ausschussberatung.

Stadtv. Jacobi (N. L.): Herr Rosenfeld hat eine Ehre auf die Verstaatlichung gesprochen. Wir aber wollen genau prüfen, was sich dazu eignet, und ob wir dabei gut wegkommen. Die Unternehmer hätten uns diese guten Bedingungen vielleicht nicht gestellt, wenn sie sich nicht geirrt hätten: selbst der Jacobi hat mit Verstaatlichung gedroht. (Große Heiterkeit und sehr richtig!) Die uns gemachte Offerte ist eine außerordentlich günstige. Mit den Ringbindungen müssen wir rechnen. Herauskommen wird nichts aus einer Ausschussberatung.

Stadtv. Salinger (N. L.) unterstützt den Antrag auf Ausschussberatung.

Die Versammlung beschließt demgemäß. Die Vorlage wegen Auserkassierung des Vertrages mit der Laternen-Wellen-Gesellschaft m. b. H.

auf die Dauer von 4 Monaten wird auf Antrag des Stadtv. Ullstein (soz.-fortschritt.), der das böllige Piaso der „Manschetten“ konstatiert und sich auch von der Anstellung anderweiter Versuche keinen Erfolg für die Gesellschaft verspricht, ohne weitere Diskussion abgelehnt.

Schluß der öffentlichen Sitzung 04 Uhr.

Soziales.

Gewerbegericht.

Aus der Sitzung der Kammer 8 vom 3. März 1910. Vorsitzender: Magistratsassessor Schulz.

1. Drückerei vor Tarifvereinbarungen.

Die Kaiserin Sch. klagte gegen den Buchbinderbesitzer Johannes Ginter auf Zahlung von 7,98 M. Lohn für 183 Stunden. Sie ist mit 26 Pf. für die Stunde entlohnt worden, hätte aber 32 Pf. erhalten müssen. Die Sache hat bereits das Tarif-schiedsgericht der Buchbinder beschäftigt, das den Lohn von 32 Pf. als den richtigen anerkannt hat. Der Beklagte zahlte auch vom Tage nach der Entscheidung diesen Lohn, entließte sich aber bald der unbequemen Arbeiterin. Vor dem Gewerbegericht bestritt er, daß diesem Schiedspruch rückwirkende Kraft innewohne. Das Gewerbegericht verurteilte den Beklagten dem Klageantrag entsprechend, weil er als Mitglied der Tarifgemeinschaft zur Zahlung tariflicher Löhne verpflichtet ist. Daß der geforderte Lohn dem tariflichen entspricht, ist durch das Schiedsgericht bereits festgestellt.

2. Eine Ueberstundenverweigerung als beharrliche Arbeitsverweigerung.

Der Hausdiener F. klagte gegen die Firma Rüd u. Welter. Buchbinder, auf Bezahlung des Entlassungstages. Er ist des Morgens entlassen worden, weil er am Abend zuvor die erforderlichen Ueberstunden nicht geleistet hat. Das Gericht wies den Klageanspruch ab, weil es in der Ueberstundenverweigerung in diesem Falle eine beharrliche Arbeitsverweigerung erblickte. Dem Kläger sei als langjährigem Buchbinderhandlungsleiter bekannt gewesen, daß die Ueberstunden unumgänglich notwendig sind und ist auch nach von seinem Mitarbeiter darauf hingewiesen worden.

3. Die berückichtigte Tütenfabrik Heitmann u. Nothe.

Der bekannte Reaktionschwinder Albert Nothe befindet sich jetzt dank der Hinweise im „Vorwärts“, der sich der Opfer dieses Herrn energischer annahm als die Polizei, in Untersuchungshaft. Die Betrogenen suchen nun mit Hilfe des Gewerbegerichts wieder zu ihrem Gelde zu gelangen. Fast täglich gehen neue Klagen gegen die vorgebliche Inhaber der Tütenfabrik in der Grünhaldenstraße ein. Western klagte der Arbeiter Sch., der mit acht anderen zusammen je 500 M. Kaution gestellt hat. Beide Beklagte sind im Termin nicht erschienen, so daß Veräumnisurteil erging. Leider besteht nicht die geringste Aussicht, daß die Kläger wieder zu ihrem Gelde gelangen werden. Die ansehnliche Zahl der Betrogenen läßt darauf schließen, daß die Warnungen zur Vorsicht bei Kautionstellungen noch immer nicht genügend beachtet werden.

4. Wann liegt in dem Ausschuss über die Feiertagswoche eine Umgehung des Tarifs?

Ein Rechtsstreit, der sich hauptsächlich um die Auslegung der Bestimmungen des Tarifs für das Steinbrudergewerbe handelte und dessen Ausgang auch der Arbeitergewerkschaftsverband im Steinbrudergewerbe ein lebhaftes Interesse entgegenbrachte, kam gestern zur Entscheidung. Es lagte der Lithograph W. gegen die Firma H. Bochme auf Bezahlung des ersten Weihnachtstages mit 6 M. Es war um die Weihnachtstage ein schwacher Geschäftsgang eingetreten. Die Geschäftsleitung forderte, daß das Personal abwechselnd je eine Woche aussehe, wobei es den Arbeitern überlassen wurde, in welcher Woche sie aussehn wollten. Der Kläger entschied sich mit sieben anderen Kollegen für die Woche vom 20. bis 25. Dezember.

Das Gericht wies den Klagenanspruch ab, sprach aber aus, daß, wenn das Aussehen eines erheblichen Teiles des Personals für die in Rede stehende Zeit von der Geschäftsleitung angeordnet worden wäre, hierin eine Umgehung der tariflichen Bestimmungen erblidbar wäre, nach denen den Arbeitern die Feiertage zu bezahlen sind. Im vorliegenden Falle sei eine solche Umgehung des Tarifs nicht anzunehmen, weil die Arbeiter ihr Einverständnis erklärt hätten.

Selbstgeschaffene Gefahr.

Die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes „entwickelt“ sich immer mehr und das Wort von der „selbstgeschaffenen Gefahr“ nimmt immer mehr Bedeutung an. Dies sollten wir wieder an einem Reiterbeispiel erleben.

Der Straßeneiniger S. zu Frankfurt a. M. war einige Tage im Dienst, als er mit seinen Nebenkollegen ein Gleise der Eisenbahn passieren wollte, um zu dem Depot der Straßeneiniger zu kommen. Auf diesem Wege, mitten in der Betriebstätigkeit, wurde er von einem Eisenbahnzug überfahren und auf der Stelle getötet.

Der armen Witwe des Getöteten schrieb die Berufsgenossenschaft zum Trost, daß sie keine Rente bekommen könne, weil der Vater ihrer Kinder einen verbotenen Fußpfad gegangen und daher durch eine selbstgeschaffene Gefahr getötet worden sei.

Dem Schiedsgericht wurden nun Protokolle der Vorgesetzten des Getöteten vorgelegt, welche bezeugten, daß sie dem Verstorbenen „Anfang März 1908“ den Weg ausdrücklich verboten hätten. Als die Witwe erwiderte, daß ihr Ehemann ja erst Ende März in den Dienst der Stadt getreten sei, wurde zugegeben, daß dieses Verbot auch Ende März erfolgt sei. Das Verbot sollte auch in Gegenwart mehrerer Mitarbeiter gesprochen sein, doch meldete sich kein Zeuge dafür. Die Verurteilung der Frau wurde vom Schiedsgericht abgewiesen, da der Unfall zweifellos nur durch das Betreten „des Bahnkörpers, d. h. durch Uebertretung einer bahnpolizeilichen Vorschrift sich ereignet habe“. Der Getötete sei also einem Verbot zuwider den gefährlichen Weg gegangen und „löste er damit den Zusammenhang mit dem Betriebe aus und schickte sich selbst einer Gefahr aus, die nicht mehr in den Rahmen seiner Betriebstätigkeit fiel“.

Die Witwe bemühte sich nun, Zeugen aufzufinden, welche mit ihrem Ehemann gearbeitet hätten. Dies ist ihr gelungen und wurden die Zeugen vom Reichsversicherungsamt auch endlich vernommen.

Der Ausschuss blieb bei seiner Aussage, daß er dem Getöteten auch die Benutzung des gefährlichen Weges verboten habe, konnte aber die Namen der Mitarbeiter nicht nennen, welche zugegen gewesen sein sollten. Ein Mitarbeiter des Getöteten sagte aber unter Eid aus, daß ihm „nichts bekannt war, daß den Arbeitern der Straßeneiniger jemals verboten worden sei, den Weg entlang dem Bahnkörper zu beschreiten. Ich glaube auch nicht, daß dem Berufsgenossen ein solches Verbot bekannt gegeben wurde, weil ich mit S. am selben Ort und zur selben Zeit gearbeitet habe. S. war fremd und wußte mit dem Weg noch nicht genau Bescheid, sonst wäre er schwerlich auf diese Seite gegangen“. Ein weiterer Zeuge bezeugte, daß er selbst diesen Weg sehr häufig benutzt habe. „Ein Verbot, diesen Weg zu benutzen, ist mir vor dem Unfall niemals bekannt gegeben worden.“ Er habe mit dem Getöteten mehrere Tage zusammen arbeiten müssen und glaubt nicht, daß diesem ein Verbot bekannt war. „Der Weg ist aber vielfach benutzt worden unter anderem auch von Schullinern, so daß ich mir nichts weiter dachte, vielmehr annahm, das Betreten werde von der Eisenbahn stillschweigend geduldet.“

In der Gegenwehr mußte die Berufsgenossenschaft zugeben, daß es „zwar schon vorgekommen sei, daß die erwähnte Bankette von Eisenbahnbediensteten benutzt worden sei“ usw. Es fand sich in letzter Stunde noch ein Hilfsbahnwärter, welcher bezeugte, daß er „nachträglich“ hörte, daß der Mann von der Straße aus kommend übergeheige sei“. Das genügte aber dem Reichsversicherungsamt, um den erhobenen Beweis der Witwe abzuweisen. Die Vorinstanzen hätten richtig angeführt, daß S. „sich durch das Betreten des Weges, auf dem er getötet wurde, einer selbstgeschaffenen, mit der ordnungsmäßigen Zurücklegung des Weges zum Depot nicht verbundenen Gefahr ausgesetzt hat“. — Ja, das Reichsversicherungsamt legte gar keinen Wert darauf, daß der Verunglückte ein Reuling im Betriebe war oder gar kein Verbot gekannt haben könnte, denn „tatsächlich hat sich der Verunglückte von den links gehenden Arbeitern getrennt und ist auf einem rechts von dem eigentlichen Bahnkörper führenden Weg verunglückt, dessen Gefährlichkeit dem Verstorbenen, auch ohne daß ihm gegenüber ein ausdrückliches Verbot, diesen Weg zu gehen, ergangen war, keineswegs zweifelhaft sein konnte, weil es allgemein bekannt ist, daß das Gehen in unmittelbarer Nähe der Schienen — noch dazu in Tunneln, wo ein Ausweichen nicht möglich ist — überaus gefährlich und deshalb verboten ist“.

Jetzt weiß auch die unglückliche Witwe, daß ihr Ehemann einem „Verbot zuwider“ gehandelt, und wenn das Verbot gar nicht ergangen ist, doch wissen mußte, daß der Weg gefährlich war und daher einer „selbstgeschaffenen Gefahr“ zum Opfer gefallen ist. Von dem alten Reuling des Reichsversicherungsamtes unter einem Wochler ist so gut wie nichts mehr übrig. Das Reichsgericht hat bis zum heutigen Tage das Haftpflichtgesetz weit humaner als das Reichsversicherungsamt ausgelegt. Die Ausdehnung der Konstruktion einer „selbstgeschaffenen Gefahr“ hat es stets mit Entschiedenheit als dem Geist des Gesetzes widersprechend abgelehnt. Und das Reichsversicherungsamt sollte doch sozialer entscheiden als das Reichsgericht.

Wohnungsneuen von Krankenkassen.

Am 8. Januar berichteten wir über das Urteil des Oberverwaltungsgerichts, welches die allgemeine gegen die Herausgabe der Wohnungsneuen der Ortskrankenkasse für den Gewerbetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker in Berlin gerichtete Verfügung des preussischen Handelsministers als ungesetzlich aufhob. Das Gericht hatte aber, wie wir mitteilten, angenommen, daß der Krankenkassenvorstand über den Rahmen seiner Aufgabe hinausgehe, wenn die Wohnungsneuen benutzt würden, um eine allgemeine wissenschaftliche Arbeit über die speziellen Zwecke der Kaufleute herzustellen. Im letzten Ministerialblatt des Handelsministeriums wird das Urteil in seinem Wortlaut wiedergegeben. Der einigende Passus im Urteil des Oberverwaltungsgerichts lautet: „Uebrigens ist zu bemerken, daß der Inhalt der eingangs beschriebenen Veröffentlichungen über das durch § 20 Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes bestimmte Maß nicht hinausgeht. An

zahlreichen Stellen werden die Äußerungen des preussischen Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine abgelehnt und mit Angriffen auf diesen Verband erwidert. Noch häufiger finden sich Erörterungen über die Notwendigkeit einer allgemeinen Wohnungsreform und über die dabei anzuwendenden Grundsätze. Die noch dazu mit Photographien von Wohnungen versehenen Veröffentlichungen müssen daher zu einem wesentlichen Teile als Streitschriften und als Beiträge zu einer allgemeinen Befragung des Wohnungswesens angesehen werden. Die Herstellung derartiger Arbeiten ist unzulässig und die streitige Anordnung insoweit gerechtfertigt (vergleiche das bereits angeführte Urteil des Kammergerichts vom 12. Dezember 1907, Arbeiterversorgung von 1908, Seite 84 Ende und 95 Anfang).“

Diese Ausführungen beweisen dringend die von uns wiederholt geforderte Ausdehnung des Inhalts des § 20 des Krankenversicherungsgesetzes.

Vom Krebsgang der Sozialreform.

Das Reichsversicherungsamt hat seinen Geschäftsbericht über das Jahr 1909 veröffentlicht. Es ist im allgemeinen kein günstiges Bild, welches er von der Entwicklung der Unfall- und Invalidenversicherung entwirft.

Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften sank die Zahl der Versicherten von 9 018 367 im Jahre 1908 auf 8 917 772 im Jahre 1909. Das ist natürlich eine Folge der wirtschaftlichen Krise. Für die landwirtschaftliche Unfallversicherung wird zwar eine Steigerung der Zahl der Versicherten nachgewiesen, doch ist das nur auf eine andere Berechnungsart zurückzuführen.

Die Zahl der angemeldeten Unfälle verminderte sich von 655 859 im Vorjahr auf 633 376 im Berichtsjahre, hat also eine kleine Abnahme erfahren. In weit höherem Maße verminderte sich die Zahl der entschädigten Unfälle, nämlich von 141 848 auf 138 441. Die Rentenquote hat also weitere Fortschritte gemacht. Die Zahl der Personen, welche insgesamt auf Grund der Unfallversicherungsgesetze Entschädigung erhielten, stieg gleichwohl von 1 149 284 auf 1 147 016, die Gesamtsumme der Entschädigungen von 157 Millionen auf 162 Millionen Mark. Diese Steigerung ist darauf zurückzuführen, daß der Bestand an Rentempfangern durch den fortwährenden Zugang natürlich eine Erhöhung erfährt.

In der Invalidenversicherung ist die Zahl der festgesetzten Renten ebenfalls zurückgegangen. Es wurden bewilligt:

Im Jahre	Invalidenrente	Krankenrente	Altersrente	Renten überhaupt
1908	116 852	11 951	10 686	137 789
1909	115 264	12 763	11 003	138 990

Demnach sind im Berichtsjahre zirka 800 Renten weniger festgesetzt worden.

Die Zahl der laufenden Invalidenrenten hat zwar nur ein wenig zugenommen, doch verminderte sich die Zahl der laufenden Krankenrenten von 19 057 auf 18 502 und die Zahl der laufenden Altersrenten von 108 637 auf 102 362. Zu Beginn des Jahres 1910 liefen insgesamt 1 014 449 Renten auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes. Auch die Beitragsrückstellungen haben abgenommen, und zwar von insgesamt 188 715 im Jahre 1908 auf 186 557 im Jahre 1909. Diese Abnahme ist insbesondere auf die geringere Zahl der Ruderstellungsanträge bei Weiraten zurückzuführen.

Die Invalidenversicherung gewährte im Berichtsjahre zirka 190 Millionen Mark Entschädigungen, wovon zirka 50 Millionen auf das Reich als Reichszuschuß entfielen.

Für die Unfallversicherung ist die Summe der eingehobenen Beiträge nicht nachgewiesen. In der Unfallversicherung betrug die Beitragseinnahme 187 Millionen Mark. Das sind zwar 3 Millionen Mark mehr als im Jahre 1908, doch ist diese Mehrerinnahme nicht auf eine größere Zahl von eingehobenen Wochenbeiträgen, sondern darauf zurückzuführen, daß die Versicherung mehr und mehr in den höheren Klassen stattfindet. Und das ist wieder in der Hauptsache eine Folge der verstärkten Kontrolle der Beitragsentrichtung. Die Zahl der Kontrolleure wird ständig vermehrt.

Der Krebsgang der Sozialreform kommt besonders in der Rechtsprechung zur Unfall- und Invalidenversicherung zum Ausdruck. In der Unfallversicherung blieb die Zahl der von den Berufsgenossenschaften ergangenen berufungsfähigen Bescheide ziemlich gleich. Trotzdem stieg die Zahl der von den Verletzten eingelegten Berufungen von 74 570 im Vorj., auf 76 352 im Berichtsjahr. In noch weit höherem Maße stieg aber die Zahl der von den Berufsgenossenschaften an die Schiedsgerichte gerichteten Anträge gemäß § 88 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes auf Verabfolgung der Renten. Diese vermehrten sich von 14 591 im Jahre 1908 auf 20 511 im Jahre 1909 und 36 403 im Jahre 1909. Träftischer kann der immer schärfer werdende Kampf um die Rente nicht nachgewiesen werden! Die Urteile der Schiedsgerichte neigen sich immer mehr zugunsten der Berufsgenossenschaften. Im Jahre 1909 wurden noch 30,4 Proz. der Berufungen zugunsten der Verletzten erledigt. Im Jahre 1909 aber nur noch 17,8 Proz. In der gleichen Zeit vermehrten sich die zugunsten der Berufsgenossenschaften erledigten Berufungen von 69,2 auf 72,7 Proz. Die Zahl der Refusse gegen die Schiedsgerichtsurteile hat ebenfalls ständig zugenommen. Auch hier zeigt sich, daß das Vorgehen der Verletzten immer seltener von Erfolg gekrönt ist. Im Jahre 1908 wurden noch 20 Proz. der Refusse der Verletzten zugunsten derselben erledigt, im Jahre 1909 aber nur noch 16,1 Proz.

Ein ähnliches Bild zeigt die Rechtsprechung in der Invalidenversicherung. Die Zahl der Versicherungsanträge, welche Renten feststellen, verminderte sich gegenüber dem Vorjahre von 136 061 auf 135 286. Tagelohn vermehrte sich die Ablehnungsbescheide von 20 529 auf 20 944. Hieraus ist es erklärlich, daß die Zahl der eingelegten Berufungen erheblich stieg.

Historische Mängel.

Am 30. März 1909 fand die Generalversammlung der Betriebskrankenkasse der Kaiserlichen Werft zu Danzig statt. Dort teilten die Redatoren mit, daß der Vorsitzende, Korvettenkapitän Simon, katzenmüde und ohne Zustimmung des Vorstandes 150 Mark, hauptsächlich zur Pflege des unehelichen Kindes des Insantereutenants Wiesohls, aus Kassenmitteln verbraucht und trotz Aufforderung nicht zurückgezahlt habe. Darauf beantragte der Arbeitervertreter Gerloff, die Dedargie so lange auszusetzen, bis die Rückzahlung erfolgt sei. Trotz des Widerspruchs Simons wurde dieser Antrag einstimmig sogar mit Zustimmung des Direktionsvertreters angenommen. Am 6. April erhielt Gerloff, der bereits 10 Jahre auf der Werft arbeitete, noch niemals Differenzen hatte und von seinen Vorgesetzten wegen seiner besonderen Tüchtigkeit sehr geschätzt wurde, die verkürzte Straffandienung zum 20. April. Die Entlassungsgründe wurden ihm trotz aller Vorstellungen nicht mitgeteilt. Auch das Reichsministerium bestätigte die Entlassung. Die Angelegenheit ist bekanntlich kürzlich von sozialdemokratischer Seite im Reichstag besprochen. Sie hat noch folgendes Nachspiel. Der Danziger Oberwerftdirektor Freiherr von Schimmelmann erteilte dem Entlassenen im Entlassungszeugnis folgende Fassung: „Gerloff hat die ihm übertragenen Arbeiten zur Zufriedenheit ausgeführt. Seine Führung war nicht zufriedenstellend.“

Diese Kennzeichnung mußte selbstverständlich bei jedem Unternehmer als Urteilsbrief wirken und die ewige Ausgrenzung des Gemahregelten verursachen. G. lagte deshalb gegen die Werft auf Aussetzung eines wahrheitsgemäßen Zeugnisses. In dem Prozeß richtete die Direktion auch mit ihren „Gründen“ für die eigenartige Fassung heraus: G. sollte dem Ausschuss zur Gründung einer westpreussischen Arbeiterzeitung angehört haben und Berichte für die „Königsberger Volks-Zeitung“ geliefert haben! Es war allerdings richtig, daß G. sich als Vertreter seiner Gewerkschaft für die Zeitungsgründung bemüht hatte. Das war aber selbst nach den offiziellen Erklärungen der Marineverwaltung sein gutes Recht. Noch am 14. März 1904 versicherte der Admiralkapitän Harns feierlichst im Reichstage, daß auf den Staatswerken Gefinnungsrichter nicht geziehen werde, und daß man sich dort um die Re-

beiterorganisationen überhaupt nicht kümmere. Ueber die Mitarbeit G. an der „Königsberger Volks-Zeitung“ war die Direktion von ihren Epikeln in der größten Weise angezogen. Er hat niemals auch nur eine Zeile für das Blatt geschrieben.

Das Landgericht Danzig erklärte dann auch am 30. Juni 1909, daß die Direktion die Führungszeugnisse nicht willkürlich, ohne Rücksicht auf das Verhalten der Arbeiter und die Wirkung für deren Zukunft abgeben dürfe. Auch für sie seien die Gebote von Treu und Glauben verpflichtend. Trotzdem sah auch das Gericht in der Beteiligung an der Zeitungsgründung einen die Führung tabulierenden Umstand. Es verurteilte die Direktion, das Zeugnis für den Kläger erheblich so zu fassen: „daß die Führung, abgesehen von der letzten Zeit, zu Tadel nicht Veranlassung gegeben hat“. Gerloff legte Berufung beim Oberlandesgericht Marienwerder ein. Und am 7. Januar 1910 entschied dies, daß sie in das Zeugnis nur schreiben dürfe: „Daß G. durch seine dienstliche Führung sowie seine Führung im Privatleben keinen Anlaß zum Tadel gegeben hat, wogegen seine Führung im öffentlichen Leben, während der letzten Zeit, nicht tadellos war.“ Das Gericht schränkte also den noch allein zulässigen Tadel ganz ausdrücklich nur auf die letzte Zeit ein. Darum kümmerte sich aber die Werftdirektion nicht. Freiherr v. Schimmelmann unterschrieb eigenhändig ein neues Zeugnis vom 15. Februar 1910, in dem im Widerspruch zu der richterlichen Entscheidung ohne Beschränkung gesagt ist: „wogegen seine Führung im öffentlichen Leben nicht tadellos war.“ Es wird nunmehr Zwangsvollstreckung gegen die Kaiserliche Werft zwecks Ausstellung eines dem Gerichtserkenntnis entsprechenden Zeugnisses einzuleiten sein. Die Urteile der Gerichte beschränken übrigens das Recht des Arbeiters in einer durchaus dem Gesetz widersprechenden Weise. Das Zeugnis hat sich lediglich auf die Führung im Dienst, nach seiner Richtung hin aber auf das öffentliche Leben des Arbeiters zu erstrecken. Um ähnlichen Entgleisungen vorzubeugen, wird eine andere Fassung des § 113 der Gewerbeordnung bei Beratung der Gewerbeordnungsnovelle zweckmäßig sein.

Aus Industrie und Handel.

Teure Butter.

Die Butterpreise erreichen zurzeit im Kleinhandel einen bisher noch nie erreichten Stand. Für gute Ware wird 1,50 M. pro Pfund gefordert, ja sogar 1,80 M. mit bezahlt werden. Allem Anscheine nach will der Handel den kürzlich angekündigten Preisausschlag durchdrücken. Er beruft sich dabei auf die gestiegenen — Futtermittelpreise! Tatsächlich ist nun aber der Großhandelspreis etwas zurückgegangen, sodas für den Kleinhandel sicherlich keine begründete Ursache für eine Preiserhöhung vorliegt. Allerdings sind auch die Großhandelspreise außerordentlich hoch, aber sie sanken doch nun wieder unter den Satz des Jahres 1908. Damals ist der Kleinhandelspreis nicht über 1,30—1,40 M. hinausgegangen. Wie im Großhandel die Preise gegenüber dem Jahre 1907 hinaufgeschneit sind, veranschaulicht die folgende Zusammenstellung. Es notierten am gleichen Tage (2. März) nach dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallenleitung 50 Kilogramm franko Berlin:

	1907	1908	1909	1910
	M.	M.	M.	M.
Ia . . .	114—116	130—132	118—122	128—132
IIa . . .	110—114	124—126	112—118	126—128
IIIa . . .	107	120—124	105—110	112—120
Abfallende .	95—100	115—120	100—104	105—112

Die Regierung und das Zentrum haben sich mit Eifer und Erfolg bemüht, den Agrariern und Händlern die Voraussetzungen zu solchen Preissteigerungen zu schaffen. Verteuerung des Viehes durch Zoll- und Grenzsperrn, Einfuhrerleichterungen für Milch und Butter usw. Jetzt fehlt nur noch ein Zoll auf Milch und Butter, wie ihn die Junker wünschen, dann werden die meisten Arbeiter Naturbutter bald nur noch dem Ramen nach kennen.

Weizenpreise.

Die Preisabschlüsse, die verschiedene Male erfolgten, wurden immer wieder von Zunahmen abgelöst, so daß der Weizenpreis jedenfalls noch überall in Deutschland höher als im Vorjahre steht. So notierte der Großhandelspreis für Weizen in Berlin im Januar pro Tonne 237,06 Mark gegen 209,68 Mark im Vorjahr, in Danzig betrug er 231,81 gegen 209,68, in Frankfurt a. M. 234,50 gegen 213,50, in Leipzig 230,50 gegen 200,17, in München 239,00 gegen 218,00. In der dritten Februarwoche wurde in Berlin für eine Tonne Weizen 225—228 Mark bezahlt, im Vorjahr zu genau derselben Zeit 217—220. In anderen Orten ist die Differenz zum Teil noch größer.

Wiederum 25 Prozent Dividende bringen die Adler-Werke vom Meyer zur Vertellung. Das Geschäftsjahr 1908/09 erbrachte einen Reingewinn von 2 308 410 Mark gegen 1 870 050 Mark im Vorjahre.

Das heilige Eigentum. Wie berichtet wird, will der amerikanische Getreideproduzent James A. Vatten sich ins Privatleben zurückziehen. Sein Vermögen wird auf 400 Millionen Mark geschätzt. Dieses nun gebilligte Eigentum hat er in der Hauptsache durch Machinationen an der Getreidebörse „verdient“. Er hat den Armen und Kernsten das Brot verteuert. Wer von den bedürftigen Armen ihm einen Pfennig abnimmt, wird natürlich als Dieb bestraft, Vatten aber ist ein Ehrenmann und spielt viellecht auch bald sich als gottgefandter Wohlthäter der Menschheit auf.

Vom amerikanischen Eisenmarkt berichtet „Iron Age“, daß Großabnehmer zu nachgehenden Preisen einkaufende Wänter. Der Stahltruf hat seine Roheisenproduktion von 96 Proz. der Leistungsfähigkeit im Januar auf 91 Proz. im Februar eingeschränkt.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen und Mädchen, in den Wahlrechtskampf!

Immer höher gehen die Wogen des Wahlrechtskampfes in Preußen! Zu der Empörung über den Beschelsatz von Wahlrechtsvorlage und der Erbitterung über die Angriffe und die Herabwürdigung des Reichstagswahlrechts durch den Reichstagsler gestellt sich der Horn über den Volksvertrag der Konservativen und Zentrumler in der Wahlrechtskommission des Landtages.

Außerdem ist die Empörung des Volkes aufs neue aufgeschwelen durch die blindwütigen Angriffe der Polizei auf die Wahlrechtsdemonstranten, wie sie aus Halle, Frankfurt a. M., Königsberg und Neumünster gemeldet wurden.

Zu immer wuchtigeren Angriffen auf das elende Wahlrechtssystem in Preußen, zu immer gewaltigeren Demonstrationen und Kämpfen peitscht Empörung und Horn das Volk auf.

Bei diesen Kämpfen aber soll Ihr, Frauen und Mädchen des Volkes, in den ersten Reihen stehen!

Wedenkt, daß Ihr als Erwerbstätige oft schlimmer denn ein Lasttier fronen müßt, daß Ihr als Mütter, beim Akte der Geburt, oft dem Tode ins Auge geschaut, daß Ihr als Steuerzahler zu den Lasten der Staatsverwaltung beitragen müßt, aber als Staatsbürgerinnen den Selten gleichgestellt seid, nach dem Willen der Regierung und der Herrschenden auch bleiben sollt, und daß fernher die Polizei bei den Angriffen auf die Wahlrechtsdemonstranten Euch und Eure Kinder so wenig schonte wie die Männer. Das vergessene Blut Eurer Schwestern und Brüder, es mahnt Euch täglich, kühnlich, nicht zu erlahmen im Kampfe, bis der Kampfspreiß errungen ist: Das freie Wahlrecht für Mann und Weib! Deshalb, Ihr Frauen und Mädchen Preußens, schließt die Reihen, werdet neue Kampfgewinninnen aus den Reihen der noch Fernstehenden.

Licht Euren Weibchen in die Fabriken und Werkstätten, in die Säben und Kontore, in die dampfen Stuben der Heimarbeit und in die engen Wohnungen der Kleinstadlerinnen; auf dem Felde und auf Bauern, allwo Eure Arbeitsschwester in schwerer Tagesfron sich mühen, laßt ihn vernehmlich werden. Sagt allen, daß die Stunde gekommen ist, die Großen von ihnen fordert, die von ihnen fordert, daß sie sich ihres Rechtes bewußt sein sollen und im Bewußtsein ihres Wertes stolz erhabenen Hauptes zu fordern, was man ihnen solange vorenthalten hat: Volles Staatsbürgerrecht!

Sagt ihnen, daß nur die Sozialdemokratie mit ihnen und in ihrem Namen dieses Recht fordert und erkämpft und daß sie als Kampfgewinninnen in die Reihen der Sozialdemokraten zu treten haben, um mit Einsetzung der ganzen Persönlichkeit den heiligen Kampf zu führen unter der Parole:

Gegen die Reaktion! Für die Volksherrschaft!

Weibliche Staatsangehörigkeit in England.

Die in einem Artikel des „People“ berichtet wird, gehen die Bestrebungen der russischen Frauen auf Aufnahme in den Staatsdienst schon auf mehr als fünfzig Jahre zurück. Die Regierung verhielt sich jedoch erst ablehnend. Indessen zwang die Not des vom Kapitalismus bedrängten Mittelstandes zur Veränderung dieser Auffassung, die noch 1875 in einem ausdrücklichen Verbot, Frauen in Regierungsämtern zu beschäftigen, zum Ausdruck gekommen war. Seitdem ist die Verwaltung zur Annahme von weiblichen Angestellten in großem Maße übergegangen; und so lieber, als sie damit die Möglichkeit zu einer geistigen Lohnrückbildung erhielt. Die Bezahlung beträgt im Anfang nur 40 M. im Monat und steigt alle fünf Jahre um 8-12 M., so daß die große Mehrzahl 20-25 Jahre im Dienst sein muß, um 80 M. zu verdienen. Dazu sind alle höheren Posten den Frauen verschlossen. Unter solchen traurigen Bedingungen arbeiten rund 90 000 Frauen bei den Eisenbahnen, 50 000 an der Post usw.

Dazu kommt die unerträgliche Bevormundung. Trotz ihrer früher ausgeprochenen Verehrung des natürlichen Verfalls der Frau tut die Verwaltung alles Mögliche, ihren Mitarbeiterinnen das Heiraten zu erschweren. So nimmt die Post nur ledige Frauen von 18-30 Jahren an. Zu heiraten ist ihnen nur gestattet, wenn sie einen Beamten des gleichen Ranges wählen. Schon die Verehrung mit einem Beamten anderer Art zieht Entlassung nach sich. Der Generalpostmeister hat diese seltsame Vorschrift vor kurzem einem Journalisten gegenüber damit begründet, daß die weiblichen Angestellten besser unterrichtet und gebildet seien als die männlichen. Um das Niveau dieser letzteren zu heben, sollen die weiblichen Kollegen sich mit ihnen verheiraten. In anderen Verwaltungen dürfen Frauen heiraten, müssen aber ausscheiden, sobald sie Wäiter werden. Eine Ausnahme davon macht allein der Rechnungshof. Doch müssen auch dort die Frauen nach dem fünften Monat der Schwangerschaft ihren Dienst unterbrechen und ihre Niederkunft ohne Anspruch auf Gehalt erwarten.

Verfassungen.

Der Deutsche Transportarbeiterverband hatte am Sonntagmorgen seine Mitglieder aus den Brauereien und Biernebelgeräten Berlin und Umgebung im Gewerkschaftshaus versammelt. Der Tätigkeitsbericht der Branchenleitung stand zuerst auf der Tagesordnung. Als nächstes berichtete der Vorsitzende, daß das vergangene Jahr eine sehr umfangreiche und schwierige Agitationsarbeit er-

forderte. 97 Verhandlungen mit den Brauereien waren notwendig und zahlreiche Beschwerden kamen zu einer günstigen Erledigung. Dreimal wurde das Einigungsamt in Anspruch genommen. 228 Betriebsversammlungen, 52 Branchenversammlungen, 28 Vertrauensmännerkonferenzen und 33 sonstige Sitzungen fanden statt. Die Mitgliederzahl ist gewachsen, sie betrug für Bierfahrer 1988 gegenüber 1884 am Schlusse des Jahres 1908, und für Kellerarbeiter in Mineralwasser-, Wein- und Biernebelgeräten am Schlusse des Jahres 1908. Viele Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsbedingungen in verschiedenen Betrieben wurden erzielt, und viel Säuh und Hilfe konnte den Mitgliedern gewährt werden; so wurden 2200 M. an Krankenunterstützung, 4300 M. an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt und in 52 Fällen gewährte der Verband Rechtschutz. — Als nächstes berichtete der Vorsitzende auf den gegenwärtigen Stand der Dinge in der Tarifbewegung aufmerksam und mahnte zu einer regen Agitation für den Verband. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Neuwahl der Branchenleitung, machte der Vorsitzende bekannt, daß in der Vertrauensmännerversammlung beschlossen worden ist, die Branchenleitung dahin zu erweitern, daß statt der bisherigen neun Personen 17 daran teilnehmen je nach den verschiedenen Gruppen, die vertreten sein sollten. Auch die jugendlichen Arbeiter wünschten in der Branchenleitung vertreten zu sein und die Versammelten waren damit einverstanden, wie auch mit dem Vorschlag der Vertrauensmänner.

Der Vorstand des dritten Kreises ersucht uns um die Mitteilung, daß die zur Kaiser-Localfrage angenommene Resolution von der Generalversammlung mit allen gegen 10 Stimmen angenommen sei. Gleichzeitig sei berichtet, daß nicht Hinz, sondern Hing ausführte, daß Kitzdorf genug passende Lokale habe.

Berichtigung. Der Bericht der Generalversammlung im fünften Kreis läßt sich beim Bericht der Prekominmission sagen: daß durch die Kündigung des Genossen Davidsohn eine Vakanz nicht entstanden sei. Diese Fassung kann leicht zu einer Misslegung führen, die dem Genossen Davidsohn ungünstig wäre und auch im Widerspruch mit meiner Auffassung über seine Tätigkeit in der Redaktion stände. Ich habe lediglich zum Ausdruck bringen wollen, daß die notwendige Regelung der Ressortbesetzung und eine eventuelle Ausschreibung erst später stattfinden werden. Otto Weis.

Vermischtes.

Gewaltiger Erdschlag. Wie aus Paris gemeldet wird, hat sich in der Nähe der Stadt Caen bei St. Girons ein bedeutender Erdschlag ereignet. Man glaubt, daß derselbe durch die Arbeiten an der Eisenbahnlinie, die die Pyrenäen von St. Girons nach Salau de Perida durchschneidet, herbeigeführt worden ist. Eine Masse von Erde und Felsen von ungefähr 70 000 Kubikmeter ist in der vorgerückten Nacht zusammengebrochen und hat das Bett des Salatflusses vollständig ausgefüllt. Infolgedessen ist eine bedeutende Steigung des Flusses eingetreten. Der Kanal, der die Fabriken von Dordex mit Wasser speist, ist ebenfalls aus seinen Ufern getreten und hat die Fabriken unter Wasser gesetzt; man befürchtet den Einsturz der Grundmauern. Die Maschinen stehen im Wasser. Auch begt man Befürchtungen für eine große Anzahl von Gebäuden auf der linken Seite des Flusses, da das Wasser in fortwährendem Steigen begriffen ist und die Schaffung eines Abzugskanals durch die niedergegangenen ungeheuren Erd- und Felsmassen unmöglich ist.

Kleinbahn-Zusammenstoß. Aus Mansfeld wird vom gestrigen Tage gemeldet: Heute vormittag stießen auf der Strecke Kloster Mansfeld und Schloß Mansfeld zwei Wagen der elektrischen Kleinbahn infolge dichten Nebels zusammen. Ein Wagenführer wurde schwer, drei andere Fahrbeamte und drei Fahrgäste wurden leicht verletzt.

Die Opfer der Lawinentafastrophe.

Einer Meldung aus Everett (Washington) zufolge sind bisher aus dem im Kaskadengebirge von einer Schneelawine verschütteten Zuge 60 Leichen geborgen worden.

Die Verkehrsstörungen in Nordamerika. Aus New York wird gemeldet: Von den Nordamerika durchquerenden Pacificbahnen halten nur die Strecken im Süden den Verkehr ungehindert aufrecht. Die Central Pacific, die Northern Pacific, die Great Northern und die anderen nördlichen Bahnen haben den Verkehr dort eingestellt, wo die Linien durch Ueberflutungen oder Lawinen gesperrt sind.

Wirtschaftlicher Marktbericht der holländischen Marktbörsen-Direktion über den Großhandel in den Central-Marktbörsen. Marktlage: Fleisch: Futur stark, Geschäft reger, Preise für Kalbfleisch ansehend, sonst unvariiert. Weizen: Futur knapp, Geschäft schleppend, Preise gut. Getreide: Futur in holländischer reichlich, sonst knapp, Geschäft sehr reger, Preise gut. Rindfleisch: Futur genügend, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert, für Rindfleisch nachgebend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unvariiert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Futur genügend, Geschäft matt, Kartoffeln fast unvariiert, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am	
	2. 3.	1. 3.	2. 3.	1. 3.
Remel, Tünn	521 ¹	+8	526	-26
Bregel, Inherburg	168	-10	164	-4
Weiße, Horn	280	+14	285	+1
Ober, Rasthof	254	-23	231	0
Strosen	207	+7	214	0
Brandst.	205	+14	219	-53
Barthe, Schimm	104	-4	100	-26
Landberg	120	-2	118	-13
Rege, Borsdam	75	0	75	-4
Eide, Lemmerh	137	-1	136	-10
Tredde	90	+8	98	-10
Barde	318	+13	331	-11
Wagdeburg	204	+11	215	-59

*) + bedeutet Hoch, - Fall. — *) Unterpegel. — *) Schollen-treiben.
Die Eisbildung in der Remel bei Schmalteilingen hat sich gestern um 5 Uhr nachmittags gelöst, und der Wasserstand ist dort (selbst um 11 Uhr) gesunken. Weiter unterhalb ist das Eis bis jetzt in Bewegung geblieben und sind Wasserstände von gefährlicher Höhe nicht eingetreten.

Briefkasten der Redaktion.

§. 58. Die Gerichtskosten werden in solchen Fällen alljährlich erhoben. Um den Prozeß zu beendigen, veranlassen Sie die neue Ladung. — D. S. 100. Eine Forderung zum lebenden Heere kann nicht mehr erfolgen, jedoch können Sie zu drei Forderungen von 10, 6 und 4 Wochen herangezogen werden. — D. S. 70. Sofern die Wägen schon bei Ihrem Einzuge vorhanden waren, fordern Sie den Eigentümer unter Bezug einer Frist zur Beilegung auf; sonst er dieser Aufforderung nicht nach, so lassen Sie die Wägen durch geeignete Mittel entfernen und verlangen, eventuell durch Klage, Erhaltung der Unkosten. — D. S. 10.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
2. Berl. Reichstagswahlkreis.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Helfer
Eugen Preukschat
am 28. Februar an Nierenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 4. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Luther-Strahlfhofes in Lantow aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Seriensatzgesellschaft Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Stöher
Karl Schneider
am 1. März an Magenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 4. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gnaden-Kirchhofes in der Barbusstraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet.
112/15 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Withood, den 2. März, verschied nach kurzem, schwerem Leiden infolge eines Unfalles unser langjähriger, treuer Mitarbeiter, der kühner Herr
Rudolf Rothe.
Sein unermüdetes Fleiß, seine Gewissenhaftigkeit und Pünktlichkeit führen ihm bei uns ein ehrendes Andenken weit über das Grab hinaus!
Mineralwasser-Fabrik Apotheker
E. Sicking
Inh. Gehr. Schwaneok.
Berlin, den 2. März 1910.

Hühner, junge, beste
lokal festliegende Brantfinken, Brant- oder hochbeinige Hähnen, empfiehlt unter Garantie für Reinkind
Wagner, Berlin SO., Wariannenstraße 34.
Stafshalen
Liefen direkt an Eisenermeister. Anfragen unter J. V. 6416 befördert
Rudolf Rosse, Berlin SW.
Blumen- u. Kranzbinderei
Aug. Krause,
Wiener Straße 7,
Liefert Vereinskränze usw. billig.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund
Gau Berlin.
Die Übungsstunde und Ausschusssitzung
am 6. März 1910 findet nicht statt.
17/8 Der Vorstand.
Die nächste Übungsstunde findet am Sonntag, den 8. April statt (siehe Inserat am 27. März).

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Stratoner Viertel.
Bezirk Nr. 337.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Wächter
Max Wiebach
Müderdorfer Straße 1
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. März, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband deutscher Textilarbeiter.
Filiale Berlin.
Bezirk Köpenick.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Wilhelm Kunze
am 2. März an Schlaganfall gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Nordmaler Friedhofes aus statt. — Rege Beteiligung erwartet
197/8 Die Ortsverwaltung.

Wenn Sie Salamanderschuhe kaufen, sparen Sie an der richtigen Stelle. Er vereint Eleganz, Passform und Haltbarkeit, mit billigem Preis.
Fordern Sie Musterbuch, V
Einheitspreis . . . M. 12.50
Luxus-Ausführung M. 16.50
Salamander
Schuhges. m. b. H., Berlin
W. 8 Friedrich-Strasse 182
C. König-Strasse 47
SW. Friedrich-Strasse 221
C. Rosenthaler Tor
W. Potsdamer Strasse 5
NW. Wilsnacker Strasse
Ecke Tau-m-Strasse 9
W. Tauentzien-Strasse 15
N. Brandstrasse 20
Spandau, Breite Strasse 30
Neu eröffnet: Steglitz, Schloß-Strasse 20.

Ohne jede Anzahlung
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(Einmal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preiszuschlag.
Für jedes Instrument gewähre ich 3jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf., Ecks Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.
35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Sie sparen Geld! Wenn Sie
Möbel direkt an Engrospreisen
in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen
(Ortsverwaltung Berlin I.)
Am 1. März verstarb nach längerem Leiden unser Mitglied
Hermann Schulz
an der Prostataerkrankung im Alter von 50 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 4. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Wilsnacker-Kirchhofes in Wilsnacker, Wilsnacker Straße 110/120, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, der Lackierer
Martin Hupfeld
am 1. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 4. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Friedhofes in der Landberger Allee aus statt.
128/18 Die Ortsverwaltung.

Malchower Kautabak
(Mecklenburger)
aus der Fabrik von **Joh. Dannehl, Malchow.**
General-Vertrieb durch:
Karl Röcker, Berlin O. 27, Grüner Weg 112, Amt VII, 8661.
Tabakfabrik. — Zigarren, Zigaretten en gros.
Hauptniederlage v. G. A. Hanowacker, Grimm & Triefel, Mühlhäuser, Dänischer und des Kapitän-Kautabak.

Gesundheit ist Reichtum!
Bade Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt“
Große Frankfurter Str. 136.
Medizinische Bäder aller Art
in wirklich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen 465L und Herren.
2 Wannenbäder mit je 2 Handtuchern 75 Pf. (40 Minuten Badzeit.)
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Danksagung.
Allen Verwandten, Freunden, Genossen und Genossinnen sowie Bekannten für die herzliche Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Dw. Marie Walter und Kinder.
Zuffenstraße 35. 197/18

Achtung! Gewerkschaften! Achtung!

Die Gewerkschaften Berlins und Umgegend werden hiermit ersucht, wegen des am 6. März veranstalteten

≡ Ausfluges nach Treptow ≡

keine Versammlungen anzuberaumen noch abzuhalten.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Dienstag, den 8. März 1910:

Gemeinsame General-Versammlung

für die Orte

Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg, Weißensee
im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15 (Saal 4).

Tages-Ordnung:

80/2

Die Verhandlungen mit den Unternehmern und die weiteren Vertragsabänderungen.
Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15
Saal 4 (ArbeitslosenSaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Zur Beachtung!

Am Sonnabend, den 5. März, werden wegen des Kostümfestes die Beiträge auf den Zahlstellen von 7 bis 9 Uhr fällig.

Am 27. März (1. Osterfeiertag) findet eine Kranzaufführung statt. Eröffnung nachmittags um 4 Uhr, Vorstellung um 5 Uhr.
Im Firmenglanz des Ober-Engadin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col L. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1967.

Montag, den 7. März:

Bezirks - Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

- Norden: Pharus-Säle, Müllerstr. 142, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Obiglos Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Franke Festsäle, Badstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.
- Moabit: Frachtsäle Nord-West, Diefelstraße 24, abends 8 1/2 Uhr.
- Westen und Schöneberg: Wiclochs Restaurant, Granowalderstraße 82, abends 8 1/2 Uhr. Reswahl der Bezirksleitung.
- Osten und Lichtenberg: Litlins Festsäle, Wemeler Straße 67, abends 8 1/2 Uhr.
- Stralau und Rummelsburg: Blumes Restaurant, Alt-Borghagen 56, abends 8 1/2 Uhr. Reswahl und Reswahl der Bezirksleitung.
- Süden und Südost: Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (Saal 4), abends 8 1/2 Uhr.
- Tegel: Borsigwalder Festsäle, Borsigwalde, Spandauer Straße, abends 6 Uhr.
- Rixdorf: Vereinsbrauerei, Hermannstr. 214, abends 8 1/2 Uhr.
- Steglitz: Schellhasen Festsäle, Ahornstraße 15 a, abends 8 1/2 Uhr.
- Charlottenburg: Volkshaus, Rosenerstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
- Weißensee: Roskopfs Restaurant, Königs-Chaussee 38, abends 8 1/2 Uhr.
- Köpenick u. Friedrichshagen: Gesellschaftshaus, Friedrichshagen, Friedrichstr. 69, abends 8 1/2 Uhr.
- Spandau: Restaurant Vorwärts, Schönwalder Straße, abends 8 1/2 Uhr.
- Ober-Schöneweide: Restaurant Wernke, Wilhelmminnenhofstraße 18, abds. 8 1/2 Uhr.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zur Generalversammlung.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreichen Besuch erwartet. 112/14
Die Ortsverwaltung.

Herren - Vortrag.

Heute, Freitag, den 4. März, abends 9 1/2 Uhr, spricht Herr Spezialarzt Dr. Karl Reinhardt im Restaurant H. Niehe, Schöneberg, Hauptstr. 5 (am alt. Botan. Garten) über:
Haut- und Harnleiden
wichtige u. schmerzliche mit marktschreierischer Reklame angelegte Heilmethoden. Jeder Kranke besuche im eigenen Interesse diesen Vortrag.
Eintritt frei. 276/10

Tischler-Verein E.H. 89.

Sonnabend, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:

Versammlung.

Vortrag (mit farbigen Lichtbildern) des Herrn E. Boom über: „Die Wunder der Tiefsee“. Verschiedenes. 198/6
Werte (Damen und Herren) haben Zutritt. Der Vorstand.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
Die Touren am nächsten Sonntag fallen aus.

Donnerstag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr: Samariterführung bei Lehmann, Neue Friedrichstraße 1. Verbandstaschen mitbringen. Erscheinen aller ist Pflicht.



Auch nach der jetzt wesentlich höheren Steuer auf Cigaretten werden

JOSETTI JUNO

CIGARETTEN

in unveränderter Güte hergestellt, da wir vollen Wert darauf gelegt haben, dieser Marke Ihre besonderen Vorzüge in jeder Beziehung zu erhalten.
Josetti-Juno-Cigaretten m. u. o. M. 10 Stck. 20 Pf.

JOSETTI Cigarettes JOSETTI Cigarettes

Die teure Zeit

zwingt so manchen Herrn, küsserst sparsam zu sein.

Wie kann man sparen?

Wenn Sie Ihren Bedarf an guter, dauerhafter Herrengarderobe nur im Verleihhaus feiner Herrenmoden, Leipzigerstr. 59, am Spittelmarkt, decken, so erschleicht sich Ihnen dauernd

Eine Quelle des Wohlstandes

Es gelangen täglich grosse Posten Herrengarderoben: über 2000 Anzüge, Paletots und Hosen als Gelegenheitskäufe (einzelne Reismuster aufs feinste gearbeitet) zum Verkauf. Wer vorteilhaft einkauft, kann billig verkaufen. Überzeugen Sie sich

Anzüge	6 50	10 50	16 50	22 00
Paletots	6 50	9 75	15 00	19 50
Hosen	1 50	2 75	4 50	6 25

Verleihhaus feiner Herrenmoden

Leipzigerstr. 59, am Spittelmarkt.

Verleihung von Anzügen, Paletots und Hosen auf Tage, Wochen, Monate

Daselbst Verkauf von wenig getragenen und kurze Zeit verliehen gewesenen Anzügen.

Eingetroffen sind:

Muster-Coupons u. Reste

für Anzüge, Paletots, Kostüme usw.

direkt aus der Fabrik.
Enorm billig! Meter 2.-, 3.-, 4.-, 5.- Mark.
Nur Saison-Neuheiten!

Spezialhaus moderner Herren- und Damenstoffe.
Koch & Seeland Gesellschaft m. b. H.

BERLIN O., ROßSTRASSE 2, Sonntags geöffnet.

Aluminium Garantiert Rein!

Heute, Freitag, den 4. März, eröffne ich im Laden Krausenstraße 63 einen Filial-Verkauf meiner guten und sehr billigen Fabrikate. Der Verkauf geschieht ohne Zwischenhandel und kann sich bei diesen billigen Preisen ein jedermann ein Stück Gutes Garantiert Rein Aluminium-Kochgeschirre zulegen.

Carl Meinhardt, Ing. Alexander Peltter,
Rein Aluminium-Kochgeschirrfabrik Erfurt.

Fruchtweine

kräftig und abgelagert
sind billiger, wohlschmeckender und nahrhafter als

Branntwein!

Johannisbeerwein, herb und süß	1/2 Flasche 60 Pf.
Heidelbeerwein, herb und süß	1/2 " 35 "
Stachelbeerwein, süß	1/2 " 35 "
Himbeerwein, süß	1/2 " 35 "
Kirschwein, süß	1/2 Flasche 70 Pf.
Brombeerwein, süß	1/2 " 40 "
Erdbeerwein, süß	1/2 " 40 "

Zu haben in allen Geschäften, welche unsere Waren führen!

Fruchtweine

sind für Schankwirte zum Ausschänken aus dem Fasse sehr vorteilhaft; Schankwirte und Wiederverkäufer erhalten bedeutende Preisermäßigung.

Hermann Meyer & Co. Akt.-Ges.

Berlin N., Watt-Str. 11/12. 4066L*

Arbeiter=

Bekleidung — Berufskleidung.

Größtes Spezialgeschäft.

Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft Alexanderstr. 12.
Landsberger Allee 148. Rixdorf: Bergstr. 66.

Heute Freitag Extra-Zahlabend in Groß-Berlin in den Bezirkslokalen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Auf Anfragen teilen wir mit, daß uns in Marienfelde (Zeltow-Beeslow) außer dem gestern genannten Lokal „Festhalle“, Kirchplatz 2, die Lokale: Oswald Fischer, Langestr. 31, und Wilhelm Gradnig, Langenammer Straße, nach wie vor zur Verfügung stehen. Die Lokalkommission.

Großlichterfelde. Der Extra-Zahlabend findet auch hier statt. Für den Diten im Kaiserhof und für den Westen bei Wahrensdorf und im Schultheiß-Restaurant, Ringstraße, Ede Holbeinstrasse. Der Vorstand.

Friedenau. Der heutige Extra-Zahlabend findet auch für unseren Ort statt. Der Vorstand.

Steglitz. Der Extra-Zahlabend findet auch in unserem Orte heute Freitag statt.

Zehlendorf (Wannseebahn). Heute Freitag Extra-Zahlabend in allen Bezirken. Der Vorstand.

Johannisthal. Auch in unserem Orte findet heute abend bei Sobin ein gemeinsamer Zahlabend statt.

Mariendorf. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Lulas, Königstraße, ein gemeinsamer Zahlabend statt.

Marienfelde. Der Wahlverein feiert am Sonnabend, den 6. März, im Lokal des Genossen Ad. Berger, Berliner Straße 114, sein Stiftungsfest, bestehend in Theateraufführung, Verlosung, Prämienziehen und Ball. Anfang 8 Uhr, Eintritt 25 Pf. Da weder Wägen noch Kassen geschickt sind, werden die Genossen und Genossinnen ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Reinickendorf und Umgebung. Am Sonntag früh findet in sämtlichen Orten des Bezirkes eine Flugblattverbreitung statt. Die Flugblätter sind von den Bezirksführern der einzelnen Orte zu entnehmen. Die Bezirksleitung.

Röpenitz. Auch hier findet heute der Zahlabend in den bekannten Lokalen statt. Der Vorstand.

Nichtenrade. Am Sonnabend, den 6. März, findet bei R. Deter, Bahnhofstraße, die ordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Königs-Wusterhausen. Sonntag, den 6. März, mittags 1 Uhr, findet im Lokal Wedhorns altes Schützenhaus eine gemeinsame Demonstrationssammlung für folgende Wahlvereine statt: Königs-Wusterhausen, Gieswalde, Großbelsen, Rittenwalde, Schenkenberg, Senzig, Jernsdorf. Tagesordnung: Wahlrechtsfrage, Volksentscheidung. Hierzu Sonnabend abend 8 Uhr für sämtliche Wahlvereine von den bekannten Bezirkslokalen aus Flugblattverbreitung. Der gemeinsame Spaziergang findet am Sonntag um 12 1/2 Uhr vom Königs-Wusterhäuser Bahnhof aus statt.

Borsow. Morgen Sonnabend, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr, findet vom sozialdemokratischen Wahlverein ein Vergnügen im Saale von O. H. K. Kreuzstr. 3/4 statt. Küber einer Theateraufführung „Achtung! Bombe!“, ein Friedensfest an der Bank, finden Verlosungen und Volksbelustigungen aller Art statt. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Tegel. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: „Sozialdemokratie und Gemeindepolitik“. Referent: Stadtverordneter Genosse Dupont-Berlin. Genossen und Genossinnen! Giltet für Massenbesuch. Am Sonntag, den 6. März, früh 8 Uhr, finden sich die Genossen und Genossinnen in ihren Bezirkslokalen ein zu wichtiger Parteiarbeit. Die Bezirksleitung.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Heute Freitag in allen Bezirkslokalen Extra-Zahlabend. Die Bezirksleitung.

Wilhelmsruh. Die am Dienstag, den 1. März, vertagte Mitgliederversammlung findet heute, Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal von Kollmann, Kronprinzenstraße 2, statt. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-Öst. Der Zahlabend für den 1. Bezirk findet heute bei Hirsch, Amendstr. 83, statt, die übrigen in den bisherigen Lokalen. Beginn pünktlich 8 Uhr. Die Bezirksleitung.

Spanbau. Zu dem am Sonntag, den 6. März, 8 Uhr, im Hofenfelde stattfindenden Massenmeeting findet heute Freitag, den 4. März, abends 7 Uhr, eine allgemeine Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus statt.

Partei-Genossen, Gewerkschafts-Kollegen! Wir erwarten eine rege Beteiligung, da uns die Anschlagstulen zur Bekanntmachung der Versammlung nicht zur Verfügung stehen. Der Kreisvorstand.

Berliner Nachrichten.

Das Unterrichtsweisen der Stadt Berlin

beschäftigte am Mittwoch den mit der Vorberatung des städtischen Etats betrauten Ausschuss. Mit Argusaugen wird jeder einzelne Etat darauf geprüft, ob sich nicht irgendwo noch Abstriche machen lassen, um das Endziel der Keckheit, auf 100 Proz. zu kommen, zu erreichen. So wurde beim Etat der Fachschulen die Tatsache erörtert, daß die Schulen von vielen in Vororten wohnenden Personen besucht würden und daß dafür Sorge getragen werden müßte, daß für diese Kategorie von Besuchern ein höheres Schulgeld erhoben werden müßte, weil die Vororte für das Fachschulwesen gar nichts täten. Beispielsweise beständen die Besucher der Gärterschule zu 3/4 aus Vorortbewohnern. Der Magistratsvertreter legte dar, daß die zuständige Deputation in Erwägung darüber eingetreten sei, ob für einzelne Schulen eine Veränderung des bestehenden Zustandes eintreten könne, aber so allgemein mit einer Schulgeldderhöhung für Auswärtige vorzugehen, könne nicht aus dem Handgelenk heraus beschlossen werden. Von anderer Seite wurde bemerkt, daß die Verhältnisse bei unserem Fachschulwesen sehr verschieden lägen und sehr kompliziert seien. Mit verschiedenen Innungen beständen Verträge, nach denen die Innungen Beiträge leisteten, in einigen Fällen gebe auch der Staat Zuschüsse; dazu käme, daß viele Gesellen bei Berliner Meistern arbeiteten. Es läge doch im Interesse unserer Gewerbetreibenden, daß möglichst tüchtige Arbeiter herangebildet würden. Schließlich wurde mit 8 gegen 7 Stimmen beschlossen, daß der Magistrat in Erwägung ziehen solle, ob vom April 1911 ab für auswärtig wohnende, die hiesigen Fachschulen Besuchende erhöhte Schulgelder eintreten könnten.

Beim Etat der Pflichtfortbildungsschulen wurde von unseren Genossen die Ausübung des Strafsystems durch die Direktoren einzelner Schulen besprochen. Einzelne Direktoren verfahren sehr willkürlich und mit einer großen Härte, die nicht gerade auf tüchtige pädagogische Leitung

schließen ließe. Das trafe vor allem auf die von Herrn Dageförde geleitete Anstalt in der Wartenburgstraße zu, in der an Sonntagen oft 20 und mehr Schüler Strafen verbüßen müßten. Der Magistratsvertreter sprach davon, daß mit größter Milde verfahren würde. Es werde jetzt eine Nachweisung der verhängten Strafen eingefordert, aus welcher der Grund und der Umfang der an den einzelnen Schülern vollstreckten Strafen ersichtlich sein soll.

Die wichtigste Erörterung erfuhr der Etat der Gemeindefschulen. Von sozialdemokratischer Seite wurde auf Unzulänglichkeit des Gemeindefschulrats hingewiesen, der durch Streichung von zirka 3 Millionen Mark durch den Rämmerer in ganz unverantwortlicher Weise gekürzt worden sei. Diese Politik sei eine sehr kurzfristige und würde sich schwer rächen. Für als dringend bezeichnete Schulbauten seien nicht einmal erste Vauraten eingestellt worden, nur bei vier längst beschlossenen Schulen sei das der Fall, und zwar bei den Schulen in der Antonstraße, Scherenbergstraße, Ibsen- und Bestenloferstraße. Wenn in diesem Jahre so gekürzt würde, so machten sich doch im nächsten und in den folgenden Jahren die Ausgaben um so dringender bemerkbar; man spare nicht nur nichts, sondern schade der Allgemeinheit. Der Rämmerer suchte diese Darlegungen zu entkräften durch den Hinweis auf die in den letzten Jahren für Schulen verbauten Summen. Die Bevölkerung nähme nicht in dem Maße zu, in dem gebaut würde, zudem seien ja die dringendsten Mittel bewilligt. Vertreter der Mehrheit glaubten die Gelegenheit benutzen zu sollen, von diesem mageren Etat noch weitere Summen zu streichen; es wurde beantragt, 700 000 M. abzusetzen. Später stellte sich die Unmöglichkeit heraus, da die für vier Schulen geforderten Summen Restsummen waren und daß die Schulen schon ziemlich fertig sind. Im Oktober sollen sie bereits bezogen werden. Nach lebhafter Debatte wurde der Antrag schließlich zurückgezogen, dafür aber ein neuer Antrag gestellt, bei den vier oben genannten Neubauten 100 000 M. zu streichen. Die Debatte kam nicht zu Ende und soll Freitag fortgesetzt werden. Festgestellt wurde aber, daß diese Neubauten so dringlich sind, weil sie Ersatz schaffen sollen für Mietschulen und Voradenschulen. So wurde erklärt, daß beispielsweise die Schule in der Antonstraße die in der Panstraße liegende Mietschule aufnehmen soll, die selbst von der Regierung als für Schulzwecke ungeeignet erklärt worden sei. Die Regierung nötige die Stadt zu schnellem Ersatz.

Soweit ist es also schon mit unserer Selbstverwaltung gekommen, daß das Provinzialschulkollegium die Stadt an ihre Pflichten erinnern muß.

Die Fürsorgestelle für Geisteskrante.

die nach einer von und gemachten Meldung für Berlin geplant ist — wenn der Magistrat zustimmt —, ist vor allem bestimmt, entlassene Geisteskrante zu unterstützen und pflegen zu lassen. Aufgesprochener Jwed der Organisation ist, Rückfälle von Geisteskranten oder Verschlechterungen des Zustandes, die zur Aufnahme führen müßten, nach Möglichkeit einzuschränken.

Ueber den weiteren Jwed der begründeten Einrichtung erfahren wir:

I. Um der Fürsorgestelle die Einwirkung auf die Geisteskranten zu ermöglichen, ist es erforderlich, ihr die Unterbringung derselben in die Hand zu legen, das heißt ihr dazu Mittel zu bewilligen. Da die Fürsorgestelle im Anschluß an die Anstaltsbehandlung zu wirken hat, ist es nötig sie der Deputation, nicht der Armenverwaltung zu unterstellen. Die Fürsorge wird ausgeübt durch Beiräte, deren je einer auf die beiden städtischen Aufnahmebezirke kommt. Den Vorsitz führt in jedem der Beiräte ein Mitglied der Deputation. Zu Mitgliedern des Beirats sollen ehrenamtliche Organe in erster Linie berufen werden. Gedacht ist dabei an Mitglieder gemeinnütziger Vereine, besonders der Antialkoholvereinigungen, Anstaltsgeistliche und andere Personen, die zur Fürsorge bei Geisteskranten geeignet oder bereit sind. Dieser Beirat soll nicht nur eine beratende, sondern in erster Linie nach den unten entwickelten Grundzügen eine ausführende Tätigkeit ausüben. Dem Beirat steht ein Arzt zur Seite. Zunächst soll ein Arzt der Irrenanstalt (Arzt der Familienpflege) dazu bestimmt werden. Erst später, wenn die Einrichtung sich bewährt, kommt ein eigener Arzt in Betracht. Seine Tätigkeit im Beirat ist einmal die Aufklärung der Mitglieder über allgemeine Fragen sowie über den einzelnen Kranken; dann aber läßt er da, wo es erforderlich ist, auf Erlauchen von Mitgliedern des Beirats, Angehörigen oder des Kranken in dem unten näher erläuterten Rahmen die Tätigkeit eines behandelnden Arztes aus. Die nötigen Bureaugeschäfte, Verrechnung des Geldes, eventuell auch einzelne Pflichten, soweit sie lediglich sich auf die Fürsorge für das Vermögen erstrecken, übernimmt ein im übrigen von der Deputation reorganisierender Bureaubeamter (Magistrats-Bureauassistent). Eine oder zwei Helferinnen für jeden Beirat besorgen zum Teil die äußeren Geschäfte des Beirats und überwachen gleichzeitig die Pflichten der Geisteskranten laufend.

II. Gang der Geschäfte. In erster Linie bestimmen die Anstaltsdirektoren die Personen, die bei ihrer Entlassung unter die Fürsorge des Beirats treten. Dann aber ist die Armenverwaltung beauftragt, Personen, die wegen Geisteskrankheit sich nicht für die Pflege durch die Armenkommission eignen, der Fürsorgestelle zuzuführen. Bei den aus der Anstalt zu Entlassenden erfolgt womöglich vorher die Mitteilung der Direktion an den Beirat eventuell unter Charakterisierung des Falles, der Arbeitsunfähigkeit usw. Der Beirat sorgt 1. wenn nötig, für Wohnung oder Pflegestelle. Das Pflegegeld ist in letzterem Falle in der Regel an die Pflegestelle zu zahlen. 2. Er sucht eine Beschäftigungsstelle (nach dem Vorbild der Arbeitsnachweise für minder arbeitsfähige Straflinge). 3. Er regelt den Verkehr (Anschluß an Antialkoholvereine usw.). 4. Er unterstützt die entlassenen Geisteskranten durch Rat eventuell auch durch Übernahme der Besorgung von Geschäften oder von Pflichten. Er wird dabei unterstützt im Außendienst durch die Helferin, im Innendienst durch den Bureaubeamten. Einmal wöchentlich wird an zwei bis drei Stellen des Aufnahmebezirks eine Sprechstunde von einem oder mehreren Mitgliedern des Beirats abgehalten, bei der auch die Helferin des Bezirkes zugegen ist. Dort wird den Kranken oder ihren Angehörigen Rat erteilt, kleine Extraunterstützungen gegeben, Anweisungen auf Kleider gereicht usw. Einmal wöchentlich ist in der Sprechstunde der Arzt zugegen, um, wo vom ärztlichen Standpunkt nötig, zu raten und zu helfen. Alle wichtigeren Geschäfte erledigt der Beirat in periodischen Sitzungen.

III. Errichtung eines Probebeirats. Es soll zunächst zur Probe ein Beirat für einen Aufnahmebezirk oder einen Teil eines solchen errichtet werden. Diesem werden alle (eventuell von einer Anstalt) in den Bezirk entlassenen Geisteskranten unterstellt werden. Bezüglich einer der fürsorge unterliegenden Person in einem anderen Bezirk, so soll sie, solange als möglich, auch in ihrer neuen Wohnung von der Fürsorgestelle aus unterstützt werden.

Eine sehr unangenehme Ueberraschung erlebten am Mittwoch die von auswärts nach Berlin gereisten Eltern eines Dieners, der vor kurzem hier gestorben und am Mittwoch auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in der Liesenstraße beerdigt werden sollte. Die tiefgebeugten Eltern hatten das Verlangen, den Sohn noch einmal zu sehen und ließen daher den Sarg öffnen. Wer beschrieb ihr Erstaunen, als sie in dem Sarge die Leiche eines alten Mannes vorfanden! Die Ermittlungen, die nun angestellt wurden, hatten das überraschende Ergebnis, daß der tote 63jährige Kassenbote Ebert war, der schon am Tage vorher dort auf dem Kirchhofe beerdigt sein sollte. Das Rätsel löste sich schließlich dahin auf, daß der 23jährige Hausdiener Sch. mit dem 63jährigen Kassenboten Ebert verwechselt worden war und daß der Hausdiener Sch. bereits am Dienstag von den Angehörigen des Ebert zur letzten Ruhe geleitet war. Die Angehörigen der beiden Toten sind nun außer sich über diesen Vorfall, was man ihnen sicher nachsählen wird. Daß der Irrtum im Drange der Geschäfte vorgekommen sein sollte, ist auf dem wenig benutzten Dorotheenstädtischen Kirchhofe nicht anzunehmen. Der 63jährige Kassenbote Ebert war bei einer bekannten Bankfirma unter den Linden beschäftigt.

Eine weitere Meldung besagt: Der zuerst begrabene junge Mann ist wieder aus der Gruft herausgeholt und nach Oeffnung des Sarges aufs neue beigelegt worden. Der ältere Mann ist dann auch nach einer stillen Feier an der richtigen Stelle beerdigt worden.

Der Gummiknäuel im städtischen Obdach spielte gestern morgen eine große Rolle. Die Insassen mehrerer Säle wurden in den Verwarnungssaal geführt. Bei dieser Gelegenheit versuchte ein Obdachloser die Flucht zu ergreifen, indem er an einer zu den Oberlichtfenstern führenden Kette emporkletterte, um auf das Dach zu kommen. Dort aber wurde er von zwei Aufsehern ergriffen, die den Mann in der unmenslichen Weise mit Gummiknäueln verprügelten. Der Ergriffene wurde dann der Polizei zugeführt, die ihn mit anderen Obdachlosen mit dem grünen Wagen nach dem Präsidium bringen ließ. Und wird berichtet, daß die Aufseher den Obdachlosen gegen 30 Hiebe mit dem Gummiknäuel versetzt haben sollen. Wird dieses Vorkommnis auch wieder wie früher abgestritten werden?

Der Verprügelte soll stark geknickt haben, was auf ein Weiden schlagen ließe, vorausgesetzt, daß er nicht infolge der Prügel schwer gehen konnte.

Das geplante Lungentuberkulose-Krankenhaus.

Robert Koch, Berlins Ehrenbürger, war gestern im Rathause erschienen, um der vom Magistrat eingelegten Kommission für das Bauprogramm des geplanten Tuberkulose-Krankenhauses seinen Rat zu leihen. Professor Koch erklärte sich zunächst grundsätzlich mit dem Plan der Gemeindebehörden, ein Krankenhaus für Lungentuberkulose zu schaffen, einverstanden, riet aber dazu, dieses Krankenhaus nur für Schwindsüchtige, d. h. an offener Tuberkulose Leidende jeden Grades zu bestimmen. Die Vermehrung der Krankenbetten für dieses Leiden sei das wirksamste Mittel zur Herabsetzung der hohen Sterblichkeitsziffer an Tuberkulose. Da nun unter Kindern die offene Lungentuberkulose, bei der Tuberkelbazillen ausgehustet und in der Umgebung verstreut werden, verhältnismäßig selten vorkommt, riet Koch die neue Anstalt nur für Erwachsene einzurichten und bezwies die Seitenzahl für Männer, ein Viertel für Frauen zu bestimmen. Für den Ort des neuen Krankenhauses müßte vor allem entschieden, daß die Kranken dort trockene Luft und Sonne vorfinden. Die Lage am Walde, die für Buch innerhalb der Krankenhaus-Deputation gesprochen habe, hält er nicht für wichtig genug, um den Vorschlag zu bestimmen. Ein Bau auf einem näher der Stadt gelegenen Baugrund etwa in Rummelsburg oder Treptow könnte ebenso geeignet sein. Doch sei aus der Entfernung von Buch kein Bedenken gegen dessen Wahl herzuleiten. Der Bau müßte so einfach und schlicht wie möglich gehalten sein, dafür aber recht vielen Kranken Aufnahme in Zimmern mit nicht zu großer Belegungszahl gewähren können. Professor Koch verwies auf seine Erfahrungen in dem von ihm in seinen Hygienevorlesungen immer als Muster hingestellten Krankenhaus Mooritz und in den Gipsbienen-Paraden auf dem Charité-Grundstück, um darzutun, daß man mit sehr einfachen Einrichtungen hier vorbildlich wirken könne gegenüber dem sich in den letzten Jahren immer mehr geltend machenden Bestreben der Gemeinden, sich an Eleganz und Komfort dieser Lungentuberkulosehäuser zu überbieten. Der Vorsitzende der Kommission, Stadtrat Dr. Wegert, dankte Professor Koch für die reiche Belehrung, die die Kommission durch ihn empfangen habe und bat ihn, seine Erfahrung auch in der weiteren Entwicklung der Sache der Gemeinde zur Verfügung zu stellen, was Herr Koch gern zusagte. Der Magistrat wird in allernächster Zeit zu dieser, das ursprüngliche Bauprogramm beeinflussenden Anregungen der fast zweifelhafte Besprechung Stellung nehmen.

Vom Laßahn ins Wasser gestürzt und ertrunken. Von einem bellagewerten Gesid ist die sechzehnjährige Tochter des Schiffers Jecher betroffen worden. Das junge Mädchen litt seit Jahren an Krämpfen. Als J. nun gestern mit seinem Fahrzeug die Oberspreewasserpforte passierte, bekam die Tochter, während sie an Bord stand, einen Krampfanfall und stürzte rücklings ins Wasser. Obwohl der Anfall sofort bemerkt und Rettungsversuche unternommen wurden, konnte das Mädchen doch nur als Leiche geborgen werden.

Feuer in einer Gemeindefschule. Gestern nachmittags kurz nach 5 Uhr wurde die Feuerwehr nach der 117. und 178. Gemeindefschule in der Oberwalloder Str. 10 im Norden Berlin gerufen. Als die 25jährige dort eintrafen, brannten in der Turnhalle Kisten mit Tieren usw. Durch sames Eingreifen konnte das Feuer leicht beseitigt werden. Die Brandursache ist noch unbekannt.

Die Lohnordnung des Personals der städtischen Zentrale Buch brachte in der Mittwochssitzung des Stadtausschusses Genosse Vorkmann zur Sprache. Die Lohnsätze seien unzulänglich, die Arbeiter seien schlechter gestellt als die Angestellten in allen übrigen städtischen Anstalten. Dazu läge gar keine Veranlassung vor. Viele Arbeiter müßten in Berlin wohnen und hätten dieselben Ausgaben wie andere städtische Arbeiter. Und die in Buch wohnenden, müßten bei der Wohnungsknappheit erhebliche Mietpreise zahlen. Der Magistrat werde um Verärztung der Wünsche der Arbeiter ersucht. Der Rämmerer, der in diesen Fragen ausschlaggebend ist, denn er redet sofort dazu, gab eine Antwort, die nicht kalt und nicht warm war. Der Magistrat wolle die Sache prüfen.

Nach der Stellung, die der Rämmerer in der Stadtverordnetenversammlung zu der Lohnfrage der Arbeiter eingenommen hat, weiß man im voraus, was aus einer „Prüfung“ herauskommt, bei der er bestimmenden Einfluß ausübt. Bemerkenswert ist, daß die Zentrale sich gut entwickelt, was an der Hand der Etat eingehend nachgewiesen wurde. Der Bau eines Verwaltungsgebäudes ist in Aussicht genommen. Von dem Staatsanwalter zu diesem Zwecke wurden 50 000 M. gestrichen, obwohl sich der Magistratsvertreter heftig sträubte. Die Freude über diesen ersten „Erfolg“ war bei der Mehrheit groß.

Sich selbst bezichtigt. Eine Korrespondenz meldet: Ein Ehepaar auf Stubbenhammer in rauerischer Ablicht ermordet zu haben, hatte ein früherer Fürsorgezögling Otto Luowald der Polizei gemeldet. Die Selbstbezichtigung stand auf einem Zettel, der Anfang November auf dem Hofe des Polizeipräsidiums gefunden wurde. Es wurde in der Tat ermittelt, daß sich der Fürsorgezögling um die fragliche Zeit auf dem Polizeipräsidium befunden hatte und von dort nach der Fürsorgeerziehungsanstalt zurückgebracht wurde. Aus der Anstalt entwich er wiederum und wurde jetzt von der Kriminalpolizei wieder aufgegriffen. Er gibt zu, den Zettel gefertigt zu haben, und zwar in der Absicht, nicht in die Erziehungsanstalt, sondern in ein Gefängnis zu kommen. Er wußte, daß, wenn er auf Grund des eingeständenen Doppelmordes auf die Anklagebank gekommen wäre, er als 18jähriger Mensch nicht zum Tode, sondern nur zu einer Gefängnisstrafe verurteilt werden könnte. Im Gefängnis wollte er dann die drei Jahre zubringen, die er noch in der Erziehungsanstalt hätte zurückhalten werden können, und dann mit dem Beweise hervortreten, daß er nicht der Täter sein könne. Der Beweis soll dadurch geführt werden, daß er um die fragliche Zeit mit einem Zauberkünstler Oberwieser in Wien gereist sei. (Alle Jahre.) Dieser Zauberkünstler stamme aus Wien und sei österreichischer Offizier gewesen. Um die Wichtigkeit der Angaben des Luowald zu prüfen, ist erwünscht, daß sich der Zauberkünstler selbst oder Bekannte bei der Kriminalpolizei melden.

Ist das hier Gemeindefeld richtig, so würde von neuem betwiefen werden, daß die Behandlung in den Fürsorgeanstalten schlimmer als in den Gefängnissen ist.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin. Die Uebungsstunde und Ausschussung am 6. März findet umfährdhalber nicht statt. Siehe heutiges Inserat.

Vorort-Nachrichten.

Die Gemeindefeldbewegung.

Boghan-Rummelsburg. Die Wahlen zur hiesigen Gemeindefeldvertretung finden für die dritte Wählerklasse am Dienstag, den 8. März, von nachmittags 3 Uhr bis abends 8 Uhr statt. Gewählt wird in dem ersten, vierten, fünften und sechsten Wahlbezirk, und zwar je ein Vertreter.

Der erste Wahlbezirk, umfassend: Simon-Dach-Str. 1-7 und 39-46, Romintener Str. 27-30, Grünberger Str. 6-19, Gärtnerstr. 20-24, Gabriel-Weg-Str. 6-17, Krossener Str. 11-14, Boghaner Str. 24a, Boghaner Chaussee 7-16, wählt bei Stimmung, Simon-Dach-Str. 1. — Kandidat ist Genosse Th. Ritter.

Der zweite Wahlbezirk, umfassend: Alt-Boghan 4-36, Boghaner Chaussee 1-6, Krossener Str. 1-10, Gärtnerstr. 11-19, Wäcker Str. 1-7, Weinberger Str. 1-5 und 20-24, Orphidstr. 16-20, Dollenstr. 14-22, Neue Bahnhofstr. 18-26a, Seumstr. 13-20, Bellerstr. 26-48, Wismarplatz 1-6, wählt bei Stimmung, Simon-Dach-Str. 1. — Kandidat ist Genosse Otto Wäcker.

Der dritte Wahlbezirk, umfassend: Sonntagstr. 1-7 und 32-30, Neue Bahnhofstr. 1-7 und 20b-37, Ludwig-Weinmann-Str. 1-5, Venenstr. 11-22, Alt-Boghan 1-3 und 50-57, wählt bei Stimmung, Sonntagstr. 1. — Kandidat ist Genosse Otto Wäcker.

Der vierte Wahlbezirk, umfassend: Bismarckplatz, Turmschmidtstr. 1-36, Rathausstr. 1, Ring-Alber-Str. 1-46, Fortlandstr. 1, Rosarstr. 8-11, Wiegstr. 1, Wiegstr. 16a-18, Ransstr. 12-40 und Ransstr. 1, wählt im „Roland“, Bismarckplatz. — Kandidat ist Genosse Wust. Stephan.

Unsere Gegner im Bürger- und Grundbesitzerverein, welche uns bei den Gemeindefeldwahlen vor zwei Jahren auf Grund eines beiderseitigen Kompromisses geschlossen gegenüberstanden, hatten es infolge Begünstigung durch die neue künftige Wahlbezirkseinteilung fertig gebracht, den Beamtenwahlbezirk für sich zu behaupten.

Diesmal ist aber wegen der Verteilung der Mandate zwischen Bürger- und Grundbesitzerverein auf Grund des Abkommens vor zwei Jahren zwischen beiden Herrschaften ein arger Streit entbrannt — beide Vereine bezichtigen sich gegenseitig der größten Unvorsichtigkeit und bekämpfen sich in Verammlungen und Flugblättern in einer Art und Weise, die den besten Beweis dafür bietet, welche nackte Interessenspolitik von beiden Vereinen betrieben wird. Für uns gilt es nun, nicht nur in der dritten Klasse, sondern auch in der zweiten Klasse durch die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten den Herren das Spiel zu verderben.

Schöneberg.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose besteht hier seit nun sechs Jahren ein Verein, der von der Stadt unterstützt wird. Sein vom Vorfigenden Oberbürgermeister Wilde erstatteter Jahresbericht für 1909, der uns vorliegt, will ein Bild der Leistungen des Unternehmens geben. Gegenwärtig unterhält dieser Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Schöneberg folgende Einrichtungen für Tuberkulose: eine Kunst- und Fürsorgeanstalt in Schöneberg selber (Obersstr. 2), eine Waldholungsstätte mit Requisition bei Eichkamp, eine Heimstätte für Erwachsene in Sternberg (i. d. Neumark), ein Erholungsheim für Kinder in Volzigum (auf Insel Hölde).

Die Kunst- und Fürsorgeanstalt ist heute sozusagen ein Unternehmen der Stadt. Sie wurde im dritten Jahr ihres Bestehens von der Stadt übernommen, doch sicherte der Verein sich damals die Fortdauer einer gewissen Mitwirkung. Zu ihren Aufgaben gehören Wohnungsfürsorge, Schul- gegen Uebertragung der Tuberkulose, vorzulegende Kinderfürsorge. Die Wohnungsfürsorge besteht in Gewährung von Zuschüssen zur Miete, von Heizung, Decken, Betten, von Desinfektionsmitteln, Speisefischen usw. Dazu kommen Kontrollbesuche zweier Fürsorgefrauen in den Familien, Belehrung durch mündliche Unterredung und durch Merkblätter. Ueber den Umfang dieser Leistungen macht der Bericht zumest keine genauen Angaben. Wo er Zahlen nennt, sind sie dürftig. An einer Stelle lesen wir zum Beispiel, daß die Mietzuschüsse, die sicherlich zu den wichtigsten Hilfsmitteln der Wohnungsfürsorge gehören, nur einmal gewährt wurden. Wie hoch sie waren, erfährt man nicht. Als ein Hilfsmittel der Wohnungsfürsorge werden auch die Desinfektionen erwähnt, die die Stadt leistet. Sie wurden in allen Fällen unentgeltlich ausgeführt, 123mal nach Tod an Lungen- oder Keuchstiftuberkulose, 129mal zu Lebzeiten der Kranken, besonders bei Wohnungserwerb. Zu noch wirksamerer Schutz gegen Uebertragung der Tuberkulose wurden die Kranken in ihren Familien möglichst isoliert. Wie weit das in der beschränkten Wohnung einer Arbeiterfamilie überhaupt möglich ist, sagt der Bericht nicht. Daneben wurde auch Unterbringung in Anstalten bewirkt, 125 Männer und 262 Frauen, von denen viele an „offener“ Lungentuberkulose litten und für ihre Umgebung in Familie, Werkstätte, Fabrik usw. eine Gefahr bildeten, wurden in Heilstätten untergebracht. Die Isolierung, die dadurch erreicht wurde, dauerte meist nicht lange, hauptsächlich infolge Geldmangels des Vereins. In den Anstalten verlieren sich aber bei vielen Kranken die Bazillen, womit ihre „offene“ Tuberkulose zu einer „geschlossenen“ wird und die Gefahr für die Umgebung sich mindert. Auch die Kinderfürsorge der Fürsorgeanstalt arbeitete besonders mit Unterbringung in Anstalten usw. In Seebühse und Erholungsstätten wurden 166 Kinder geschickt, circa 300 wurden in ländliche Kolonien gegeben. Dazu kam die eigene Waldholungsstätte des Vereins und sein eigenes Kinderheim, die weiter unten besprochen werden. In der Obhut der Fürsorgestellen waren im letzten Jahre überhaup 1856 Familien mit 7025 Köpfen. Aus ihr wurden entlassen 176 Familien mit 558 Köpfen, und neu wurden aufgenommen 561 Personen (die Zahl der Familien fehlt hier im Bericht).

Die Heimstätte in Sternberg versorgte 242 Kranke aller Stadien. Für 166 davon, die im Laufe des Jahres ausliefen, bringt der Bericht nähere Angaben. Unter ihnen waren 54 männliche (erst seit Mai 1909 werden Männer aufgenommen) und 182 weibliche. Das Alter lag zwischen 14 und 57 Jahren; 81 waren ledig, 106 waren verheiratet. (Für Alter und Familienstand fehlt im Bericht die Geschlechtsunterscheidung.) Die Kur dauert durch-

schnittlich 96 Tage. Das Körpergewicht stieg um durchschnittlich 13 1/10 Pfund; im einzelnen hatten 19 Patienten eine Gewichtszunahme, 167 Gewichtszunahme, die im Höchstfall bis 39 Pfund reichte, aber meist nicht über 20 Pfund hinausging. Tuberkelbazillen im Auswurf wurden bei der Aufnahme bestimmt nachgewiesen bei 64 Personen, von denen 23 bis zur Entlassung die Bazillen verloren. Entlassen wurden als „geheilt“ 18 Patienten, als gebessert 152, als ungebessert 12, gestorben waren 4. Die Arbeitsfähigkeit wurde bei 156 teilweise oder ganz wiederhergestellt. Der Bericht verzichtet hier auf Angabe der Verufe, und immer fehlt auch wieder die Geschlechtsunterscheidung. Die Anstalt erhielt sich selber aus den Verpflegungsgeldern, die zum größeren Teil durch Krankenlofen (auch durch die Invalidenversicherung), zum kleineren durch Selbstzahler und durch die Stadt gezahlt wurden.

Die Waldholungsstätte bei Eichkamp versorgte von Mai bis September 614 von der Schule angeführte Kinder und 33 von der Fürsorgeanstalt angeführte, die zum Teil noch nicht schulpflichtig waren. Die 650 Kinder erhielten volle Verpflegung vom Morgen bis zum Abend, 90 davon blieben auch über Nacht dort. Pro Kind wurden 30 Verpflegungstage geleistet, im ganzen 19 500. Die Gewichtszunahme betrug zwischen 1 und 4 Kilogramm. Die Kosten wurden fast gänzlich von der Stadt gezahlt.

Das Kinderheim in Volzigum nahm 131 Mädchen, 121 Knaben, zusammen 252 Kinder auf und entließ 198 nach durchschnittlich 62 Tagen, im Höchstfall nach 4 Monaten 3 Tagen. Aufnahmegrund war Blutarmut bei 27 Proz., Strophulose der Haut, Schleimhaut, Sinnesorgane bei 31 Proz., der Drüsen bei 11 Proz., der Knochen und Gelenke bei 3 Proz., Lungentuberkulose bei 10 Proz., Herzfehler und allgemeine Schwäche bei 4 Proz., erholungsbedürftige Rekonvaleszenz bei 5 Proz. Meist wurde erhebliche Besserung, oft volle Heilung erzielt; die wenig oder gar nicht Gebesserten waren am zahlreichsten bei Lungentuberkulose mit 30 Proz. dieser Kranken, bei Strophulose der Knochen und Gelenke mit 22 Proz., der Drüsen mit 10 Proz. dieser Kranken. Immerhin hob aber das Allgemeinbefinden sich in fast allen Fällen. Die Gewichtszunahme während der Kur war groß, bei manchen Kindern sogar größer, als sie für daselbe Alter normalerweise im ganzen Jahr ist. Der Bericht betont diesen Erfolg. Um ihn aber recht beurteilen zu können, müßten wir erfahren, welches das Gewicht vor der Kur war. Wir würden da mit Schrecken sehen, um wieviel die aufgenommenen Kinder hinter den normalen ihres Alters zurückgeblieben wären. Dann versteht man es eher, daß in einer Kur von durchschnittlich 62 Tagen manche nachholend mehr zunahmen, als normale Kinder in 52 Wochen zunehmen.

Und hiermit berühren wir den wichtigsten Punkt in jedem Kampf gegen die Tuberkulose, die Frage nach ihren Ursachen. Diese Unzulänglichkeit der Körperentwidelung vieler Arbeiterkinder, eine Folge der Vererbung, der Mängel in Pflege und Ernährung, der unhygienischen Wohnungsverhältnisse, bereitet frühzeitig den Boden für die Entstehung der Tuberkulose. Später tun dann überlange Arbeit in gesundheitsgefährlichen Räumen bei ungenügender Entlohnung ihr übriges zur raschen Entwidelung jener Krankheit, die man mit Recht die Proletarierkrankheit nennt. Die Tätigkeit des genannten Vereins ist gewiß nützlich und nötig, aber sie beschränkt sich fast nur darauf, schon entstandene Gesundheitsgefährdungen zu mildern und wo möglich zu beseitigen. Die Volksgesundheit allgemein zu heben und Schädigungen möglichst von vornherein zu verhüten, ist eine Aufgabe, zu deren Lösung es einer tiefgreifenden Aenderung unserer sozialen Zustände bedarf.

Wilmerdorf.

Die Stadtverordnetenversammlung gegen die Sozialpolitik.

Die Stadtverordnetenversammlung begann in ihrer Sitzung vom 2. März mit der Beratung des Etats. Aus den Zahlen des Voranschlags sei das Folgende hervorgehoben: In Einnahme und Ausgabe schließt der Voranschlag mit 2 100 880 M. ab, das ist gegen das Vorjahr eine Erhöhung von 2 236 480 M. Hiervon entfallen auf die ordentliche Verwaltung 8 775 000 M. gegen 8 043 000 M. im vorigen Jahre. Von den Einnahmen und Ausgaben der außerordentlichen Verwaltung entfallen 6 182 000 M. auf die Untergrundbahn, 747 780 M. auf die Hochbauverwaltung und 485 M. auf die Kanalverwaltung. Erwähnt sei ein Betrag von 200 000 M. zur Errichtung einer Schwimmhalle, ferner ein Betrag von 30 000 M. für Vorarbeiten zum Krankenhausbau. Beide Anstalten fehlen noch in der mehr als 100 000 Einwohner zählenden Stadt; wer baden will und keine Einrichtung dazu im Hause hat, muß nach Berlin oder Charlottenburg gehen, wie denn ebenfalls ein Bürger, der der Krankenhausbehandlung bedarf, in der steuerkräftigsten Stadt Deutschlands auf die Gnade einer auswärtigen Krankenhausverwaltung angewiesen ist.

Zum ordentlichen Etat bemerken wir, daß die Ausgaben für höhere Schulen sich um 27 Proz., die für Volksschulen um 28,3 Proz. erhöht haben. Die Einnahmen der höheren Schulen weisen im Voranschlag ein Mehr von 8,24 Proz. auf. Die Armen-, Waisen- und Armenkrankenpflege hat eine Einnahme von 40 450 M. (i. d. V. 35 250 M.) und eine Ausgabe von 191 950 M. (143 570 M.). Neu eingestellt sind 10 000 M. zur Bekämpfung der Tuberkulose. Die Einnahmen für Wohlfahrtspflege sollen sich im kommenden Jahre auf 4350 M. (2150 M.), die Ausgaben auf 80 200 M. (58 280 M.) stellen. Für Ferienkolonien sind wie im vorigen Jahre 15 000 M. für die Krippe und die Fürsorge für die schulentlassene Jugend 8500 M. (4500 M.) vorgesehen. Auch der Etat für Wohlfahrtspflege weist 17 010 M. auf, die zur Bekämpfung der Tuberkulose verwendet werden sollen. Im vorigen Jahre wurden für diesen Zweck 8130 Mark bewilligt.

Was die Steuern am Ort betrifft, so soll auf Betreiben der Regierung zum ersten Male der seit 1898 auf 90 Proz. bemessene Zuschlag zur Einkommensteuer auf 100 Proz. erhöht werden. Hierdurch wird sich nach dem Voranschlag die Einnahme um 300 000 M. vermehren. Auch bei der Gewerbesteuer ist in Klasse IV der Zuschlag von 90 Proz. auf 100 Proz. erhöht worden. Die Gemeindegrundsteuer bleibt bei dem vorjährigen Satz von 2,2 Promille für bebauten und 4,4 Promille für unbebauten Grundstücke bestehen, hingegen will der Magistrat die Kanalisationsgebühr von 1 1/2 Proz. auf 2 Proz. des Gebäudesteuernutzungswertes erhöht wissen. Bei der Umsatzsteuer wird auf eine Einnahme von 800 000 M. gerechnet.

Ganz bedeutend will der Magistrat den Beamtenapparat vermehren; es werden 150 000 M. für 63 neue Beamtenstellen gefordert.

Die Entwidelung der Stadt sei noch in Kürze an folgenden Zahlen veranschaulicht. Seht man für das Steuerjahr 1901 die Bevölkerung, die Zahl der Jeniten und das Staatseinkommensteuersoll immer gleich 100, so stellt sich für das Steuerjahr 1908 die Bevölkerungszahl auf 207,63, die Zahl der Jeniten auf 280,53, das Staatseinkommensteuersoll auf 155,75. Kein anderer Ort im Reich ist so wie Wilmerdorf an Steuerkraft gemachsen, keiner ist aber auch im Verhältnis so arm an sozialpolitischen Leistungen.

Wie anderswo, so gibt auch hier die Staatsbehalte ein Bild von dem Grade der sozialpolitischen Einsicht in der Stadtverordnetenversammlung. Und da muß denn an der Hand der am Mittwoch kundgegebenen Anshauungen leider festgestellt werden, daß sich in Wilmerdorf noch eine Rücksichtslosigkeit breit machen darf, wie sie wenigstens in deutschen Großstädten, wohl nirgendwo sonst mehr zutage tritt.

Nachdem der neue Stadtkämmerer Rohde in wenig bemerkenswerten Darlegungen den Etat erläutert hatte, glaubte der Vorfigende Prof. Dr. Leibig die Stadt Wilmerdorf gegen Vorwürfe in Schutz nehmen zu müssen, die nach seiner Darstellung am Montag in der Stadtverordnetenversammlung von Schöneberg erhoben worden sind. Der Stadtverordnete Ritter habe bei der Errichtung des Krankenhauses ein es für richtig befunden, von der sozialpolitischen Rücksichtslosigkeit Wilmerdorfs zu sprechen. Wenn in

der Stadtverordnetenversammlung von Wilmerdorf beratige Anshauungen Schöneberg gegenüber gefallen wären, so würde er als Stadtverordneter es für seine Pflicht gehalten haben, den Redner auf die Unzulässigkeit einer solchen Kritik hinzuweisen. Auf die sachliche Berechtigung des Tadel ging Herr Leibig nicht weiter ein. Er begnügte sich damit, durch seine eigenen, den Anshauungen der Mehrheit entsprechenden Anshauungen diese sachliche Berechtigung der sozialdemokratischen Kritik stark zu unterstreichen. Der Armen- und Wohlfahrtsstat, der nebenher bemerkt im Vergleich mit dem der Nachbarorte geradezu lächerlich geringe Summen beanprucht, ist nach Herrn Leibig so stark gestiegen, daß der Staatsauschuss, bei allem Willen, zu geben, was notwendig sei, strenge zu prüfen hat, ob nicht Abstriche zu machen sind. Auch fand Herr Leibig es angeht, daß der Umstand, daß voriges Jahr erst der noch nicht gebrauchte Betrag von 30 000 M. für den geplanten Krankenhausneubau eingezogen ist, sehr bedenklich, jetzt schon wieder die gleiche Summe zu bewilligen. Und dabei steht der Krankenhausneubau in der Wilmerdorfer Gemeindevertretung schon bald zehn Jahre auf der Tagesordnung. Mit Entschiedenheit muß aber nach den weiteren Ausführungen des Herrn Leibig der Grundbesitz vor weiteren Belastungen geschützt werden, obgleich er nach den Darlegungen eines anderen Redners in Wilmerdorf immer noch um ein gutes Stück besser daran ist als in Schöneberg und Charlottenburg. Auch der Schule ist verdient nach Herrn Leibig mit Vorsicht geprüft zu werden. Entschiedenem Tadel hatte er aber dafür, daß im Etat noch ein Betrag für den von ihm herbeigeforderten Bau eines Amtsgerichts fehlt.

Andere Redner sekundierten Herrn Prof. Dr. Leibig nach Kräften. Dem Stadtverordneten Dröse war es nicht recht, daß die städtische Verwaltung auf eine gewisse Eleganz bei den Schulbauten hält. „Schulpaläste brauchen nicht aufgeführt zu werden.“ Auch diesem Herrn hatte es der Fonds für Wohlfahrtspflege nicht angetan. Es sei zu befürchten, so sagte er, daß sich hier geile Triebe ausbilden, und diese müssen nach Kräften beschnitten werden. Der Wohlfahrtspflege gegenüber sei das Wort des Zirkulardirektors am Platz: „Kur immer recht langsam mit den jungen Pferden!“ Nachdem der Herr in dieser Weise vom Standpunkt eines Zirkulardirektors aus das bishigen Sozialpolitik belämpft hatte, mit dem der Magistrat sich endlich schlichtern hervorwagt, galt sein Kampf der Wertzuwachssteuer. Er wollte hoffen, so verkündete er unter dem lauten Beifall der Mehrheit, daß Wilmerdorf in Groß-Berlin der letzte Ort sei, der die ja leider nun einmal unausbleibliche Wertzuwachssteuer einführen werde. Stadtverordneter Dr. Schwarz rechnete der Mehrheit vor, daß, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, für Wohlfahrtspflege 1909 ausgegeben wurden von Charlottenburg 1,20 M., von Schöneberg 1 M., von dem viel steuerkräftigeren Wilmerdorf hingegen nur der beschämend geringe Betrag von 60 Pf. Der Stadtverordnete Korte trat, ohne natürlich die geringste Beachtung zu finden, sogar für einen Ausgleich der sozialen Lasten in Groß-Berlin ein. Stadtverordneter Kette wußte zu tadeln, daß der Magistrat die städtischen Arbeiter, die vor anderthalb Jahren um die Einsetzung eines Arbeitersausschusses eingenommen sind, bis jetzt noch nicht einmal einer Antwort gewürdigt hat. Vielleicht will der Magistrat auf diese Weise den Unorganisierten die Notwendigkeit des Anschlusses an den Verband der Gemeindefeldarbeiter demonstrieren. Ganz besonders trat aber der sozialliberale Stadtverordnete Dr. Koll, der als Gewählter zum ersten Male an den Verhandlungen teilnahm, unter dem lauten Murren der Versammlung für eine der Würde Wilmerdorfs entsprechende Sozialpolitik und für die Wertzuwachssteuer ein. Zum Schluß fand noch der Stadtverordnete Dr. Edel einige Worte gegen die sozialpolitische Rücksichtslosigkeit der Mehrheitsvertreter.

Der Etat wurde schließlich den aus der ganzen Stadtverordnetenversammlung gebildeten drei Staatsauschüssen überwiesen.

Bemerk sei noch, daß Herr Koll den Stadtverordneten einen gegen die preussische Wahlrechtsmach gerichteten Antrag zur Unterfertigung vorlegte. Erst am Schluß der vierstündigen Verhandlung hatten sich die nach der Geschäftsordnung erforderlichen fünf Unterschriften zusammengefunden. Somit ist Aussicht vorhanden, daß die Wilmerdorfer Interessenten des Dreiklassenwahlrechts in der nächsten Sitzung Farbe bekennen müssen.

Rixdorf.

Die Wertzuwachssteuer angenommen? In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde die Wertzuwachssteuer mit 37 gegen 32 Stimmen im Prinzip angenommen. Die Schankkonsumsteuer wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Vorderberatung der Steuerordnungen ist einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Ein Koffrei geht dem „T. T.“ von den Bewohnern des Hauses Jonost. 69 zu. Dort wurde am Montag der Seifenfieberfall in seiner Wohnung erkrankt aufgefunden. Wahrscheinlich hat S. sich bereits am letzten Freitag erkrankt, denn an diesem Tage hat man ihn zuletzt gesehen. Die Leiche ist daher bereits stark in Verwesung übergegangen, trotzdem befindet sich dieselbe aber noch in der Wohnung und verpestet das ganze Haus. Auf demselben Korridor wohnt die Portierfamilie mit drei Kindern sowie zwei junge Leute. Nicht daneben, nur durch eine Rabigwand getrennt, eine andere Familie. Alle diese Personen sind trotz aller Desinfektion in großer gesundheitlicher Gefahr, da der Verwesungsgeruch unerträglich ist. Bekümmert bei der Medizinalpolizei sind bisher erfolglos gewesen. Es ist geradezu skandalös, daß ein solcher Zustand geduldet wird. Soll in dem betreffenden Hause vielleicht eine Seuche ausbrechen?

Frau und Kinder erschlagen wollte gestern der 23jährige Arbeiter Otto Reinhardt aus der Koppstr. 84, bei welchem plötzlich Wahnsinn zum Ausbruch gekommen war. Die Bedrohten vermochten sich glücklicherweise zu flüchten. R. zertrümmerte in der Wohnung alles und ramte mehrmals mit dem Kopfe an eine Wand, um sich zu töten. Vom Rixdorfer Kreisarzt wurde die Ueberführung des Wahnsinnigen nach einer Irrenanstalt angeordnet.

Das geheimnisvolle Verschwinden eines 56jährigen Malers Theodor Roth aus der Richardstr. 99 beschäftigt gegenwärtig die Polizeibehörde. Roth hatte plötzlich 17 000 M. geerbt und proflite sehr mit dem Gelde, so daß vermutet wird, daß R. einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei.

Treptow-Baumfchulweg.

Sein zehnjähriges Stiftungsfest feiert der Gesangverein „Liedesfreundschaft“ (M. d. A. S. B.) morgen Sonntag, den 5. März, in den „Konordia-Festhällen“ (früher „Karpentisch“), Köpenicker Landstr. unter Mitwirkung des Berliner Alt-Trio. Da der Verein der Partei gegenüber stets seine Pflicht erfüllt hat, so ersuchen wir die Parteigenossen, mit ihren Angehörigen das Fest nach besten Kräften zu unterstützen.

Schmargendorf.

Zu dem Bericht über die öffentliche Versammlung wird uns bekräftigend mitgeteilt, daß es nicht die „Erhöhung der Gemeindefeldvertretung“, sondern die „Einführung der Bezirksvertretung“ war, für die der im Bericht erwähnte Herr Dr. Nathan gesprochen aber dagegen gestimmt habe.

Jugendveranstaltungen.

Freie Jugendorganisation Berlin. Abteilung XVI. Sonntag, den 6. März, findet eine Besichtigung des Verkehrs- und Bau-Auseinandersetzungs-Treffpunkts: pünktlich 1/10 Uhr Alexanderplatz (Berolina). Sachkundige Führung.

Reinickendorf-Ost. Am Sonntag, den 6. März, abends 8 Uhr, findet bei Gräuder, Doppelstr. 24, eine Versammlung der Jugendlichen statt, in der Genosse Dominik das Thema „Schulung oder Entwidelung“ behandeln wird. Wir bitten alle proletarischen Eltern, die erwachsene Jugend auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen und sie zum Besuch derselben zu veranlassen. Der Jugendauschuss.

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 28. Heft des 28. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Das neue Schenkel — Nach den Wahlen in England. Von Th. Rothstein. — Die deutschen Gewerkschaften am Kreuzweg. Von August Bringsmann (Hamburg). — Der Konigreich von Kina. Von Ch. Rappoport (Paris). — Zur Arbeitsnachfrage. Von Richard Seidel. — Literarische Rundschau: Professor Dr. G. v. Helom, Das parlamentarische Wahlrecht in Deutschland. Von M. N. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Bestellungen sind jederzeit zur Verfügung.

Der „Kampf“, der Monatschrift der deutsch-österreichischen Genossen, erschien soeben Heft 8 des 3. Jahrganges mit folgendem Inhalt: Otto Bauer: Gelehrten des Reformismus. Karl Rappoport: Die nationalen Minderheiten in Tirol. Karl Renner: Die nationalen Minderheiten. Arnold Holtzner: Die Verflechtung der geistigen Welt. Ernst Lieben: Die Angehörigenversicherung und ihre sozialökonomische Bedeutung. Adolf Baum: Statistik und Verwaltung. Anton Selter: Die armenrechtliche Stellung der österreichischen Staatsangehörigen in Bayern. J. Hüppel (Zürich): Entwicklung und Tätigkeit der Gewerkschaften in der Schweiz. U. S.: Aus der persönlichen Arbeiterbewegung. Otto Wittner: Der Sozialismus und die Kunst. Richard Seidel: Sozialwissenschaft. Wissenschaftsgeschichte. Kunst. Österreichische Gewerkschaftsgeschichte.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863—1900, bearbeitet von Wilhelm Schröder, komplett in 13 Lieferungen a 30 Pf. zu je 32 Seiten. Verlag von G. Birk u. Co. m. b. H., München.

Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Temperatur	Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Temperatur
Strombe	774 R	1 Nebel	1	1	Kabardza	769 R	1 Nebel	1	1
Dandrig	774 D	1 wolkenl	2	2	Petersburg	772 R	1 befecht	1	1
Berlin	774 R	2 Nebel	3	3	Stettin	761 R	5 befecht	5	5
Kranf. a. R.	770 R	3 wolkenl	4	4	Berden	762 R	5 wolflg	5	5
München	770 R	4 befecht	4	4	Paris	769 R	2 wolkenl	2	2
Wien	770 R	3 befecht	4	4					

Wetterprognose für Freitag, den 4. März 1910.
Himmlich kühl, zeitweise aufklarend, vorwiegend neblig bei schwachen stillen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 4. März.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Meisterlänger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Strandlinder.
Neues Königl. Oper-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Ein Sommernachts Traum.
Kammerspiele. Der gute König Dagobert. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Tullin.
Festung. Das Konzert.
Neues Schauspielhaus. Der Herr Verteidiger.
Neues. Der Philosoph von Candouci.
Weiten. Die geschiedene Frau. Komische Oper. Island.
Neues Operetten. Der Graf von Zugumburg.
Trianon. Theodora u. Cie.
Kleines. Der große Name.
Reichshallen. Im Laubenschlag.
Thalia. Die Dollarsprinzessin.
Schiller. O. Triane. (Anfang 8 Uhr.)
Die Lärmen um nichts.
Sa. u. Charlottenburg. Egmont.
Festbel. Kanallere.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der selbige Toupinel.
Volksooper. Undine.
Luisen-Theater. Was Gott zusammenfügt.
Folies Caprice. Herr Wasserkropf.
Der Luftturner. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Casino. Berlin bei Nacht.
Gedr. Fernsch. So muß man's machen. Eine Übergangs-Oper.
Hoftheater. Uebers Grad himans.
Stadttheater Moabit. Geschlossen.
Parodie. Lohengrin. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Apone. Der Juchpreller. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Palast. Spezialitäten.
Vauage. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Bughogen. Spezialitäten. (Anf. 7 1/2 Uhr.)
Urania. Wissenschaftliches Theater.
Freitag 8 Uhr:
Eugen Zabel:
Vom Kreml zur Nawa.
Volksooper.
SW., Belle-Alliance-Str. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Undine.
(Außer Abonnement.)
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Was Gott zusammenfügt.
Schauspiel in fünf Akten von Ernst Nitterfeldt nach freier Benutzung einer Erzählung von Courtes-Nahler.
Morgen und folgende Tage:
Was Gott zusammenfügt.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Freitag 8 Uhr:
Eugen Zabel:
Vom Kreml zur Nawa.
Volksooper.
SW., Belle-Alliance-Str. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Undine.
(Außer Abonnement.)
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Was Gott zusammenfügt.
Schauspiel in fünf Akten von Ernst Nitterfeldt nach freier Benutzung einer Erzählung von Courtes-Nahler.
Morgen und folgende Tage:
Was Gott zusammenfügt.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.).
Freitag, abends 8 Uhr:
Viel Lärmen um nichts.
Lustspiel in 5 Akten v. B. Shafpeare.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gespenster.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Herr Ministerialdirektor.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager.
Hierauf: Die Piccolomini.
Schiller-Theater (Charlottenburg).
Freitag, abends 8 Uhr:
Egmont.
Ein Trauerspiel in 5 Aufzügen von Johann Wolfgang v. Goethe.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orléans.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Neue Jugend. (Johan Ulfstjerna.)
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Meinelbauer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Neue Jugend. (Johan Ulfstjerna.)

Brauerei Friedrichshain am Königstor.
Größte Schenkwürdigkeit Berlins.
Heute, Freitag: Elite-Tag!
Größter Bock-Jubel und Trubel „Auf der Alm“.
Der berühmteste Festwirt
Schorsch Ehrenguber
mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München.
Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen.
Jeder Besucher erhält ein Los gratis.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 20 Pf.
Die grünen Pilsener-Beeren behalten volle Gültigkeit.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108/114
Täglich:
Bockbierfest in den bayerischen Alpen
Voranzeige! Mittwoch, den 9. März 1910: Voranzeige!
Sommerfest in den bayerischen Alpen
arrangiert von Angestellten des Hauses.

Zirkus Schumann
Freitag, den 4. März 1910, abends 7 1/2 Uhr:
Große Sport-Vorstellung.
Reu!
Barbarentänze
Les Ri-Tchares, 11 Pers.
„Eisenberg“ v. Weisterfinger
a. b. Gloger, ger. v. Kommissionsrat Gustav Steusbeck a. G.
Reu! Die Amerikaner Reu!
Aerial Shaws.
Bagonghi, der kleine Reiter.
Um 9 1/2 Uhr: Ende 11 Uhr:
Die drei Rivalen
oder das mysteriöse Schloß in der Normandie.
Sonntag zwei Vorstellungen.
Nachm. und abends umfängt:
Die drei Rivalen. Nachm. ein Kind frei.

Zirkus Busch.
Heute Freitag, den 4. März, abends 7 1/2 Uhr. präz.:
Große Vorstellung.
Theor. Filis, James Leon Filis jun., Heinrich Filis in ihren Produktionen der hohen Schule.
Neu! Die Neu!
Lockford-Truppe!
Die Hassans!
Hr. E. Schumann, Nondrossaron.
Zwergolous François, Kunstr.
Die russ. Sensationsantomime
Marja!
Vorher das große Galaprogramm.

Karl Haverland
Anfang Theater, präz. 8 1/2.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Neue erstklassige Spezialität.
Lilliputaner-Truppe prolongiert.
Heute nach d. Vorstellung: Ball.

Folies Caprice Der Luftturner.
Neuer bunter Teil.
Herr Wasserkropf.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorperl. 11—2 Uhr.
Königstadt-Kasino.
Galanstraße 72.
Täglich: Franz Sobanski.
Reu: Ede Marion; neu: Abba und Othfried Reien. Reu: Ellen Elitta. Reu: Les Alexandrom.
Belongiert: Viktor Ritter. Das sensationelle Schauspiel. Radrennen auf der Bühne. Im dunklen Korridor. Sch. 1. 1. 1.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.
Der Eisenbahnrüder
Schauspiel in 3 Akten von F. Gräbert.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Frau Holle. Abends: Wandender Boden.
Sonntag nachm.: Maria Stuart.
Abends: Wandender Boden.
Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schulta.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Sonnabend, den 5. März, abends 8 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108—114:
Kostümfest.
„Ein Gebirgsfest in den Tyroler Alpen“.
Eröffnung 8 Uhr.
Eintritt 50 Pf.
Die Postteilnehmer werden ersucht, in Alpenkostüm oder Sommer-tollette zu erscheinen.
NB. Billets sind zu haben im Bureau Engolufer 14 part., Zimmer 2; im Restaurant Zehndorf, Hasenheide 9, schrägüber der „Neuen Welt“; bei M. London, Rixdorf, „Ideal-Kasino“ und im Zigarrengeschäft des Kollegen Schwemke, Schönleinstraße 34, Ecke Kottbusser Damm.

Apollo Theater
Abends 8 1/2 Uhr: Novität:
Der Zehnpreller.
Poffe mit Gesang in 3 Akten von Max Keal und Konrad Dreher.
Musik von Kaiser.
Hauptrolle: Professor Streusand;
Konrad Dreher a. G.
Vorher ab 8 Uhr:
Die neuen Spezialitäten.
WINTERGARTEN
Das Dreigestirn
wölblicher Schönheit, Grazie u. Kunst
Marie Lafargue * Odette Valery
Rosario Guerrero.
Dr. Angelos, lebende Skulpturen.
The Harmony Four, ein musik. Ulf.
Die 3 Merrills, komische Radfahrer.
Care Hertz, Zauberer und Künstler.
Illusionist, assistiert von Miss Emilie D'Alzow.
Elise, Walf u. Waldo: Nach dem Fußballspiel.
Baggosen, der Urkomische.
Bruinis Originalszenen: Im Billard-salon.
Emilia Rose, Kontorsionistin.
Biograph, neueste Aufnahme.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.
Anfang 8 Uhr. Das große Progr.
Wall, das lebende Elektrizitäts-werk u. d. übrigen Spezialitäten.
Tunnel: Die allergrößte Kanne.
Theaterbesuchern freier Eintritt!
Reichshallen-Theater.
StettinerSänger
(Herrn Meysel, Britton, Schrader etc.)
Anfang: Bochent. 8 Uhr.
Sonntags: 7 Uhr.

Herrnfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. u. A. 4, 5083.
Zum 24. Male:
Eine Übergangs-Ehe.
Zum 123. Male:
So muß man's machen
mit Anton und Donat Herrnfeld.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.
Sonntag nachmittag 4 Uhr:
Meine-Deine Tochter.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Sisters Ridley
Georg Kaiser
Cornelia Fabian
Das große Programm!

Passage-Panoptikum
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
Ohne Extra-Entree!

W. Noacks Theater
Dramenstr. 16, am Holentpaler Tor.
Abends 7 1/2 Uhr:
Heber's Grab hinaus.
Lebensbild mit Gesang in 6 Bildern
Sonnabend nachmittag 3 Uhr:
Lehrer Rinderdorf. Frau Holle.

Palast-Theater.
Burgstraße 24, am Bahnhof Böcke.
Internationales
Ringkampf-Championat
um die Weltmeisterschaft.
Protector: Herr Prof. H. Hundrieser.
Preis: 10 000 M. in bar.
Freitag, 4. März ringen:
Petersen, Dänemark, gegen Carca-naque, Frankreich.
Louto de Rhon, Frankreich, gegen Herrmann, Berlin.
Maffetti, Italien, geg. Schneider, Tirol.
Kroisch, Leipzig, gegen Gierd, Belgien.
Clément d'Angers, Frankreich, geg. Kafuba, Böhmen.
Beginn der Ringkämpfe 9 1/2 Uhr.
Vorher: Die glänzenden Spezialitäten, Anf. 8 Uhr. Preise 50 Pf. bis 3 M.

Tonbild-Theater
Reinickendorfer Str. 26-27.
Das schönste Programm Berlins, laufend vom 2.-7. März u. a.: Am Hofe einer ägypt. Messalino. Kunstfilm 1. Rang. 3. Platz 3 Pf.
Kind. 10 Pf. odu. Nachzahlung.
Dauer-vorstell. v. 4-11 Uhr.

Zirkus Schumann
Freitag, den 4. März 1910, abends 7 1/2 Uhr:
Große Sport-Vorstellung.
Reu!
Barbarentänze
Les Ri-Tchares, 11 Pers.
„Eisenberg“ v. Weisterfinger
a. b. Gloger, ger. v. Kommissionsrat Gustav Steusbeck a. G.
Reu! Die Amerikaner Reu!
Aerial Shaws.
Bagonghi, der kleine Reiter.
Um 9 1/2 Uhr: Ende 11 Uhr:
Die drei Rivalen
oder das mysteriöse Schloß in der Normandie.
Sonntag zwei Vorstellungen.
Nachm. und abends umfängt:
Die drei Rivalen. Nachm. ein Kind frei.

Karl Haverland
Anfang Theater, präz. 8 1/2.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Neue erstklassige Spezialität.
Lilliputaner-Truppe prolongiert.
Heute nach d. Vorstellung: Ball.

Zirkus Sarrasani
alter Botanischer Garten.
Freitag, den 4. März 1910, abends 8 Uhr:
Sensationelle Vorstellung
mit einem rein zirkensischen Programm.
Ab 9 1/2 Uhr: Fortsetzung der Ringkampf-Konkurrenz
unter dem Protektorat des Herrn Prof. Reinhold Bogas.
Es ringen:
Nilschke gegen Rockling.
Paradonoff gegen Streng.
Cazeaux de Baslieux gegen Krook.
Raykowitz gegen Andre.
Entscheidungskampf:
Jack Lewis gegen Lassartosso.

Voigt-Theater
Gelehrtenbrunnen Badstraße 58.
Freitag, den 4. März 1910:
Lucinde vom Theater.
Baudenke in 6 Bildern von Wolf.
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

ORPHEUM
50 BRÜCKENSTR. 2
an der Jannowitzbrücke.
Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne
630 Sitzplätze
Feenhalle Ausstattung
Beginn:
Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 2 „

Casino-Theater
Lothringer Straße 87. Anfang 8 Uhr.
Berlin
bei
Nacht.
Poffe in 3 Akten v. G. Schäpler-Pörraffin.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 6. März:
Das verlorene Paradies.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Ludwig Juda.

Schloß-Brauerei
Schöneberg, Hauptstr. 122.
Jeden Sonntag:
Paul & Springers
Kabarett- und Possen-Gesellschaft.
Anf. Konz. 8 Uhr., Vorst. 7 Uhr. Tanz.
Sanssouci, Kottbusser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsch. Sänger
und Tanzkränzchen.
Des. Sonnt. 6, wochent. 8 1/2.
Preis neues, hochst. Solire-Programm!

Rippenhagen
am Moritzplatz
8 Uhr.
Heute 9 1/2 Uhr ringen:
Max Schneider gegen S. de Wolf.
Sauerer gegen Oskar Schneider.
entsch-as-catch-can
(freier Ringkampf).
Jula gegen Tuomiko.
Im unteren Saale: Großes
Bockbier-Kellerfest
mit Doppel-Konzert.
Kreuzberg-Festsäle
Bühner: Otto Ernst.
SW., Kreuzbergstraße 48.
Jeden Freitag u. Montag:
Großer Frei-Tanz.
Jeden Sonntag:
Großer Ball.
Säle, 80-500 Pers. l. r., Naturgarten
(1500 Pers.) mit. ful. Beding. u. bergsch
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

